

NEUE ZEIT

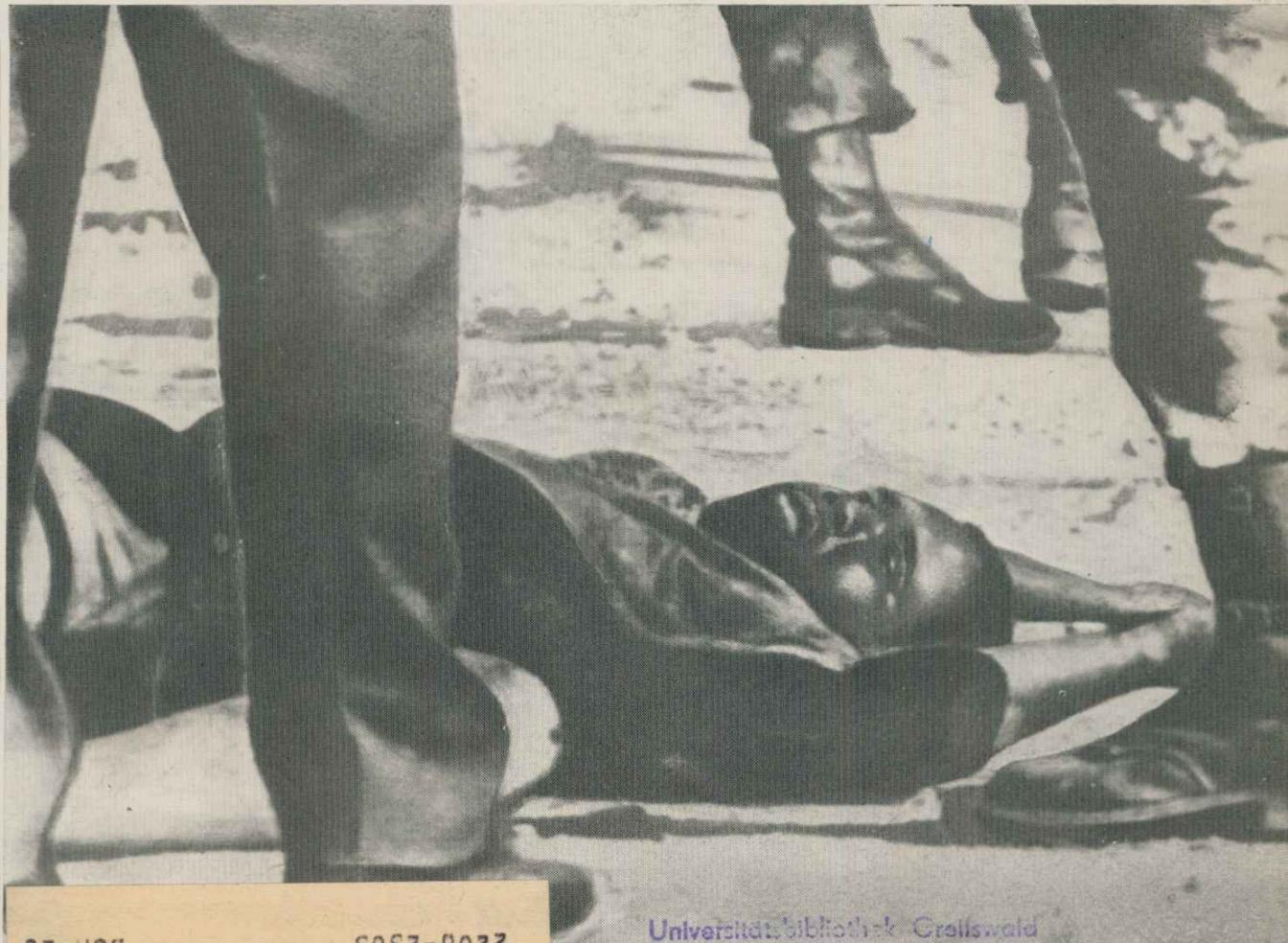


**SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK**

47

NOVEMBER 1977

DIE VÖLKER GEGEN DIE RASSENBARBAREI
Wohin steuert Lissabon? ★ **VORBEREITUNG**
AUF OLYMPIA-80 ★ Tamtam und Tanzmaske

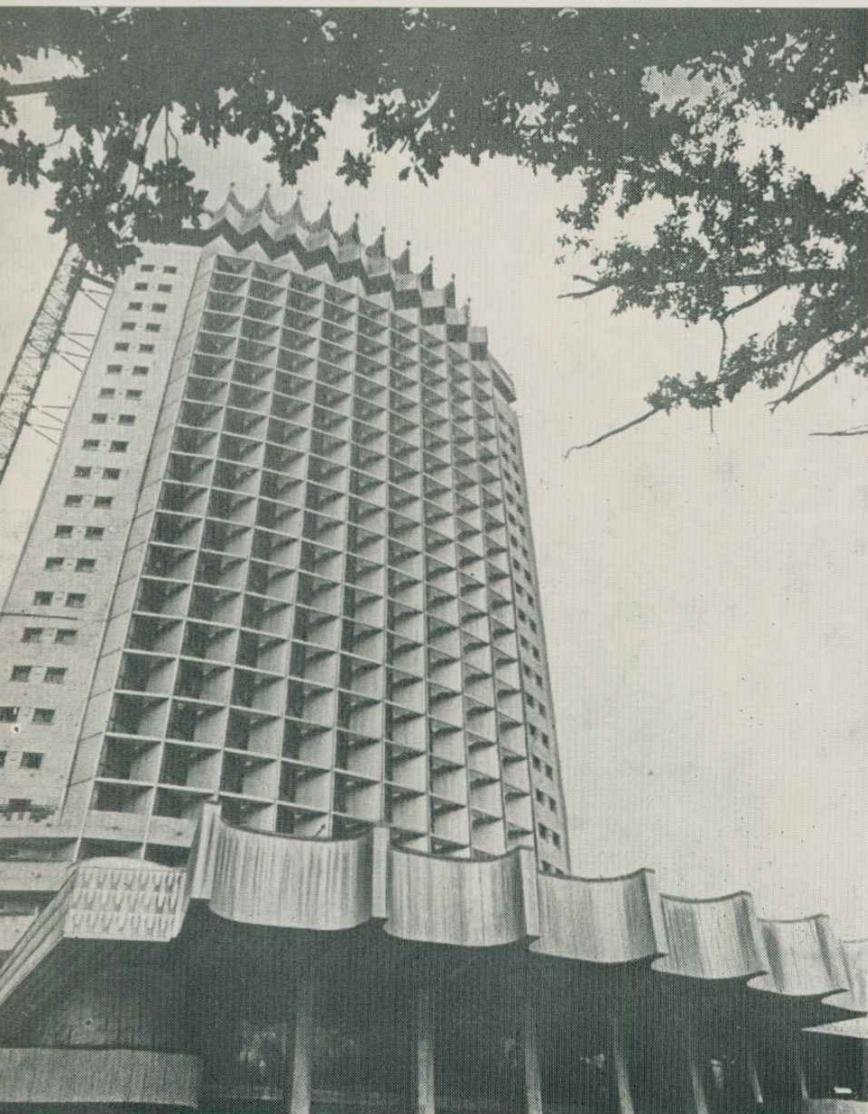


14759-47 105 147 652
SEKT. MARX, LENIN
2200-2303
DOM-20

Universitätsbibliothek Greifswald
Zauggstraße
Sektion Marxismus-Leninismus



SOBJETUNION
IM BILD



Noch vor ungefähr 15 Jahren hätte man sich schwer vorstellen können, daß in Alma Ata, einer von den höchstgelegenen Städten unseres Landes, in der starke Erdbeben nicht ausgeschlossen sind, zeh- und mehrstöckige Häuser gebaut werden könnten. Heute wundert sich niemand mehr über die 9- bis 12geschossigen originellen Bauten am Lenin-Prospekt, über das 18geschossige Hauptgebäude der Kasachischen Staatsuniversität oder über das neue, 25geschossige Hotel. Bei ihrem Bau sind die neuesten theoretischen und praktischen Erkenntnisse der bebensicheren Bauweise angewandt worden. Nach dem Generalplan für den Ausbau der kasachischen Hauptstadt, der im vergangenen Frühjahr bestätigt wurde, sollen im kommenden Jahrzehnt noch mehr Hochhäuser entstehen.

Unsere Bilder: Montagearbeiter ♦ Das neue 25geschossige Hotel ♦ Fassade eines Wohnhauses.

Fotos A. Chrupow

WANGLUNGEN UND MÖGLICHKEITEN

Versucht man das Auslandsecho auf die neuen Friedensinitiativen Leonid Breschnews auf einen Nenner zu bringen, müßte er folgendermaßen lauten: Die Welt von heute wünscht nichts sehnlicher, als die drückende und gefährliche Last des Wettrüstens abzuwerfen.

Die politische Entspannung hat bedeutende Erfolge zu verzeichnen. Die Spannungen aus der Zeit des kalten Krieges sind ausgeräumt. Die Ost-West-Beziehungen wurden durch eine ganze Serie von multilateralen und bilateralen Verträgen, durch Regeln für ein aufrichtiges und gerechtes Verhältnis zwischen allen Seiten verankert. Auch einige Kanäle des Wettrüstens wurden abgeriegelt. Leider jedoch nicht alle und nicht die gefährlichsten.

In dieser Situation genügt die politische Entspannung allein nicht mehr. Hinzukommen muß die militärische. Hier blickt die Menschheit natürlich vor allem auf jene Mächte, die über das höchste Militärpotential verfügen. Sie tragen selbstverständlich auch die größte Verantwortung für den Weltfrieden.

Die neue Washingtoner Administration hat seit Aufnahme ihrer Amtsgeschäfte der Sowjetunion eine „Kraftprobe“ in bezug auf die Menschenrechte und in den Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen aufzwingen wollen. Daraus ist nichts geworden und konnte nichts werden. Die Sowjetunion hat zwar den Versuchen, das zu dieser Zeit schon genügend eingepegelte Gleichgewicht der beiderseitigen Interessen sowie die grundlegenden Prinzipien der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit zu verletzen und sich in fremde innere Angelegenheiten einzumischen, eine klare Abfuhr erteilt, sich jedoch nicht in eine Abwehrpose begeben. Sie ließ sich weiterhin von ihren unveränderlichen Prinzipien und dem guten Willen leiten und unternahm alles, um aufkommendes Mißtrauen und Feindseligkeit zu verhindern, die beiden Ländern keinen Nutzen bringen und den Weltfrieden gefährden.

Inzwischen ist nun ein Augenblick gekommen, da Moskau einen Wandel zum Besseren feststellen kann: sowohl in den Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen als auch in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen insgesamt. Dies wurde auch auf höchster Ebene ausgesprochen.

Die positiven Wandlungen in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen werden dieser Tage auch in den Reden offizieller Persönlichkeiten der USA herausgestrichen. Präsident Carter begrüßte die neuen Vorschläge der UdSSR. Beinahe in jeder Rede drückt er die Überzeugung aus, daß die Vorbereitungen von SALT 2 einen günstigen Abschluß finden werden. US-Außenminister Vance äußert die Ansicht, der Fortschritt bei diesen Verhandlungen „wirkt sich auch auf den allgemeinen Zustand der Beziehungen“ zur Sowjetunion aus.

Ja, hier besteht eine direkte Verbindung. Gerade die Lösung der wesentlichen, der Kardinalfragen, die die nationale Sicherheit beider Länder und die Weltsicherheit auf einer zuverlässigeren Basis gewährleisten, kann am besten der Entwicklung und der Bereicherung von Beziehungen im Geiste der Zusammenarbeit und des Verständnisses dienen, die, wie es Leonid Breschnew in einer Botschaft an die Besucher der UdSSR-Ausstellung in Los Angeles hervorhob, zu einem entscheidenden Entspannungselement in der Welt wurden.

Das überall erwartete SALT 2, das die militärische Entspannung und die mit mehr oder minder Erfolg laufenden Abrüstungsverhandlungen voranbringen kann, ist noch nicht unterschriftsreif. Bestimmt werden wir es zu schätzen wissen, aber man sollte in wichtigen Dingen nicht vorgreifen, schließlich verstehen auch ihre Gegner, wie wichtig sie sind, und versuchen ebendeshalb, sie zu Fall zu bringen. Daher die Haltung der Beherrscher und der politischen Willensvollstrecker des Militär-Industrie-Komplexes der USA. Washington äußert jetzt, sie machten der Administration die größten Schwierigkeiten. Zugegeben, es hat seine Schwierigkeiten, man sollte sie nicht außer acht lassen, doch können andererseits nur naive Menschen glauben, die Administration hätte nicht genügend Möglichkeiten und Mittel, um Senator Jackson und sein Häuflein Saboteure in die Schranken zu weisen, die sich zu „Kontrollleuren“ der Politik des Weißen Hauses aufwerfen wollen.

Wandlungen, so gut sie auch immer sein mögen, müssen verankert werden, erst dann führen sie zu einem neuen, höheren Stand der Beziehungen, zum Ausbau der Zusammenarbeit. Alle Möglichkeiten dafür sind gegeben.

Am 7. November sendete das japanische Fernsehen die Ansprache Leonid Breshnews an das japanische Volk. (Siehe S. 8.)

Leonid Breshnew und Alexej Kossygin gratulierten Agostinho Neto, dem MPLA-Vorsitzenden und Präsidenten der VR Angola, und Lopo do Nascimento, Ministerpräsident der Republik, herzlich zum 2. Jahrestag der Unabhängigkeit Angolas. In dem Schreiben heißt es u. a.: „Getreu ihrer internationalistischen Pflicht, wird die Sowjetunion der Volksrepublik Angola auch künftig jede mögliche Hilfe und Unterstützung erweisen bei der Behauptung ihrer revolutionären Errungenschaften, bei ihrer politischen und wirtschaftlichen Entwicklung.“

Leonid Breshnew empfing am 9. November im Kreml den US-Botschafter in der UdSSR, Malcolm Toon, auf dessen Bitte. Der Botschafter übergab Leonid Breshnew ein Schreiben von Präsident Carter.

Am 12. November wurde in Los Angeles eine nationale Ausstellung der UdSSR zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution eröffnet. Leonid Breshnew richtete an die Ausstellungsbesucher eine Grußbotschaft, in der es u. a. heißt: „Meine Zusammenkünfte mit Bürgern der USA haben mich davon überzeugt, daß die Möglichkeiten einer für unsere Länder gleichermaßen nützlichen Zusammenarbeit beträchtlich sind und daß das USA-Volk aufrichtig nach einer besseren gegenseitigen Verständigung, nach der Freundschaft mit den UdSSR-Völkern strebt. Das wollen auch alle sowjetischen Menschen.“ Die Botschaft wurde vom Leiter der sowjetischen Regierungsdelegation, Außenhandelsminister der UdSSR Nikolai Patolitschew, bei der Eröffnung der Ausstellung verlesen. Am 10. November wurde Patolitschew von Präsident Carter empfangen.

Leonid Breshnew richtete an Präsidenten Fahri Korutürk ein Größschreiben anlässlich des 54. Jahrestages der Republik Türkei. In seinem Antworttelegramm dankte der Präsident

der Türkei aufrichtig und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß sich die gute Nachbarschaft und die Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der Türkei auch künftig entwickeln werden.

Leonid Breshnew richtete ein Telegramm an Spyros Kyprianou, Präsident der Republik Zypern, in dem er ihm zum Tag der Unabhängigkeit gratulierte. In einem Antworttelegramm drückte Kyprianou seinen tiefen Dank aus.

Am 10.—12. November fand in Moskau eine internationale wissenschaftlich-theoretische Konferenz „Der Große Oktober und die gegenwärtige Epoche“ statt. Die Veranstalter waren die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU, die Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und die Parteihochschule beim ZK der KPdSU. An der Konferenz beteiligten sich Vertreter von mehr als 70 kommunistischen, Arbeiter- und nationaldemokratischen Parteien. Die Konferenz wurde von Michail Simjanin, Sekretär des ZK der KPdSU, eröffnet. Michail Suslow, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hielt die Eröffnungsansprache. Boris Ponomarjow, Kandidat des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU, hielt ein Referat „Die weltgeschichtliche Bedeutung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“. Auf den Plenarsitzungen und in den Sektionsgesprächen sprachen namhafte Vertreter der beteiligten Parteien, sowjetische und ausländische Wissenschaftler.

Am 12. November trat in London der XXXV. Kongreß der KP Großbritanniens zusammen. Das ZK der KPdSU entsandte ein Größschreiben an den Kongreß, in dem es den britischen Kommunisten Erfolge in ihrem Kampf für die Interessen der Werktätigen Großbritanniens, für die organisatorische und ideologische Einheit der Parteilinien auf der prinzipienfesten, marxistisch-leninistischen Grundlage wünschte. Am 13. November sprach auf der Plenarsitzung des Kongresses der Leiter der KPdSU-Delegation Dinmucchammed Kunajew, Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU und Erster Sekretär des ZK der KP-Kasachstans.

Das ZK der KPdSU beglückwünschte Michael O'Riordan, Generalsekretär der KP Irlands, zu seinem 60. Geburtstag. Durch einen Erlaß des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR wurde er mit dem Orden der Oktoberrevolution ausgezeichnet.

In der Dominikanischen Republik wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Dominikanische KP legalisiert (seit ihrer Gründung 1944 war sie in der Illegalität).

Am 11. November fanden in der Koreanischen Volksdemokratischen Republik die Wahlen zur Obersten Volksversammlung statt.

Am 12. November begann in Tunis eine außerordentliche Tagung des Ministerrates der Arabischen Liga. An ihr beteiligten sich die Außenminister der Mitgliedsländer sowie Farouk al-Kadoumi, Leiter der Politischen Abteilung der PLO. Die Tagungsteilnehmer kamen überein, am 15. Februar ein arabisches Gipfeltreffen abzuhalten.

Wie die TASS meldet, erklärte die Regierung von Somalia, sie betrachte den weiteren Aufenthalt sowjetischer Fachkräfte in der Republik als nicht mehr erforderlich und setze den sowjetisch-somalischen Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit vom 11. Juli 1974 aus. Die somalische Regierung unternehme ihren Schritt einseitig und unter den Bedingungen eines faktischen Krieges, den sie gegen das benachbarte Äthiopien entfesselt hat. Die eigentliche Ursache dieses Schritts ist die Unzufriedenheit damit, daß die UdSSR die Gebietsansprüche Somalias an den Nachbarstaat nicht unterstützte und sich weigerte, zur Entfaltung des Bruderkrieges am Horn von Afrika beizutragen. Sowjetischerseits wurden die erwähnten Handlungen der Regierung von Somalia, die voll und ganz die Verantwortung dafür trägt, zur Kenntnis genommen. Die Sowjetregierung hat beschlossen, alle sowjetischen Fachkräfte aus Somalia in die UdSSR abzurufen.



Am 9.—11. November bombardierten und beschossen die israelischen Aggressoren erneut die Positionen der nationalpatriotischen Kräfte und der palästinensischen Widerstandsbewegung sowie Lager der palästinensischen Flüchtlinge in Südlibanon. Hunderte Menschen, darunter Frauen, Kinder und Greise, sind getötet, verwundet bzw. obdachlos. TASS-Bild: Friedliche Einwohner der zerstörten Siedlung Azzieh auf der Flucht vor israelischen Angriffen.

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 47 NOVEMBER 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
V. Guschin, A. Ignatow, G. Kaschojan
(Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow,
B. Pifschik (Stellv. Chefredakteur),
I. Trofimowa, V. Tschernjawski (Stellv.
Chefredakteur für die fremdsprachigen
Ausgaben), D. Wolski

Verantwortlicher Redakteur der
deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, eng-
lischer, französischer, spanischer, polni-
scher, tschechischer und arabischer
Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Puschkinskaja Plostschadj

Printed in the Union of Soviet
Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Wandlungen und Möglichkeiten	1
W. Sagladin — Anbruch einer neuen Epoche	4
S. Lewitschenko — UdSSR—Japan: Als gute Nachbarn	8
W. Leonow, J. Fijałow — Niederlande: Das Tauziehen geht weiter	8
K. Karagesian — BRD: Proteste gegen Berufsverbote	10
W. Jermakow — Portugal: Wohin steuert Lissabon	12
A. Butlizki — RSA: Der südafrikanische Hexenkessel	14
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
I. T. Nowikow — Auf Olympiakurs (Interview)	18
D. Wolski — Naher Osten: Die einzig mögliche Lösung	21
V. Gribatschow — USA: Der Goldregen findet nicht statt	23
G. Ustinow — CSSR: Wie eine Stadt zur Stadt wird	25
B. Assojan — Tannam und Tanzmaske	28
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Die Grausamkeiten der RSA-Rassisten, die die Freiheitsbewegung der Urbevölkerung des Landes im Blut zu ersticken suchen, lösen Empörung und Proteste in der internationalen Öffentlichkeit aus.

Titelbild: Noch ein Opfer des Rassistenterrors

Aus „Deutsche Volkszeitung“ (BRD)

ANBRUCH EINER NEUEN EPOCHE

Wadim SAGLADIN

Das Sowjetvolk hat den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als Freudenfest gefeiert. Er ist in der ganzen Welt begangen worden.

Ja, auf allen Erdteilen begeht man heute die Jahrestage dieser Revolution, denn der Anlaß ist der Anbruch einer neuen Epoche, **das Werden einer neuen Welt.**

Diese neue Welt und ihre überragenden Leistungen würdigten unsere Gäste aus mehr als 100 Ländern in Moskau, Leningrad, Kiew und Minsk; über die neue Welt, über ihre Probleme und Aussichten sprach man dieser Tage ebenfalls in Rom, Düsseldorf, London, Delhi, Chikago, Buenos Aires und Hunderten anderen großen und kleinen Städten. Auch in unzähligen Telegrammen und Gratulationsschreiben aus aller Welt werden die Errungenschaften des Sozialismus gerühmt.

I

Der überwiegende Teil der Menschheit beging den Revolutions-tag engagiert und aufrichtig, was von ihrem anderen, viel kleineren Teil natürlich nicht gesagt werden kann. Auch er hat den 7. November nicht stillschweigend übergehen können, aber nur, weil die Errungenschaften des Sozialismus zu groß dafür sind und weil die UdSSR zu mächtig ist, als daß man ihren Nationalfeiertag ignorieren könnte.

Die reaktionäre Presse dagegen, die nicht diplomatisch zu sein braucht, hat nachdrücklich (wenn auch ganz unstichhaltig) zu beweisen versucht, daß es diese neue Welt nicht gegeben habe, nicht gebe und auch gar nicht geben könne.

Beim Schreiben dieser Zeilen muß ich an Vorgänge aus früheren Zeiten denken, die eine direkte Beziehung zur Gegenwart haben. Die

bürgerliche Presse von 1917, 1918, 1919... Sie leugnete das Entstehen einer neuen Gesellschaft gar nicht, umgekehrt, sie hob deren Neuartigkeit andauernd hervor, allerdings mit einem merkwürdigen Unterton. Mit schamlosen Lügenmärchen versuchten unsere Klassengegner nachzuweisen, daß die Revolution gekreißt und ein Ungeheuer geboren habe. Da hieß es, bei uns würden die Frauen nationalisiert, Neugeborene aufgefressen u. dgl. m., und auf Plakaten wurden die Bolschewiki immer nur als Menschenfresser mit einem Messer zwischen den Zähnen dargestellt.

So war es damals. Heute dagegen behauptet man, die sowjetische Gesellschaft sei „genau wie jede andere“. Nanu!

Vor 60 Jahren ging es dem Imperialismus vor allem darum, die junge Sowjetrepublik zu erdrosseln, und dieses nun wirklich kannibalische Vorhaben sollte durch die Greuelmärchen von der Oktoberrevolution und ihren sozialen Folgen gerechtfertigt werden.

Anders heute. Gewiß, noch jetzt würden die Imperialisten den Sozialismus gar zu gern austilgen, aber eine Realität wie die Macht der neuen Ordnung zwingt sie, in Wort und Tat reservierter zu sein.

Nun sehen aber die Ideologen der alten Gesellschaftsordnung, daß die Massen in allen kapitalistischen Ländern immer mehr nach radikalen Wandlungen streben. Was ist da zu machen? Zuallererst muß man Argumente zugunsten der bürgerlichen Gesellschaft finden, die sich überlebt. Das ist aber nicht so leicht. Die Realitäten im Kapitalismus zeugen ja beredter als alle Propagandargumente davon, was an ihm faul ist. **Heutzutage ist es unglaublich schwer, den Kapitalismus in Schutz zu nehmen.**

Der beste Ausweg sei also, den Sozialismus zu verleumden und mindestens zu behaupten, er sei um kein

Haar besser als der Kapitalismus. Ob Kapitalismus oder Sozialismus, das sei gehupft wie gesprungen, also wozu etwas an der Sachlage ändern, wozu für soziale Wandlungen kämpfen?

Das ist die jetzige Logik der Feinde des Sozialismus, der Grund, warum sie sich so anstrengen, all und jedem einzureden, Sozialismus und Kapitalismus seien „fast ein und dasselbe“.

Und so erscheinen denn auf der Bildfläche Theorien von einem „industriellen Wachstum“, Begriffe wie „Industriegesellschaft“ oder „Konsumgesellschaft“ und eine Unmenge von Projekten für eine „Konvergenz der beiden Systeme“.

Es ist typisch, daß nicht nur bürgerliche Ideologen, sondern auch die rechten Sozialdemokraten versuchen, die Gegensätzlichkeit der alten und der neuen Welt zu vertuschen. Ihre ideologische Waffe ist die Theorie vom „dritten Weg“, die in verschiedenen Spielarten vorliegt. Ihre Quintessenz ist aber in jeder Spielart die, daß man einen Mittelweg zwischen Kapitalismus und Sozialismus finden müsse, den sie gewöhnlich als „demokratischen Sozialismus“ bezeichnen.

Man könnte meinen, daß sie den kardinalen Unterschied zwischen den beiden Formationen, den beiden Gesellschaftstypen anerkennen. In Wirklichkeit aber versuchen sie, die prinzipielle Gegensätzlichkeit der beiden Systeme zu **verwischen** und einen widernatürlichen, unmöglichen Kompromiß zwischen ihnen herzustellen.

Und schließlich kommen in der revolutionären Bewegung, namentlich unter ihren neuen Teilnehmern aus kleinbürgerlichen Schichten, häufig Theorien vom Sozialismus auf, die eher nach einer Liberalisierung des Kapitalismus aussehen. Ihre Urheber mögen sagen, was sie wollen, in Wirklichkeit fordern sie dazu

auf, das Privateigentum als Basis der alten Gesellschaft unangetastet zu lassen und ihr nur ihre anrühlichsten Merkmale zu nehmen.

Solche „Theorien“ ähneln frappant den Ideen, die Proudhon vor mehr als 100 Jahren vorbrachte und über die Lenin schrieb: „Den Kapitalismus und seine Grundlage, die Warenproduktion, nicht vernichten, sondern diese Grundlage von Mißbräuchen, Auswüchsen usw. säubern; den Tausch und den Tauschwert nicht abschaffen, sondern ihn, im Gegenteil, ‚konstituieren‘, ihn zu einem allgemein gültigen, absoluten, ‚gerechten‘ Wert machen, der von Schwankungen, Krisen und Mißbräuchen frei wäre — das war Proudhons Idee.“

Derartige Hirngespinnste verflüchtigen sich aber beim Zusammenprall mit der Wirklichkeit. Die Tatsachen behaupten sich leicht gegen Argumente einer krankhaften Phantasie. Sie besagen aber, daß die von der Oktoberrevolution hervorgebrachte sozialistische Welt wirklich eine neue Welt ist und daß diejenigen, die den 7. November als Geburtstag einer neuen Welt feiern, recht haben.

II

Worin besteht denn nun das Neue dieser neuen Welt?

Das Gerede unserer Gegner, mit dem sie den grundsätzlichen Unterschied der beiden sozialen Systeme verwischen wollen, ist eigentlich primitiv. Sie sagen, sowohl im Kapitalismus als auch im Sozialismus erzeuge man Stahl, Autos, Kunststoffe, Lippenstifte usw., höre man Jazzmusik, trage Nietenhosen, gebe es Banken und mache man von Begriffen der politischen Ökonomie wie Preis und Wert Gebrauch.

Nur ein Häuflein anarchistischer Revolutionäre der Vergangenheit und nur einzelne heutige Ultralinke meinten und meinen, der Sozialismus müsse alles, was ihm der Kapitalismus hinterlasse, mit Stumpf und Stiel ausrotten und anders machen. Solche „Originale“ hat es seinerzeit auch bei uns gegeben, sie fanden aber keine Anhänger.

Unsere Partei hat den einzig vernünftigen Weg gefunden: Sie hat

von der alten Gesellschaft alles übernommen, was für ihre Mitglieder nützlich und notwendig sein konnte, hat dieses Übernommene aber sozialistisch, zum Nutzen der arbeitenden Menschen verwendet. Auch vom Kapitalismus übernommene Kategorien wie Preis und Wert haben bei uns sozialistischen Sinn bekommen.

Äußerliche und sinngemäße Ähnlichkeit sind ja verschiedene Dinge, und damit ist der Ausgangspunkt für die Beantwortung der eingangs gestellten Frage gegeben.

Das Entstehen des Sozialismus hat ja die stete Aufwärtsbewegung des sozialen Fortschritts der menschlichen Gesellschaft **nicht unterbrochen**, sondern **fortgesetzt** und der gesellschaftlichen Entwicklung selbst neue Wesenszüge und einen neuen Inhalt gegeben.

Jahrtausende vor der Oktoberrevolution entwickelte sich die menschliche Gesellschaft bei einem dominierenden Privateigentum. Eine Gesellschaftsordnung löste die andere ab, an die Stelle der Sklavenhalter traten die Feudalherren, an deren Stelle die Kapitalisten, ihrem Typ nach war das aber immer eine Ausbeutergesellschaft. Die Oktoberrevolution hat erstmalig in der Geschichte eine andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, hervorgebracht, der das Privateigentum aufhob und das gesellschaftliche Eigentum einführt. Er hat der Ausbeutung den Boden entzogen und sie abgeschafft; er hat die soziale Gleichstellung und die faktische Gleichberechtigung aller Bürger in sämtlichen Lebensbereichen gebracht. Nach der Oktoberrevolution sagte Lenin: „Die Vernichtung des Kapitalismus und seiner Spuren, die Einführung der Grundlagen der kommunistischen Ordnung bildet den Inhalt der jetzt angebrochenen neuen Epoche der Weltgeschichte.“

Anders gesagt, begann sich die Geschichte nach der Oktoberrevolution sozial in einer anderen Richtung zu entwickeln. Das Wichtigste, was vor dem 25. Oktober (nach neuem Kalender 7. November) in allen Ländern unternommen wurde, geschah im Interesse der Ausbeuter, des Kapitals, d. h. des Gewinns und

seiner unablässigen Erhöhung. Seit dem 25. Oktober 1917 geschieht anfangs erst auf einem Sechstel und jetzt schon auf einem Viertel der Erde alles für ein größeres Wohlergehen der Massen und dafür, daß sich jeder arbeitende Mensch harmonisch zu einer Persönlichkeit entwickeln kann.

Das ist das wichtigste Neue an der Gesellschaft, die von der Oktoberrevolution hervorgebracht worden ist.

In seiner Rede „Der Große Oktober und der Fortschritt der Menschheit“, die überall auf Erden größte Beachtung fand, hob Leonid Breschnew folgendes hervor: „Die Oktoberrevolution löste natürlich vor allem die Probleme unseres Landes, Probleme, die von seiner Geschichte, von seinen konkreten Verhältnissen bestimmt wurden. Ihrem Wesen nach waren das jedoch keine lokalen, sondern allgemeingültige Probleme, vor die sich die gesamte Menschheit durch den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung gestellt sah. Die weltgeschichtliche Bedeutung der Oktoberrevolution besteht ja gerade darin, daß sie den Weg zur Lösung dieser Probleme und damit zur Schaffung einer neuartigen Zivilisation auf der Erde gebahnt hat.“

Gewiß, in rein materieller Hinsicht hat die neue Zivilisation noch nicht durchweg die alte überflügelt. Ja, die Produktivkräfte dienen in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern den Werktätigen, sie sind aber bei manchen Kennziffern vorläufig noch nicht so hoch entwickelt wie, sagen wir, in den USA. Ja, in der UdSSR gehört der gesellschaftliche Reichtum restlos allen ihren Bürgern, unser nationaler Reichtum ist aber bislang noch nicht so groß wie etwa der der kapitalistischen Gesellschaft in den USA.

Letztlich wird im Westen viel darüber geschrieben. Die Erfolge des Sozialismus im einen oder anderen Bereich werden nicht geleugnet (was ja auch nicht mehr möglich ist), aber es heißt, im Wettstreit mit dem Kapitalismus habe der Sozialismus nicht auf der ganzen Linie gesiegt.

Damit werden sich unsere Partner oder Gegner nicht mehr lange trösten können.

Warum hat denn der Sozialismus, obwohl er höhere Zuwachsraten als der Kapitalismus aufweist, im wirtschaftlichen Wettbewerb noch nicht endgültig gesiegt? Vor allem, weil er am Start sehr weit hinter dem schon entwickelten Kapitalismus zurücklag. Dann infolge der zahllosen Opfer, die es das Sowjetvolk kostete, seine imperialistischen Feinde zurückzuschlagen. Mit der Zeit werden aber die Folgen der früheren Schwierigkeiten immer mehr bewältigt, und bald werden vom entwickelten Sozialismus hervorgebrachte neue Faktoren ihn befähigen, bei allen entscheidenden ökonomischen Kennziffern einen raschen Vorsprung zu gewinnen.

Ich spreche absichtlich von den entscheidenden, denn wir haben ja nicht die Absicht, den Kapitalismus in allem einzuholen und zu überflügeln. Wir brauchen ja keine Slums, Spielhöhlen, Milliardärsvillen und Pornokinos, die in den USA so zahlreich sind. Wir neiden den USA nicht im geringsten die Unmenge der dort produzierten oder importierten Rauschgifte noch die jetzt so modischen politischen Skandale. Um die größere Menge der für jeden Bürger wirklich lebenswichtigen Güter werden wir aber weiter wetteifern, und in diesem Wettstreit werden wir siegen.

III

Der Mensch lebt aber nicht von materiellen Gütern allein. Der Grad der gesellschaftlichen Entwicklung läßt sich auch an anderem ermesen: an sozialpolitischen, kulturellen und sittlichen Werten. Meiner Ansicht nach geben gerade diese einen viel genaueren und gründlichen Aufschluß über eine Gesellschaft als die erzeugten Warenmengen.

Hier nur ein paar Angaben, die aber wesentlich sind.

Erstens ist die Lebenserwartung auf dem Boden der UdSSR unter der Sowjetmacht von 32 auf 70 Jahre, also auf mehr als das Doppelte gestiegen. Die Sowjetunion hat fast ein Drittel aller Ärzte der Welt.

Zweitens gibt es in der UdSSR seit Ende 1930 keinen einzigen Arbeitslosen, und die Beschäftigtenzahl steigt von Jahr zu Jahr.

Drittens sind die Einkünfte der Werktätigen in den 60 Jahren der Sowjetmacht in der Stadt auf das 10fache und auf dem Lande auf mehr als das 14fache gestiegen. Seit Entstehen der UdSSR sind die Realeinkünfte der Sowjetbürger (die Kriegszeit ausgenommen) kein einziges Mal gesunken.

Viertens ist die Zahl der Stadtwohnungen zwischen 1917 und 1976 fast auf das 11fache gestiegen, und die durchschnittliche Wohnfläche pro Person hat sich in den letzten 30 Jahren mehr als verdoppelt. Jedes

Jahr bekommen 10—11 Millionen Sowjetbürger neue Wohnungen.

Fünftens haben jetzt 78% der im Beruf stehenden Landesbewohner Hoch- oder Oberschulen besucht, während die Bevölkerung Rußlands vor der Revolution zu drei Vierteln aus Analphabeten bestand. Fast 94 Millionen oder zwei von je fünf Sowjetbürgern gehen zur Schule, studieren, bilden sich beruflich fort oder erlernen einen neuen Beruf.

Sechstens haben die Bibliotheken der UdSSR über 4,2 Milliarden Bücher, fast 100mal soviel wie die im vorrevolutionären Rußland (46 Mio.).

Siebtens haben die Theater des Landes jährlich 117 Millionen Be-

angeführten Zahlen lassen meiner Ansicht nach deutlich genug erkennen, daß diese Aufgabe nicht nur gelöst werden kann, sondern schon heute gelöst wird.

In seiner Rede zur neuen Verfassung sagte Leonid Breshnew: „Die Zukunft liegt im Schoße der Gegenwart. Und wenn wir die Aufgaben des sozialistischen Heute lösen, treten wir Schritt für Schritt in das kommunistische Morgen ein.“

IV

Überall auf Erden werden die Glanzeleistungen des Sowjetvolks in der materiellen und geistigen Sphäre anerkannt, was besonders wäh-



sucher. Die Konzertsäle haben 159 Millionen, die ständigen Kunstgalerien über 26 Millionen Besucher. Soziologen haben festgestellt, daß unser Volk seine Freizeit zur Hälfte mit Lesen, mit Theater-, Konzert- und Museumsbesuchen zubringt.

Achtens bestehen in der UdSSR über eine Million Laienkunstgruppen, Laienbühnen und Gemeinschaften für bildende Kunst. Sie haben über 17 Millionen Teilnehmer.

Neuntens haben die 33 freien Sportvereine der Gewerkschaften 30 Millionen Mitglieder. Außerdem aber gibt es Sportgemeinschaften in Schulen, Wohnvierteln usw.

Soweit die Statistik.

Allerdings finde ich sie aufschlußreich genug. Bei jeder Zahl sehe ich die Menschen vor mir, bekannte und unbekannt, für deren Leben und Wohlergehen die Zahlen stehen. Sie spiegeln das Steigen ihres geistigen Niveaus wider.

Wir sagen, unser Ziel ist es, einen neuen Menschenschlag zu formen. Die Gegner des Sozialismus behaupten, das sei eine Utopie. Gewiß, leicht ist es nicht, aber die soeben

Das Laienstudio für bildende Kunst in einem Kulturpalast von Tula besteht seit mehr als 50 Jahren. Der Maler K. Kortunow unterrichtet die Kunstbessenen, meistens Arbeiter aus dem Betrieb „Shtamp“.

Foto A. Chrupow

rend der 60-Jahr-Feier der Oktoberrevolution erkennbar war.

Dennoch hörte man auch in diesen Tagen von manchen unserer Gegner aus dem bürgerlichen Lager skeptische Worte wie diese: „Die beim Jubiläum genannten Zahlen sind ja recht ansehnlich, aber in so wichtigen Bereichen wie der Politik, der Demokratie und der Beteiligung der Bürger am politischen Leben, da hapert es.“

Über Politik und Demokratie, über die Beteiligung der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten wird jetzt viel diskutiert, und dabei werden uns manchmal allerlei Mängel und Unterlassungen vorgeworfen. Nun, gegen so etwas ist niemand gefeit, das geben wir offen zu, und nicht nur das, wir treffen auch energische Maßnahmen gegen die Unzulänglichkeiten.

Es ist aber merkwürdig: In der jetzigen Diskussion über das politische System des Sozialismus und die sozialistische Demokratie gehen unsere Gegner wie die Katze um den heißen Brei.

Was ist denn der Schwerpunkt in der Diskussion über die Demokratie in der Sowjetgesellschaft, die jetzt im Westen geführt wird? Scheinbar die Rechte der Sowjetbürger, ihre angebliche Schmälerung. In Wirklichkeit geht es um ein paar Leute, die sich in Gegensatz zu unserer Gesellschaft gebracht und Gesetze übertreten haben, wofür sie bestraft worden sind. Man stellt sie als „unschuldige Opfer“ einer „Willkür“ hin und will anhand dessen beweisen, daß die Menschenrechte überhaupt verletzt werden.

Die genannten Personen sind aber laut Gesetz gerichtlich bestraft worden, und diese Straffälle sind kein Beweis für einen Verstoß gegen die Rechte der Sowjetbürger, sondern ein Beweis dafür, daß der Sowjetstaat diese Rechte unentwegt wahrt und sie in jeder Hinsicht garantiert.

Das Sowjetvolk hat in schweren Kämpfen und Prüfungen das höchste Recht erworben: das Recht, den Kommunismus aufzubauen. Um den Preis vieler Millionen Opfer hat es sich das Recht erkämpft, nicht für andere, sondern für sich zu arbeiten, nicht ein Häuflein Milliardäre reich zu machen, sondern der jetzigen und der kommenden Generationen arbeitender Menschen Frieden, Freiheit und Wohlergehen zu gewährleisten. Nicht dafür hat das Sowjetvolk 60 Jahre lang gekämpft, gebaut und das neue Leben gestaltet, um jetzt tatenlos zuzusehen, wenn jemand dieses Leben trübt oder gar stört.

Mancher wird vielleicht sagen, eine solche Fragestellung bedeute immerhin, daß die Handlungsfreiheit des Individuums und folglich auch seine Rechte geschmälert werden. Bei uns in der Sowjetunion macht ja niemand ein Hehl daraus, daß wir in gewissen Fällen tatsächlich die Handlungsfreiheit von Individuen einschränken und ihnen manche Rechte aberkennen. So z. B. gestehen wir niemandem das Recht zu, müßig zu gehen, Propaganda für Krieg oder Rassenhaß zu treiben, ein sittenwidriges Leben zu führen und gegen den Sozialismus zu kämpfen. Wir sehen die Sache aber so: Wenn man einigen wenigen diese „Rechte“ verweigert, so gewährleistet man damit die Rechte der Allgemeinheit und jedes einzelnen ihrer Mitglieder.

Hier möchte ich zitieren, was der große französische Schriftsteller Romain Rolland vom Standpunkt des wahren Humanismus und der Demokratie über unsere Revolution geschrieben hat: „Vor allem hat sich die proletarische Revolution nie ge-

brüstet, lieberal zu sein, und es hat gar keinen Sinn, von ihr zu verlangen, was sie nie versprochen und wogegen sie sich von ihren ersten Tagen an aufgelehnt hat, nämlich: gegen den schwächlichen und verlogenen Pseudoliberalismus, der die westliche Welt hinteres Licht führt, gegen diese Vorschubleistung, die in den Händen der einflußreichsten, vermögendsten und hinterlistigsten Leute ein Werkzeug zur Ausübung der Macht über die Demokratien darstellt. Die proletarische Revolution hat sofort eine Diktatur im Namen des Proletariats ausgerufen, für den Sieg und die Errichtung einer neuen Ordnung, die — wenn erst der soziale Friede hergestellt ist — ein Reich der Freiheit in einer klassenlosen Gesellschaft sein wird.“

So steht es mit den „Rechten“, die es bei uns nicht gibt. Aber sprechen wir jetzt von den Rechten, die die Sowjetbürger haben.

Von ihnen hat Leonid Breshnew treffend gesagt: „Jeder sowjetische Mensch genießt die ganze Fülle an Rechten und Freiheiten, die es ihm ermöglichen, am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Jeder sowjetische Mensch kann den Lebensweg entsprechend seiner Berufung und seinen Fähigkeiten wählen und dem Vaterland, seinem Volk nützlich sein.“

Also: Jeder genießt alle demokratischen Rechte. Nicht nur **Vollberechtigung**, sondern auch **Gleichberechtigung** für alle Bürger ohne jede Ausnahme. So steht es ausdrücklich in der neuen Verfassung der UdSSR. Und das sind nicht einfache Rechte, das ist kein Programm für die Zukunft. Es ist unsere heutige Realität, die gesetzlich verbrieft worden ist.

Diese Realität sieht, an einem konkreten Beispiel betrachtet, so aus.

Macht bedeutet in unserem Land:

2,2 Millionen Deputierte der Volkssowjets, von denen mehr als die Hälfte — angefangen vom Obersten Sowjet der UdSSR — Arbeiter, Kolchosbauern, direkt in der Produktion Beschäftigte sind.

über 30 Millionen Aktivisten der Sowjets, die den vom Volk gewählten Deputierten ihre Obliegenheiten erfüllen helfen;

5,5 Millionen Mitglieder der Ständigen Produktionsberatungen (davon zwei Drittel Arbeiter), Organe, die zusammen mit den Betriebsleitungen faktisch die Betriebe leiten;

3,2 Millionen Mitglieder der in Vollversammlungen gewählten Kolchosleitungen;

7,3 Millionen Mitglieder der Gewerkschaftsleitungen (der Staat hat den Gewerkschaften weitgehende Befugnisse in Sozialversicherung, Urlaubsgestaltung, Gesundheitswesen, Sport usw. übertragen);

9,5 Millionen von den Werktätigen gewählte Volkskontrolleure, die gemeinsam mit Staatsorganen streng darüber wachen, daß im Lande die Gesetzlichkeit gewahrt wird und keinerlei Abweichungen von den Prinzipien und Normen der sozialistischen Lebensweise vorkommen;

über 8 Millionen Milizhelfer zum Schutz der öffentlichen Ordnung.

Das ist Sowjetmacht, das ist wahre Volksmacht, d. h. **Demokratie** im wahrsten Sinne des Wortes.

Natürlich könnte ich noch viele Fakten hinzufügen, aber eins möchte ich auf keinen Fall unerwähnt lassen. In der Volksdiskussion über die neue Verfassung der UdSSR wurden rund 400 000 Änderungsvorschläge zum Entwurf gemacht, voraufhin 118 Verfassungsartikel geändert und einer hinzugefügt wurde.

Nein, die sowjetische Demokratie ist keine Floskel, keine Phrase. Hierzu noch ein Zitat. Der hervorragende lateinamerikanische Revolutionär Luis Emilio Recabarren sagte, nachdem er zu Anfang der 20er Jahre unser Land besucht hatte: „Ich bin nicht hingefahren, um zu sehen, ob in der Sowjetunion schon der Himmel auf Erden ist. Ich bin hingefahren, um zu sehen, ob dort die Arbeiter und Bauern an der Macht sind. Ich habe sie an der Macht gesehen und glaube, daß es auf der ganzen Welt keine Kraft gibt, die vernichten könnte, was dort schon errungen worden ist.“

Unsere Revolution hat nie den Himmel auf Erden versprochen. Sie hat versprochen, soziale, politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, unter denen die Menschen sich durch eigene Arbeit ein freies und gesichertes, also wirklich menschenwürdiges Dasein schaffen können. Solche Verhältnisse hat die Oktoberrevolution, hat der Sozialismus, hat die Sowjetmacht in unserem Land herbeigeführt.

Die sowjetischen Menschen — die Staatsbürger des Landes des Großen Oktober — sehen ihre Aufgabe darin, von diesen Verhältnissen möglichst gut Gebrauch zu machen, darin, die entwickelte sozialistische Gesellschaft in eine kommunistische Gesellschaft umzuwandeln.

Wie Leonid Breshnew in seiner Rede vom 2. November 1977 gesagt hat, ist das „weder eine Utopie noch ein schöner Traum. Das ist die reale Perspektive. Wir, Genossen, bringen sie gemeinsam durch unsere Arbeit und unseren Kampf tagtäglich näher, Millionen unserer Zeitgenossen bringen sie durch ihre Arbeit und ihren Kampf näher. Das ist denn auch die Fortführung des von der Oktoberrevolution begonnenen Werkes.“

ALS GUTE NACHBARN

„Hallo, Moskau, Ostankino? Hier Tokio, wie ist die Verständigung? Signalübermittlung ausgezeichnet!“

Mit diesen Worten begann die Sendung von Terebi asahi, einer der größten japanischen TV-Gesellschaften, zum 60. Jahrestag der Oktoberrevolution.

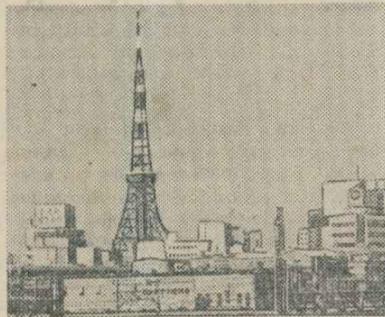
Während der Sendung aus Moskau befand ich mich im Studio der Terebi asahi, die das Programm über einen Nachrichtensatelliten empfing. Dank den Bemühungen des sowjetischen Fernsehens und der Terebi asahi war die live-Sendung vom Roten Platz in Moskau so gut, daß man die 9000 km zwischen beiden Hauptstädten gar nicht merkte.

Nach der Reportage vom Roten Platz sahen die japanischen Fernsehteilnehmer Dokumentaraufnahmen aus der Sowjetunion, die die Erfolge der Sowjetunion, die organisierende Rolle der KPdSU und die vielseitige Tätigkeit Leonid Iljitsch Breshnews veranschaulichen, und darauf dessen Interview für die Terebi asahi.

Wie der Generalsekretär des ZK der KPdSU und Vorsitzende des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR darin betonte, möchten wir mit dem japanischen Volk als gute Nachbarn zusammenleben, damit nichts unsere Beziehungen trübe und in ihnen Vertrauen, Wohlwollen und Zusammenarbeit herrschen. Dafür gebe es beachtliche objektive Möglichkeiten, und zwar auf ausnahmslos allen Gebieten der sowjetisch-japanischen Beziehungen: in Politik, Handel, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Technik u. a.

Im Studio unterhalte ich mich mit Herrn Miura, Direktor der Abteilung Nachrichten und Sendungen bei der Terebi asahi. Er ist vor kurzem aus Moskau zurückgekehrt, wo er mit Leonid Breshnew zusammengetroffen war.

„Ich schätze mich glücklich“, sagt Herr Miura, „weil ich in diesen Tagen kurz vor dem Fest einen so hervorragenden Staatsmann und Politiker wie Herrn Breshnew interviewen durfte. Wir haben die Festsitzung in Moskau aufmerksam verfolgt. Besonderen Anklang fanden bei der japanischen Öffentlichkeit seine Vorschläge, die Produktion von Kernwaffen einzustellen, alle deren Tests auszusetzen und ein Moratorium für Kernexplosionen zu friedlichen Zwecken zu verkünden. Wir Japaner haben ja Hiroshima und Nagasaki erle-



ben müssen. Diese Vorschläge sind von historischer Bedeutung.

Wir wissen es zu schätzen, daß sich der Führer Ihres Landes an die japanische Öffentlichkeit schon zum zweitenmal in diesem Jahr wendet.“ (Im Sommer gewährte L. I. Breshnew Shoryn Hata, dem Chefredakteur der großen japanischen Zeitung *Asahi*, ein Interview.)

„Man muß sagen“, setzt Herr Miura fort, „der Annäherung zwischen Japan und der UdSSR stehen noch viele Hindernisse im Wege. Bei weitem nicht alle in unserem Lande sind zu einem wirklich konstruktiven Dialog bereit; zu solchen Leuten gehören auch einige führende Politiker.“

Alles in allem kommentierte die japanische Presse das 60jährige Jubiläum der Oktoberrevolution objektiv. Doch sowohl im Blätterwald als auch auf der Straße fanden sich Personen, die die Japaner in die Vergangenheit zurückzusetzen versuchten, die dem Land der aufgehenden Sonne viel Unglück gebracht hatte. Seit frühmorgens des 7. November rollten vor dem Gebäude der Terebi asahi Geländewagen faschistoider Burschen, die gegen die Übertragung aus Moskau waren.

Bürgerliche Blätter überließen ihre Spalten auch für hysterische Äußerungen aus Peking. Dieses übt gegenwärtig einen massiven Druck auf Tokio aus, um den Abschluß des eindeutig antisowjetischen chinesisch-japanischen Vertrages baldigst durchzusetzen.

Aber Kommentatoren, die ihren Beruf achten, betonen in diesen Tagen das Wichtigste: Die Nachbarländer Japan und UdSSR müssen in Frieden und Freundschaft zusammenleben.

S. LEWTSCHENKO

Tokio

Schon den sechsten Monat haben die Niederlande faktisch keine Regierung. Inzwischen sind dreimal Ministerpräsident den Uyls Versuche gescheitert, die neue Regierung zu bilden, und dreimal hat Königin Juliana sogenannte Informatoren beauftragt, einen Kompromiß zwischen den Parteien herzustellen, die bei den Parlamentswahlen vom 25. Mai die meisten Stimmen bekommen hatten.

Die unmittelbare Ursache dieses Tatbestandes sind die Differenzen der führenden Parteien — der sozialdemokratischen Partei der Arbeit und des Blocks aus drei klerikalen Parteien, des sogenannten Christlich-Demokratischen Appells (CDA) — wegen der Verteilung der Portefeuilles in der künftigen Koalitionsregierung. Sie ist keineswegs eine zweitrangige Frage. Davon, welche Partei das eine oder andere Portefeuille bekommt, wird es weitgehend abhängen, wie die Regierung sich zu den recht zahlreichen Problemen des Landes stellen wird.

Nach Angaben des statistischen Amtes hat das Land über 200 000 Arbeitslose, von denen fast die Hälfte noch nicht 25 Jahre als sind. Die Wirtschaftskrise hat Industriezweige wie den Schiffbau, die Elektronik, die Stahl-, die Textilindustrie u. a. in Mitleidenschaft gezogen. Die Aufwertung des Guldens den Währungen der anderen kapitalistischen Welt gegenüber hat Hollands Außenhandelsgleichgewicht gestört. Wirtschaftsexperten sagen für die kommenden Jahre einen erheblichen Rückgang des Geschäfts, eine 7,5prozentige Abnahme des Exports und als Folge davon ein Schrumpfen des Bruttonationalprodukts voraus. Hinzu kommen noch die Bündnisverpflichtungen Hollands der NATO gegenüber, die zusätzliche Ausgaben für die Modernisierung der Armee, für die Standardisierung der Waffen usw. erfordern.

DAS TAUZIEHEN GEHT WEITER

Wadim LEONOW und Jewgeni FILATOW

Die Koalitionsregierung den Uyls, die vor den Frühjahrswahlen bestand, sah sich in einer ausweglosen Lage. Schon ihre ersten Versuche, die vielen Probleme zu bereinigen, stießen infolge des heftiger gewordenen Kampfes zwischen den Parteien auf große Schwierigkeiten. So hatte der CDA-Block die Vorlage abgelehnt, laut der der Grundstückshandel unter Regierungskontrolle gestellt werden soll. Die Grundstückspreise sind allein in der Nachkriegszeit infolge von Korruptionen und Spekulationen auf das 600fache gestiegen. Das haben sich die Sozialdemokraten sofort zunutze gemacht, ihr Führer, Ministerpräsident den Uyl, gab den Rücktritt der Regierung bekannt und hoffte, damit die „politische Untauglichkeit“ der Klerikalen nachzuweisen und seiner Partei im Wahlkampf Oberwasser zu verschaffen.

Bei den Wahlen vom Mai bekam keine Partei die absolute Mehrheit, wenn die Sozialdemokraten auch viele Sitze hinzugewonnen haben: Ihre Partei der Arbeit hat von den 150 Sitzen jetzt 53 inne, der CDA 49.

In der künftigen Koalitionsregierung will sich die Partei der Arbeit auf die Partei Demokraten-66 stützen, die nur 8 Mandate bekommen hat, deren Programm den Sozialdemokraten aber zusagt.

Man hätte meinen sollen, daß sich die aus der Partei der Arbeit, dem CDA und den Demokraten-66 bestehende Koalition leichter auf ein Regierungsprogramm und auf Lösungen für die Probleme des Landes einigen könnte als die frühere Regierung, an der 14 Parteien beteiligt waren. Unüberwindliche Schwierigkeiten entstanden aber schon bei der Verteilung der Portefeuilles. Anfangs wollte die Partei der Arbeit 8 haben und 7 an die Klerikalen sowie 2 an die Demokraten-66 abtreten. Mit dieser Verteilung war aber die Führung des CDA nicht einverstanden. In zahlreichen Beratungen der Parteiführer kam

eine Formel zustande, die für alle die akzeptabelste zu sein schien, nämlich 7-7-2. Für dieses „Zugeständnis“ verlangten die Sozialdemokraten das Portefeuille des Justizministers, das früher die Klerikalen gehabt hatten, was neue Differenzen auslöste und die Bildung des Kabinetts noch mehr erschwerte. Van Agt, der Führer des CDA, verlangte seinerseits für seinen Parteiblock das Portefeuille des Wirtschaftsministers. Die neuerliche ausweglose Lage nötigte den Uyl zum dritten Mal, die Kabinettsbildung abzulehnen. Jetzt hat Van der Grinten (er liest an der Universität Zivilrecht) die Rolle des Informators übernommen, wie aber *De Volkskrant* am 10. November schrieb, haben seine Vorberatungen mit Fraktionsvertretern der Partei der Arbeit und des CDA vorläufig zu nichts geführt.

Die hiesige Presse und die politischen Kreise der Niederlande wie auch die einfachen Wähler fragen sich immer öfter, ob eine Koalition der Partei der Arbeit, der Demokraten-66 und des CDA überhaupt möglich ist. Kommentatoren halten es nicht für ausgeschlossen, daß diese politischen Gruppierungen versuchen werden, die vorläufig noch im Schatten stehenden Liberalen mit ihren 28 Mandaten auf ihre Seite hinüberzuziehen. Sollten die Liberalen an der Regierung teilnehmen, so kann in Holland entweder eine „zentrumslinke“ (Liberalen und Sozialdemokraten) oder eine „zentrumsrechte“ (Liberalen in Koalition mit den Klerikalen) Regierung gebildet werden. Nicht ausgeschlossen ist auch eine „fortschrittliche Minderheitsregierung“, basierend auf der Partei der Arbeit, den Demokraten-66, der Pazifistisch-Sozialistischen Partei, den Kommunisten und den Radikalen. Sollte das Kabinett bis zum 25. November nicht gebildet sein, dann wird Holland wieder zu den Wahlen schreiten müssen. Vorläufig aber geht das politische Tauziehen weiter.

Den Haag

■ NAMIBIA

Die UNO-Vollversammlung hat sich für die unverzügliche Liquidierung der Kolonialherrschaft der rassistischen RSA in Namibia ausgesprochen. Resolutionen, die von einer großen Gruppe blockfreier und sozialistischer Staaten vorgelegt und mit überwältigender Mehrheit angenommen wurden, erkennen die Notwendigkeit, in kürzester Zeit die gesamte Macht in Namibia an die patriotischen Kräfte unter Leitung der Volksorganisation Südwestafrikas (SWAPO) zu übertragen. Die Vollversammlung verlangte nachdrücklich, daß die Besatzungstruppen, die Administration und Polizei der RSA aus Namibia abgezogen werden.

Die Vollversammlung bekräftigte erneut das unveräußerliche Recht des Volkes von Namibia auf Selbstbestimmung, Freiheit und nationale Unabhängigkeit und erklärte, daß die fortgesetzte unrechtmäßige Okkupation Namibias durch die RSA einen Aggressionsakt gegen das Volk von Namibia und die UNO darstellt.

Die Vollversammlung konstatierte, daß der Kolonialkrieg des Rassenregimes von Pretoria in Namibia sowie die Aggressionsakte der RSA gegen die afrikanischen Nachbarstaaten, die von Stützpunkten in Namibia erfolgen, eine Bedrohung für den Weltfrieden und die Sicherheit darstellen.

■ SCHWEDEN

Vom 11. bis 13. November fand in Stockholm ein Parteitag der Arbeiterpartei Kommunisten Schwedens statt. Der Parteitag erarbeitete Strategie und Taktik der Partei unter den heutigen Bedingungen und behandelte Fragen des Kampfes der schwedischen Kommunisten für die Festigung und Erweiterung der Reihen der Partei. Die Delegierten konstatierten, daß die Partei seit der nationalen Konferenz im März eine feste organisatorische Grundlage in allen Landesteilen geschaffen hat. Ein Jugendverband wurde gebildet, und ein Parteiverlag hat seine Arbeit aufgenommen. Die Delegierten erörterten ferner Fragen des Kampfes für die Interessen der Werktätigen, für die Verstärkung des Einflusses der Partei in den Gewerkschaften und bekundeten ihre Verbun-

PROTESTE GEGEN BERUFSVERBOTE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Karen KARAGESIAN

Vor mir ein Flugblatt: Links das Foto eines jungen bärtigen Mannes, rechts in fetten Buchstaben „Axel Seiderer muß Eisenbahner bleiben“. Anschließend die Geschichte dieses Mannes. Aber ich brauche nichts Schriftliches. Mir gegenüber sitzt Axel Seiderer selbst, im gleichen Hemd wie auf dem Foto, und erzählt vor Journalisten, wie er zum Opfer der „Berufsverbote“ wurde.

Seiderer ist 29 Jahre alt. Vor drei Jahren wurde er Inspektorenanwärter der Bundesbahn. Dieser Posten gilt als ziemlich verantwortungsvoll. Bevor er angetreten werden kann, müssen drei Jahre Dienstzeit, genauer gesagt Lehre, durchgeführt werden. Danach legt der Anwärter eine Prüfung ab. Das hatte Axel Seiderer im August 1977 getan.

Am 1. September wurden alle Prüflinge zu Inspektoren ernannt. Außer Seiderer. Er erhielt von der Bundesbahn eine Benachrichtigung, daß seine Entlassung bevorstehe. Weshalb? „Wegen Mitgliedschaft und aktiver Betätigung in der Deutschen Kommunistischen Partei“. Vorher war Seiderer viermal zu einer sogenannten Aussprache gebeten worden, die verflucht an Verhöre erinnerte. Eine davon wurde direkt von einem Beamten des Bundesamts für Verfassungsschutz geführt. Als „kompromittierendes Material“ wurden Zitate aus Artikeln Seiderers angeführt, in denen er z. B. den rechten Flügel der SPD-Führung kritisiert hatte, der mit seiner Unterstützung der Berufsverbote dem Monopolkapital einen Dienst erweise. In einem seiner Beiträge hatte Seiderer den Kampf für Frieden und friedliche Koexistenz als Klassenkampf bezeichnet. Auch diese Passage wurde ihm angekreidet. Außerdem rechnete man es ihm als Vergehen an, daß er in einem Artikel die Oktoberrevolution „siegreich“ genannt hatte.

Seiderers Großvater, Sozialdemokrat, war wie durch ein Wunder den Gaskammern Hitlers entronnen. Sei-

ne Eltern hatten schon immer sozialdemokratisch gewählt. 1966 war Seiderer selbst SPD-Mitglied geworden, in dem Glauben, in dieser Partei könne er wirksam für seine Ideale — Gerechtigkeit, Frieden, soziale Rechte der Werktätigen — eintreten. Bald aber bemerkte er, daß die SPD-Führung, milde gesagt, keineswegs immer auf der Seite des Fortschritts stand.



1973 traten in Frankfurt am Main 20 junge SPD-Mitglieder zur DKP über. Unter ihnen auch Axel Seiderer. „Wir hatten bemerkt, daß wir keine Sozialdemokraten mehr waren. Wir gingen nicht deshalb in die DKP, weil wir plötzlich ganz andere Ziele oder Vorstellungen von einem besseren Leben gehabt hätten, sondern weil wir zu der Erkenntnis gelangt waren, sie eher in der DKP verwirklichen zu können. Nach wie vor sind meine Grundpositionen die, die mich seinerzeit in die SPD eintreten ließen. Diese Grundpositionen waren es auch, die mir 1972 das Vertrauen der Wähler einbrachten. Ich wurde 1972 bei den Kommunalwahlen auf der Liste der SPD in den Ortsbeirat gewählt. Es erhebt sich die Frage, durch was wurde ich plötzlich zum Verfassungsfeind?“

Diese Frage stellten viele Teilneh-

mer der Konferenz zum Schutz der Grundfreiheiten und Bürgerrechte in der Bundesrepublik, gegen Berufsverbote, die in der niedersächsischen Stadt Oldenburg am 12. und 13. November 1977 abgehalten wurde.

Die Bundesregierung hat in der letzten Zeit eine Propagandakampagne verstärkt, mit der bewiesen werden soll, daß die Berufsverbote nur „Märchen der Kommunisten“ seien. Die Tatsachen sehen anders aus. Seit dem 28. Januar 1972, als die Ministerpräsidenten der Länder den berüchtigten Radikalenerlaß beschlossen, fielen 4000 Personen dem Berufsverbot zum Opfer. Das ist schon an und für sich eine erschreckend hohe Zahl. Aber damit nicht genug. Innerhalb dieser Kampagne wurden annähernd 1 300 000 Personen allen möglichen Zuverlässigkeitsprüfungen unterzogen. Das Wort „Berufsverbot“ fand unüber-

Berufsverbote bringen uns nicht zum Schweigen

Foto H. Sturm (DDR)

setzt in viele europäische Sprachen Eingang. Dennoch behaupten die Behörden nach wie vor, all das seien bössartige Geschichten der Kommunisten und Früchte einer antideutschen Woge im Ausland. In Wirklichkeit gebe es keinerlei Berufsverbote.

Ich selbst kann viele mir persönlich bekannte Menschen nennen, die unter dem Berufsverbot zu leiden haben. Zum Beispiel Wilfried Rekkert aus der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend oder die inzwischen auch außerhalb der Bundesrepublik bekannt gewordene Lehrerin Silvia Gingold, deren Familie,

wenn man das so sagen kann, bereits in der zweiten Generation diskriminiert wird. Ihre mir ebenfalls bekannten Eltern sind Verfolgte des dritten Reiches.

Viele Opfer der jetzigen Verfolgungen, die ich bereits von Bildern und Plakaten kannte, sah ich auf der Kundgebung in Oldenburg. Dort war auf dem Schloßplatz die Losung „Weg mit den Berufsverboten“ auch in holländischer, englischer und französischer Sprache zu lesen (120 Gäste aus dem Ausland waren gekommen). Viele Demonstranten trugen ein Plakat auf dem Rücken: „Ich bin Sozialdemokrat und gegen Berufsverbote“. Das war ihre Antwort auf den Appell des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Koschnik, sich nicht an der Konferenz in Oldenburg zu beteiligen.

Die Pressevertreter erhielten dort viele bemerkenswerte Dokumente, die sich mit Einzelschicksalen wie mit dem Problem insgesamt befaßten. Darunter z. B. ein Papier der Menschenrechtskommission des Weltfriedensrates. Auf Einladung einiger bundesdeutscher Organisationen hatte die Kommission im September eine Delegation von Beauftragten in die Bundesrepublik entsandt, die dokumentarisches Material zum Berufsverbot sammeln sollte. Die Delegation besuchte sechs Städte, erhielt Dokumente von 57 Opfern der Berufsverbote, hörte 8 Zeugen, und nahm 18 schriftliche Erklärungen entgegen. Auf Grund der Angaben gaben vier Experten ein Urteil über die juristischen, sozialen, psychologischen und politischen Folgen der Berufsverbote ab.

Die Kommission zog den Schluß: In der Bundesrepublik werden sowohl Artikel des Grundgesetzes verletzt als auch das Völkerrecht herausgefordert. Unter anderem widerspricht die Praxis des Berufsverbots folgenden Artikeln des Grundgesetzes: Artikel 3 (Gleichheit vor dem Gesetz), Artikel 5 (Freiheit der Meinung und der Lehre), Artikel 9 (Versammlungsfreiheit), Artikel 9 (Koalitionsfreiheit), Artikel 12 (Freiheit der Berufswahl), aber auch den Artikeln 20 und 21, in denen die freie Betätigung der Parteien verkündet wird. Außerdem verletzen die Berufsverbote grob die Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte sowie die Internationale Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, eine Reihe von Konventionen der

UNESCO und der IAO. Die Kommission stellte ferner fest, daß die Berufsverbotpraxis den Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zuwiderläuft.

Die Konferenz in Oldenburg war recht repräsentativ. Neben Kommunisten, Sozialdemokraten und Angehörigen vieler Organisationen waren große Industriegewerkschaften stark vertreten.

Während der Konferenz wurde bekannt, daß zwei sozialdemokratische Abgeordnete des Landes einer Loyalitätsüberprüfung ausgesetzt wurden. Sie hatten eine Bittschrift unterzeichnet, in der die Wiedereinstellung der wegen ihrer Überzeugung entlassenen jungen Lehrerin Uta Boege verlangt wurde. Die Petition mit etwa 700 Unterschriften wurde dem Kultusministerium des Landes zugeleitet, von wo aus sie „zur Kenntnisnahme“ direkt an den Bundesverfassungsschutz ging.

Dieses Amt ist beneidenswert aktiv. Während der Kundgebung auf dem Schloßplatz fotografierte jemand aus dem Fenster eines nahen Museums eine ganze Stunde lang mit einem Teleobjektiv die Versammelten. Die Demonstranten hegten keinen Zweifel, daß der Amateurfotograf Bilder für den Verfassungsschutz knipste.

Am Abend nach der Konferenz gab es eine kleine Veranstaltung. Der bekannte Kabarettist Dietrich Kittner wandte sich an den Saal mit der Frage: „Gibt es hier Kommunistenfeinde?“ Nach einer kurzen Pause, während Stille im Saal herrschte, blinzelte er den Zuschauern zu und sagte: „Jetzt habe ich wahrscheinlich die hier anwesenden Bundesverfassungsschützer in eine schwierige Lage gebracht. Denn wenn sie sich auf meine Frage melden, dann ist alles klar. Wenn sie aber schweigen, dann können sie schon morgen Berufsverbot kriegen und entlassen werden, weil sie antikommunistische Überzeugungen nicht teilen...“

Oldenburg

NZ

STREIFLICHTER

denheit mit den Idealen des Friedens und des proletarischen Internationalismus.

Der Parteitag nahm ein Statut und ein Programm der Partei an, die auf den Prinzipien des Marxismus-Leninismus basieren, und wählte die Führungsorgane der Partei. Rolf Hagel wurde als Vorsitzender wiedergewählt.

■ THAILAND

Am 10. November wurde in Bangkok das Inkrafttreten einer provisorischen Verfassung bekanntgegeben. Sie sieht die Bildung einer gesetzgebenden Versammlung zur Vorbereitung allgemeiner Wahlen und einen Wahltermin — nicht später als den 30. April 1979 — vor. Zugleich räumt die Verfassung dem Premierminister umfassende Befugnisse für Repressalien ein. Artikel 27 gibt ihm das Recht, mit Zustimmung des Kabinetts und des nationalen politischen Rates, der aus hohen Offizieren besteht, Handlungen „zu verhindern, zu vereiteln oder zu unterdrücken“, die die Grundlagen des Königreiches oder die nationale Wirtschaft untergraben, die öffentliche Ordnung und die Sittlichkeit gefährden.

Am 11. November wurde über Rundfunk und Fernsehen ein Erlaß des Königs bekanntgegeben; gleichfalls ist er vom Leiter des „Revolutionsrates“, der am 20. Oktober gepuscht hatte, Admiral Sangad Chalawyu, unterzeichnet: General Kringsak Chamanand wurde zum Premierminister nach der Absetzung der Regierung Kraivichien ernannt.

■ OZEANIEN

Nach Angaben des UNO-Sonderausschusses für die Entkolonisierung werden 1978 drei weitere Staaten auf Pazifikinseln die Unabhängigkeit proklamieren. Im Juli 1978 werden die Salomonen (188 000 Einwohner), jetzt britisches Gebiet, unabhängig. Ferner werden zwei andere britische Territorien, die Gilbert-Inseln und die Tuvalu-Inseln, unabhängige Staaten. Die Gilbert-Inseln (52 000 Einwohner) haben am 1. Januar d. J. die Selbstverwaltung erlangt. Spätestens im August 1978 werden dort allgemeine Wahlen stattfinden.

WOHIN STEUERT LISSABON?

Wladimir JERMAKOW

In die zweite Etage des Lissaboner Schlosses San Bento hinaufzusteigen, ist so, als begäbe man sich in den fünften Stock eines modernen Gebäudes. Halbdunkle Korridore, massive Türen, die in Räume führen, in denen es selbst an den heißesten Tagen kühl ist, mit antiken Möbeln und wunderbar schönen Kaminen. Zum erstmalig kam ich in diesen Sitz der portugiesischen Regierung im Herbst 1974. Alvaro Cunhal, Generalsekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei und Staatsminister der provisorischen Regierung, hatte mir damals ein kurzes Interview gegeben. In jener Zeit der revolutionären Ereignisse, als es Volk und Streitkräften gelungen war, die erste Verschwörung des Generals de Spínola und seiner „schweigenden Mehrheit“ zu verhindern, hatte mich die Besorgnis in den Worten Cunhals beeindruckt.

„Der Druck auf das neue Portugal von auswärts, von seiten der imperialistischen Kreise, besonders der NATO, wird jetzt noch stärker. Man will uns nicht ruhig, ohne Einmischung unsere dringlichsten Dinge erledigen lassen. Haben Sie den Tejo gesehen?“

Ja, ich habe und auch, wie Kriegsschiffe der NATO dort vor Anker gingen, die eben erst Manöver vor der portugiesischen Küste beendet hatten. Sie waren unter dem Code „Open Gates“ (Offene Tore) gelaufen, und viele hielten das für symbolisch: Die NATO wolle sich die Tore zum Eindringen in Portugal weiter öffnen, wenn die Revolution nach Ansicht der NATO-Bosse zu weit gehen sollte.

„Doch das ist nur eine Seite der Angelegenheit“, hatte Cunhal weiter gesagt. „Die Hauptsache ist, daß man uns wirtschaftlich niederwerfen wird. Schließlich hängt Portugal völlig von den kapitalistischen Märkten ab.“

Wirklich wollte man im Westen mit dem neuen, demokratischen Portugal so wenig wie möglich zu tun haben. Alle Kredite wurden gesperrt. Ausländische Firmen mit der ITT vorneweg reduzierten ihre Produktion und ihre Investitionen.

„Wir sagen, Portugal kann mit seinen Schwierigkeiten fertig werden, wenn es die richtige Wirtschaftspolitik betreibt“, hatte Cunhal damals betont. „Sie besteht darin, daß wir, um unsere ziemlich hohe Goldreserve zu behalten, den Import von Luxusgegenständen und Gütern, die wir selbst herstellen können, scharf einschränken müssen. Zweitens können eine intensive Entwicklung der Landwirtschaft und

die Agrarreform zur Verringerung von Nahrungsmittelimporten beitragen. Wir sind imstande, uns selbst zu ernähren. Das Wichtigste aber sind ein strenges Sparregime, die Kontrolle über die Tätigkeit der Privatfirmen und der Tochtergesellschaften ausländischer Betriebe.“

Diesen Kurs wollten die Kommunisten in allen provisorischen Regierungen durchdrücken, denen sie angehörten. Selbstverständlich verlangten sie keine Autarkie oder Selbstisolierung Portugals oder einen Abbruch seiner traditionellen Handelskontakte; sie hielten es aber für nötig, sie zu erweitern, und wollten u. a. die Aufnahme und danach den Ausbau wirtschaftlicher Beziehungen mit den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft und den Entwicklungsstaaten. Nach Ansicht der Kommunisten war es wichtig, die Beziehungen Lissabons zu den ehemaligen portugiesischen Kolonien nun schon auf einer neuen Basis aufrechtzuerhalten und zu verstärken.“

Ich entsann mich dieses Interviews, als ich unlängst eine Reuter-Meldung aus Lissabon erhielt. Dort fanden sich die Worte des Ministerpräsidenten und Führers der Sozialistischen Partei Mario Soares, zwei entscheidende Aspekte der Außenpolitik des Landes seien der Beitritt Portugals zum Gemeinsamen Markt und die Sicherung einer hohen internationalen Anleihe. Tatsächlich muß das jetzige Minderheitskabinet, dem nur sozialistische Vertreter angehören, eigentlich alle seine internationalen Anstrengungen auf Versuche konzentrieren, mit Auslandshilfen wenigstens zeitweilig die Löcher in der Zahlungsbilanz zu stopfen, deren Defizit in für dieses kleine Land astronomische Zahlen geratet ist. Die Minister und Soares selbst halten die geöffnete Hand nach Westen auf der Suche nach Anleihen und Krediten zu jeglichen Bedingungen und jeglichen Zinsen. Die meisten Goldreserven sind bereits für Auslandsanleihen verpfändet. 430 t Gold, die noch in den Kellerräumen der Portugiesischen Bank lagern, sind als letzter Rest geblieben. Wenn sie nun auch in fremden Besitz übergehen, wird sich Lissabon einer echten Finanzkatastrophe gegenübersehen.

Die wirtschaftliche Sackgasse ist besonders deutlich geworden, nachdem die Regierung Soares auf der Suche nach den Sympathien des Westens und der Vereinigten Staaten, wo man verlangte, dem ein Ende zu machen, was man dort „revolutionäres Chaos“ nannte, den Weg

der kapitalistischen Restauration einschlug. Es ging um die Wiederherstellung der Positionen und des Einflusses des Privatkapitals, das nach dem 25. April 1974 in die Enge getrieben worden war. Diese Restauration lief in drei Richtungen: Reprivatisierung, d. h. Rückgabe der in Staatseigentum befindlichen Betriebe an ihre ehemaligen Besitzer; allmähliche Beseitigung der Arbeiterkontrolle über Betriebe und Fabriken, wo das Personal nach der Flucht der Besitzer oder nach deren Beschluß, die Abteilungen stillzulegen, selbst die Verwaltung übernommen hatte; und schließlich, wenn nicht den völligen, so doch einen teilweisen Verzicht auf die Agrarreform in Südportugal (in den Provinzen Alentejo und Ribatejo), die Übergabe eines Teils der Ländereien an die Latifundisten und Versuche, Kollektivwirtschaften und Genossenschaften zu untergraben.

Die Entstehung der wirtschaftlichen Sackgasse wurde zweifellos auch von der Linie der westlichen Kreditgeber Portugals gefördert. Es hatte eine Zeit gegeben, da für ein Aufräumen mit den Kommunisten und ihre Entfernung aus dem Kabinett Lissabon Milch und Honig versprochen wurden: unbegrenzte Kredite und Anleihen zu niedrigen Zinsen. Die Abhalfterung der linken Militärs wurde damals in den NATO- und EWG-Kreisen als unbedingte Voraussetzung für eine Hilfe angesehen. Die portugiesische Revolution sollte, wie einst die russische, durch die Knochenhand des Hungers abgewürgt werden. Bis zum Hunger kam es allerdings nicht, doch tauchten gigantische Schwierigkeiten auf. Wie aber jetzt, da doch anscheinend alles in Butter ist und Leute am Staatsruder stehen, denen der kapitalistische Westen vollständig vertraut?

Nein, keinerlei Milch und Honig. Die Anleihen und Kredite, die Portugal in den letzten anderthalb Jahren erhielt, waren so unbedeutend, daß sie der Wirtschaft eigentlich keinerlei Erleichterung brachten. Die Inflation hält sich auf dem Stand von 30% jährlich, die Konkurrenzfähigkeit portugiesischer Waren auf den Weltmärkten nimmt bislang nicht zu.

Als Vorbedingung für neue Anleihen verlangte der IWF das Floaten des Escudo, die Erhöhung der Diskontsätze, die Heraufsetzung der Brennstoffpreise und die zeitweilige Außerkräftsetzung der Tarifverträge. Derartige Maßnahmen der Behörden führten lediglich zu einer Explosion der Unzufriedenheit der Massen, keines der Probleme jedoch konnte gelöst werden. „Die Wirtschaft bricht zusammen, und es gibt für die nächste Zeit keine erfreulichen Aussichten für ihre Gesundung; nur eine hohe Auslandshilfe kann das Land vor dem finanziellen

Ruin retten“, schrieb die britische *Financial Times*.

Eine solche Hilfe aber bleibt aus. Der Westen verlangt, die Sozialisten sollten endlich mit ihrem Zögern Schluß machen und das Bündnis mit den rechts von ihnen stehenden Parteien eingehen: mit den Sozialdemokraten und der Zentrumsparlei. Ein solcher rechtszentristischer Block könnte den Kreditgebern als Garantie gelten. Nicht zufällig, so wird in Lissabon betont, habe der saudiarabische Außenminister während der Pariser Verhandlungen mit Soares als Vorbedingung für einen 250-Mio-Dollar-Kredit verlangt, das sozialistische Kabinett solle seine Kontakte zur NATO verstärken und eine an-

Portugal ja auch nicht gestatten, seinen Überfluß an Agrarerzeugnissen frei zu exportieren. Wozu dann der EG-Beitritt, wird von vielen gefragt.

Die französische *Matin* meint, in dem Staat am äußersten Westzipfel Europas herrsche eine Krisenatmosphäre. Diesen Standpunkt darf man teilen. Portugal ist gegenwärtig außerordentlich geschwächt, seine internationale Stellung ist untergraben und seine Abhängigkeit von den imperialistischen Kräften gestiegen. Wohin sind die Pläne einer engen Zusammenarbeit mit Angola, Moçambique und Guinea-Bissau, von denen in der Vergangenheit so viel gesprochen und geschrieben wurde?

manöver werde der portugiesische Luftstützpunkt in Montijo (unweit der Hauptstadt) benutzt werden. Außerdem besitzt die NATO Stützpunkte auf der Insel Porto Santo (Inselgruppe Madeira) und in Coregasa-Espinho (bei der Stadt Porto). Der Luftstützpunkt in Beja (Südportugal) werde nach Worten des Konteradmirals von der amerikanischen Luftwaffe benutzt werden, nicht aber von NATO-Flugzeugen.

Die Außenpolitik des jetzigen Kabinetts ist unter den Portugiesen nicht populär. Selbst in der Regierungspartei wollen die Meinungsverschiedenheiten darüber kein Ende nehmen, welchen Kurs man einschlagen solle. Die Differenzen innerhalb der Regierung hatten eine solche Schärfe angenommen, daß sich Außenminister Fereira zum Rücktritt gezwungen sah, der eine der undurchsichtigsten Figuren am extrem rechten Proatlantikflügel der SP war. Sein Amt hat Mario Soares mit übernommen. Viele politische Beobachter glauben allerdings, die durch die internationalen Probleme ausgelöste Kabinettskrise sei noch keineswegs überwunden.

Die Situation in Portugal bleibt weiterhin äußerst kompliziert, wandelbar und widersprüchlich. Francisco çá Carneiro hat den Vorsitz der Sozialdemokratischen Partei abgegeben. Es wird angenommen, daß ihm viele seiner Anhänger folgen werden. Beobachter in der portugiesischen Hauptstadt behaupten, dieser Rücktritt werde die Annäherung von Sozialisten und Sozialdemokraten erleichtern und sogar zur Bildung einer einheitlichen rechtssozialistischen Partei führen. Auf der anderen Seite wird eine linkssozialistische Partei aus Anhängern von Lopes Cardoso, dem ehemaligen Landwirtschaftsminister, ins Auge gefaßt (westliche Nachrichtengeneratoren bezeichnen Cardoso als Marxisten). Es scheint, in und außerhalb Portugals gibt es Kräfte, die den Präsidenten General Eanes dazu bringen wollen, eine weitgefäßte politische Gruppierung zu bilden, die sich an die „Union zum Schutz der Republik“ de Gaulles anlehnen solle.

Die Kommunisten sind der Ansicht, in dieser komplizierten Situation sei es äußerst wichtig, alle Demokraten des Landes — Zivilpersonen wie Militärs — um den Kampf für die Bewahrung der grundlegenden Errungenschaften der portugiesischen Revolution zusammenzuschließen.

Deshalb appelliert die KP an die Arbeiterklasse, an die Mitglieder der Kollektivwirtschaften auf dem Lande, an alle Werktätigen, alle Demokraten, sie sollten wachsam und einig sein, um die sozialistische Entwicklung Portugals, wie das in der Verfassung fixiert ist, zu garantieren. Diesem Ziel, so sagen sie, muß auch die Außenpolitik des Landes dienen.



tikommunistische Politik betreiben. (Der portugiesische Ministerpräsident selbst allerdings bestreitet das.) Er Riad trete international als Vertreter des US-Kurses auf, hob AFP dazu hervor.

Komplizierter wurde die Sache auch mit dem portugiesischen Beitritt zum Gemeinsamen Markt.

Im März d. J. hatte Lissabon offiziell an die EG-Pforten geklopft. Seither halten seine Vertreter ununterbrochen den Brüsseler Sitz der EG im Auge. Die Neun, so äußerte sich die französische *Aurore*, seien in zwei Lager gespalten. „Sechs Länder sind dafür, daß die Verhandlungen über die Erweiterung der Gemeinschaft ohne Vorbedingungen beginnen müßten“, schreibt sie. „Frankreich, Italien und Belgien dagegen vertreten die Ansicht, man solle vorher Absprachen über Maßnahmen zum Schutz ihrer Landwirtschaft vor der Konkurrenz neuer Mitglieder erzielen. Die Erweiterung des Gemeinsamen Markts, meinen die Minister, „wird sehr teuer sein“. Und diesen Preis will eben niemand zahlen.

Die Portugiesen sind von all diesem Gerangel rund um den EG-Beitritt ziemlich beunruhigt. Was erhält das Land als Gegenleistung, daß es seine Grenzen für Waren der hochentwickelten Industriemächte des Westens öffnet? Schon jetzt haben seine Schulden an die Bundesrepublik Deutschland, an Frankreich und andere Länder der Neun einen Rekordstand erreicht und nehmen ununterbrochen zu. Und man will es

Lissabonner Arbeiter protestieren gegen Versuche von rechts, dem Volk eine arbeiterfeindliche Gesetzgebung aufzuzwingen.

Foto TASS

Wohin sind die Pläne zur Stärkung allseitiger Kontakte mit den Entwicklungsstaaten, die dem 1975/76 entwickelten Kurs zugrunde lagen? Es entsteht der Eindruck, Lissabon verstrickt sich in seinen engen Kontakten zum kapitalistischen Westen, zu den USA und der NATO.

Die Tatsache, daß die NATO-Führung scharfäugig die Vorgänge in Portugal verfolgt, wird durch die kürzlichen häufigen Besuche wichtiger NATO-Beamter in Lissabon noch bekräftigt. NATO-Generalsekretär Luns hatte einen Abstecher gemacht. In der portugiesischen Hauptstadt wurde die 65. Tagung des Verteidigungsausschusses der NATO abgehalten. Danach inspizierten ihre Teilnehmer, unter ihnen der Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte in Europa General Haig, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs General Brown, verschiedene Militäreinheiten und militärische Anlagen auf Madeira und den Azoren. Portugiesische Schiffe nahmen an Manövern des Blocks im Mittelmeer teil.

Der amerikanische Konteradmiral Corley, Stabschef des iberischen NATO-Kommandos auf der Pyrenäen-Halbinsel, erklärte in einem Interview mit einer Lissabonner Zeitung, während anderer Herbst-

DER SÜDAFRIKANISCHE HEXENKESSEL

Arkadi BUTLIZKI

Der Johannesburger **Monde-Korrespondent** Christiane Chombault schließt seinen RSA-Report von Ende September d. J. mit den Worten: „Der Puls der Republik Südafrika wird noch mehr als ein Jahr im Soweto-Rhythmus schlagen.“ Es verging nur ganz wenig Zeit, und diese Behauptung wurde von der südafrikanischen Realität eindeutig bekräftigt.

Seit Wochen hämmerte der politische Puls der RSA in der Tat im „Soweto-Rhythmus“. Antirassistische Unruhen erfaßten New Brighton, Bato, Lenasia, Kingwilliamstown, Sibasa und andere Afrikanergettos. Dort dauerten die Massendemonstrationen gegen die Apartheid-Politik an. Die Demonstrationen trugen friedlichen Charakter, was jedoch die Regierung Vorster nicht hinderte, die Lage durch beispiellos massive Repressalien zu verschärfen.

Am 19. Oktober wurden 18 Organisationen, die das Apartheid-System verurteilen, außer Gesetz gestellt, verboten und aufgelöst. Unter ihnen waren die Assoziation der afrikanischen Eltern, der Konvent des schwarzen Volkes, der Afrikanische Frauenbund, das Christliche Institut, der Afrikanische Journalistenverband. Zugleich verboten die Behörden die afrikanische Zeitung **World** und verhafteten ihren Chefredakteur Percy Qoboza. Ins Gefängnis kam auch der Chefredakteur der in East London erscheinenden Zeitung **Daily Dispatch** Donald Woods: Seine einzige Schuld ist, daß er von der Regierung verlangte, die wirkliche Todesursache des führenden Vertreters der RSA-Jugendbewegung Steve Biko, der im Gefängnis zu Tode gefoltert wurde, zu untersuchen. Aufgrund des Gesetzes über die innere Sicherheit wurden zahlreiche weitere afrikanische Politiker verhaftet.

Selbst im weißen Lager der RSA lösten diese drastischen Maßnahmen Befremden aus, und viele von denen, die sonst die Regierungspolitik generell unterstützen, bezweifeln ihre Zweckmäßigkeit. Der Geistliche King aus Kapstadt erklärte öffentlich:

„Ich schäme mich, Südafrikaner zu

sein. Es ist völlig klar, daß wir in den Händen von Menschen sind, die jede Kontrolle über ihre Taten verloren haben...“

Die englischsprachige **Rand Daily Mail** kommentierte das Vorgehen der Behörden in einem redaktionellen Artikel unter der beredeten Überschrift „Finsteres Zeitalter“. Die **Transvaaler**, die führende Zeitung in Afrikaans, die stets als Sprachrohr der herrschenden Nationalpartei galt, nennt das Vorgehen der Behörden einen Schritt „unvernünftiger und erschreckener Menschen“. Die Minister, meint das Blatt, „wagen nicht, den Tatsachen ins Auge zu sehen und ihren katastrophalen Mißerfolg zuzugeben“.

Die brutalen Repressalien der Rassisten bringen die westlichen Freunde und Beschützer des Apartheid-Regimes in eine heikle Lage. Wie haben sich doch gewisse führende amerikanische und britische Politiker abgemüht, um den Behörden in Pretoria zu einem respektablem Image zu verhelfen und der internationalen Öffentlichkeit einzureden, sie seien bereit, die Rassen- und politischen Probleme friedlich zu regeln! Wie viele hochgestellte Emissare des Westens, darunter der ehemalige Außenminister der USA Kissinger, der Vizepräsident der USA Mondale und der britische Außenminister Owen, haben Vorster zugeredet, der afrikanischen Mehrheit einige Zugeständnisse zu machen und Reformen von oben durchzuführen, ehe sie von unten erzwungen werden!

Durch seine Handlungen hat das Regime in Pretoria wieder einmal bewiesen, daß die sozialpolitische Krise von den Positionen des Rassismus aus nicht zu überwinden ist.

Unter diesen Umständen hielt man es in den westlichen Regierungskreisen für opportun, Verurteilung der Rassisten zu mimen, um das eigene Prestige in den afrikanischen Staaten und bei der internationalen Öffentlichkeit zu retten. Zudem wartete Pretoria mit einer weiteren Überraschung auf: Premierminister Vorster desavouierte öffentlich Präsident Carter und bestritt katego-

risch dessen Erklärung, er, Vorster, habe „versprochen, Kernbomben oder Kernwaffen, in welcher Form auch immer, nicht herzustellen“.

Die USA zogen ihren Botschafter in der RSA Donald Bowdler schleunigst „zur Berichterstattung“ zurück. Präsident Carter, der Ständige UNO-Vertreter der USA Young, führende britische und andere westliche Politiker ergingen sich in verurteilenden Worten. Doch dies nur, bis es galt, praktische Entscheidungen zu treffen. In Washington befaßte sich eine Beratung unter Vorsitz von Außenminister Vance mit der Ausarbeitung der „Strategie“ der USA in dieser Frage. An ihr beteiligten sich u. a. Vizepräsident Mondale, der Sicherheitsberater des Präsidenten Brzezinski und Young. Einer der prominenten Beratungsteilnehmer erklärte: „Zweifelloos müssen wir irgendwie darauf reagieren, was dort“ (in der RSA) „vor sich geht... Und wir möchten das möglichst bald tun. Aber erst müssen wir die entstandene Situation gründlich behandeln.“

Und hier das Ergebnis dieser Behandlung: Die USA wollen nicht etwa praktische Maßnahmen gegen die südafrikanischen Rassisten treffen, sondern nur so tun, als ob. Schon allein der Gedanke an wirtschaftliche Sanktionen wurde entschieden zurückgewiesen. Darin waren sich Washington, London und die anderen westlichen Hauptstädte eins.

Im Rahmen dieser Strategie blockierten die Westmächte im Sicherheitsrat, wie auch schon früher, die Annahme wirksamer Aktionen gegen die Rassisten. Die Gruppe der unabhängigen afrikanischen Länder in der UNO legte zuerst vier Resolutionentwürfe vor. Davon wurde nur einer angenommen. Die Resolution verurteilt das Rassistenregime wegen seiner Repressalien gegen die afrikanische Bevölkerung und die anderen Gegner der Apartheid und verlangt von Pretoria, die verhafteten Freiheitskämpfer zu entlassen und das Verbot der Organisationen, die in der Opposition zum Regime stehen, aufzuheben. Dafür legten die USA, Großbritannien und Frankreich ihr Veto gegen die drei übrigen Resolutionen ein, die von 10 Ratsmitgliedern, darunter von der UdSSR, unterstützt worden waren. In diesen Resolutionen wurde gefordert, jede Zusammenarbeit mit der RSA auf nuklearem und militärischem Gebiet einzustellen sowie die Wirtschafts- und Handelsbezie-

hungen zum verbrecherischen Apartheid-Regime abzubrechen.

Die Entrüstung über die Obstruktionstaktik der Westmächte nahm in den Ländern Afrikas solche Ausmaße an, daß Washington, London und Paris sich gezwungen sahen, einige Tage später einen anderen Resolutionsentwurf des Sicherheitsrates zu unterstützen. Er sieht ein Embargo gegen die Waffen- und Munitionslieferungen an die RSA sowie gegen die Vergabe von Lizen-



Polizeibüttel der RSA im Einsatz

TASS-Fotochronik

zen für die entsprechende Produktion vor. Die Apartheid-Komplizen gingen davon aus, daß Pretoria schon genügend Waffen hat und bis zu dem Zeitpunkt, da es sich mit Rüstungen selbst versorgen wird, auch ohne westliche Lieferungen auskommen kann.

Um die Vorschubleistung für die südafrikanischen Rassisten zu rechtfertigen, schreibt die westliche Presse in letzter Zeit besonders viel und aufdringlich über die Abhängigkeit der westlichen Wirtschaft (lies: der Monopole) von den Bodenschätzen der RSA. Die Monopole importieren aus der RSA 52% des von Europa benötigten Mangan- und 31% des Chromerzes. Aus dem Import aus Südafrika decken die USA ihren Bedarf an Kobalt zu 98%, an Mangan zu 99, an Chrom zu 91, an Platin zu 80 und an Vanadium zu 36%. Die amerikanischen Banken gewährten der RSA Privatanleihen in Höhe von 853 Mio Dollar. Etwa 6000 USA-Firmen arbeiten mit Pretoria zusammen, 300 USA-Gesellschaften haben dort ihre Betriebe und Vertretungen. Auch andere westliche Länder stehen mit der RSA im Geschäft. Die

südafrikanische *Financial Gazette* schreibt: „Können sich diese Länder einen Boykott der RSA leisten? Sie könnten den Verlust ihrer Aktiva, die auf 16,5 Md. Rand geschätzt werden, nicht verkraften.“

Außerdem, lesen wir im *Daily Telegraph* (London), „brauchen sich Amerika und die RSA gegenseitig, da die RSA letzten Endes das Hauptbollwerk gegen die kommunistische Versklavung Afrikas und der ganzen Welt ist“. Deutlicher geht's nimmer!

Nun ja, nicht alle äußern sich so zynisch. Die *New York Times* etwa meint, trotz der gegenwärtigen Hemmungslosigkeit der Rassisten sei „Realismus an den Tag zu legen“ und „ein endgültiger Bruch mit Premierminister Vorster und seinen nationalistischen Kollegen zu vermeiden“. Es bleibe noch die Hoffnung, daß die Regierung Vorster nach den Wahlen, die für den 30. November d. J. angesetzt sind, „eine rationellere Politik“ betreiben werde. Wahrfähig: Selig sind, die nicht sehen und doch glauben!

Eine Frage sei erlaubt: Warum ruft die Nationalpartei die weißen Bürger anderthalb Jahre vor der Frist zu den Wahlen? Vorster hat drei Gründe genannt: die Notwendigkeit, sich der Unterstützung der weißen Wähler angesichts des Druckes zu versichern, der auf die RSA von außen ausgeübt wird, um ihre Behörden zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu bewegen; den Wunsch, sich mit den Wählern über den Entwurf der Verfassungsreform zu beraten; das Bestreben, die Kräftegruppierung nach der Bildung der neuen Oppositionsgruppen zu klären.

Wie ersichtlich, denken die Machthaber in Pretoria nicht im entferntesten daran, das politische System in der RSA nennenswert zu verändern. Im Gegenteil, die vorfristigen Wahlen sollen das weiße Lager konsolidieren und so die rassistischen Zustände untermauern.

Diesem Zweck soll auch die in Aussicht gestellte Verfassungsreform dienen. Vorgesehen ist, im Lande drei Parlamente — für Weiße, für Mischlinge und für Inder —, ein jedes mit seinem Kabinet und seinem Ministerpräsidenten, zu schaf-

fen. Zwar wird gesagt, diese Organe würden gleichberechtigt sein, aber das letzte Wort bei der Entscheidung über wichtige Staatsangelegenheiten wird dem Vorsitzenden eines aus Vertretern mehrerer Rassen bestehenden Präsidentenrates gehören. Besagter Vorsitzender wird unbedingt ein Weißer sein, denn das Wahlmännerkollegium, das den Vorsitzenden wählt, soll sich aus 50 Weißen, 25 Mischlingen und 13 Indern zusammensetzen. Im Verhältnis von 4:2:1 will man auch den gemischten „Rat der Kabinette“ bilden, dem Minister als Repräsentanten der weißen, der „farbigen“ und der indischen Regierung angehören werden.

Der Entwurf erwähnt mit keinem Wort die 18 Millionen Afrikaner der RSA und ihre Rechte. Die „Väter“ der Apartheid behaupten, das sei nur logisch, werde doch das Problem der afrikanischen Bevölkerung durch die berüchtigten Bantustans gelöst. Die Afrikaner sind gegen eine solche „Lösung“, und außerdem ist die Zahl der Afrikaner, die heute außerhalb der Bantustans leben, höher als die Gesamtgröße der weißen, der „farbigen“ und der indischen Bevölkerung der RSA.

Anders gesagt, ist der Verfassungsplan der Regierung ein rein taktischer Zug, er setzt sich über die Interessen der afrikanischen Mehrheit gänzlich hinweg, beläßt der weißen Bevölkerung das entscheidende Wort und verankert die Rastentrennung. Der Hintergedanke ist dabei, die Freiheitsbewegung in der RSA zu zersplittern, die Mischlinge und die Inder den Afrikanern entgegenzustellen. Deshalb hat die RSA-Öffentlichkeit dieses Manöver entschieden verurteilt, und auch die repräsentativsten Organisationen der Mischlinge und der Inder lehnen es kategorisch ab. Fred Peters, Landessekretär der Labourpartei der farbigen Bevölkerung, sagte, dieser Plan sei „unverhohlene Unterstützung des Apartheid-Regimes sowie des Rassismus in seinen abscheulichsten Formen“. Am schlimmsten sei aber, daß ein Block errichtet werde, „der sich gegen unsere Brüder, die Afrikaner, richtet, die genau so wie wir unterjocht sind“.

Von den Sturmglocken von Soweto wachgerüttelt, lehnen die afrikanische Mehrheit und alle Befreiungskräfte der RSA die rassistischen Verfassungsmanöver ab. Sie nehmen Kurs auf entschiedenen Kampf gegen die Rassenbarbarei.

ZUNEHMEND AGGRESSIV

Zwischen dem 9. und 11. November unternahm Israel verschiedene provokatorische Angriffe auf Südlibanon. Die israelische Luftwaffe flog massierte Einsätze gegen Städte, Dörfer und palästinensische Flüchtlingslager. Weiterhin wurden schwere Artillerie und Kriegsschiffe eingesetzt. Mehr als 100 Personen — hauptsächlich friedliche Bewohner, unter ihnen Frauen, Greise und Kinder — fanden den Tod, viele wurden verletzt. Einige Dörfer wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die Städte Tyre und Nabatiye erlitten Zerstörungen.

Israelische Offizielle wollen diese Provokationen damit rechtfertigen, sie seien als Gegenschlag auf einen libanesischen Raketenbeschuss des Kurorts Naharia geführt worden, wobei drei Personen getötet wurden. Der israelische Generalstabschef Mordechai Gur beeilte sich mit der Erklärung, die Aktionen Tel Avivs hätten sich allein gegen Partisanenstützpunkte, nicht aber gegen die Zivilbevölkerung gerichtet. Das wiederholte er auch, nachdem zuverlässig bekannt wurde, daß hauptsächlich friedliche Bürger betroffen wurden.

Nachrichtenagenturen meldeten schon seit langem, daß sich die israelischen Truppen an der Grenze zu Libanon in erhöhter Gefechtsbereitschaft befinden und eine Großoperation vornehmen werden. Sie brauchten nur noch einen Vorwand. Doch in dieser Hinsicht sind die israelischen Strategen erfahren genug. Für jede Aggression gegen arabische Nachbarstaaten, darunter auch im Jahre 1967, hatten sie sich schließlich eine „Rechtfertigung“ zurechtgelegt.

Doch auch diesmal vermochte Israel kaum jemanden zu überzeugen. Die Provokationen in Südlibanon riefen ernsthafte Beunruhigung in der Weltöffentlichkeit hervor. Der französische *Figaro* äußert, „die Spannungen an der israelisch-libanesischen Grenze können jeden Augenblick in einen neuen Nahostkrieg ausarten.“

In diesem Zusammenhang wirkt das Friedensgerede der israelischen Regierung besonders heuchlerisch. In Beantwortung einer, übrigens in ebendiesen Tagen abgegebenen Erklärung des ARÄ-Präsidenten Sadat, er sei bereit, für zwei oder drei Tage zu Verhandlungen wohin auch immer, selbst nach Israel, zu reisen und sogar vor der

Knesset zu sprechen, sagte Israels Ministerpräsident Begin, er werde eine Reise Sadats nach Jerusalem zwecks Verhandlungen begrüßen. Die jordanische Zeitung *Al-Ahbar* schrieb in einem Kommentar zu den israelischen Luftangriffen auf Südlibanon: „Die Erklärung des Präsidenten des größten arabischen Landes, Sadat, kann nur Bedauern auslösen, der unter diesen Umständen nichts Besseres zu tun hatte, als seine Bereitschaft zu erklären, sich in der Knesset auf Debatten einzulassen.“

Der neue Aggressionsakt Israels hat deutlich gezeigt, wie wichtig angesichts der gegenwärtigen Situation der Zusammenschluß der arabischen Völker im Kampf für eine gerechte Regelung im Nahen Osten ist.

J. TJUNKOW



„Herzlichen Glückwunsch. Arbeitslosengeld zweite Straße rechts. Der Nächste!“

Aus „Punch“ (Großbritannien)

„Wie die BBC russisches Roulett spielte und verlor“

So überschrieb die Londoner *Times* dieser Tage einen Artikel, der einer TV-Reihe galt, die von der BBC aufgenommen und vom 5. bis zum 12. November gesendet worden war.

Zu der „Russischen Woche“ gehörten von britischen Kameraleuten in Moskau gefilmte Reportagen, Beiträge über die sowjetische und ins Russische übersetzte britische Literatur, über das Kraftfahrzeugwerk in Togliatti, eine Sportschule in Wladimir, über Armenien sowie ein Dokumentarfilm, in dem dargestellt wurde, wie das sowjetische Fernsehen internationale Ereignisse vermittelt. Ferner wurden die Spielfilme „Karusele“ und „Solaris“ gezeigt sowie Aufzeichnungen des „Nußknackers“ und der Oper „Boris Godunow“. Hinzu kamen die Übertragung eines Festkonzerts aus dem Kremlpalast und der Jubiläumsfeierlichkeiten am 7. November auf dem Roten Platz.

Obwohl einige Sendungen an Objektivität zu wünschen übrigließen, konnten sich die Zuschauer doch insgesamt ein ziemlich gutes Bild vom Alltag und von den Leistungen unseres Landes machen.

Die meisten Briten hatten die „Russische Woche“ begrüßt, aber gerade das ging einigen Presseorganen wider den Strich. Die *Times* z. B. meinte direkt, BBC habe mit seinem Programm über die UdSSR „verloren“. Auch die lieben Kolle-

gen aus der „Voice of America“ und der „Deutschen Welle“ hielten den BBC-Leuten eine Standpauke, in der sie unisono das alte Lied von den „Schwierigkeiten“ mit den Russen plärrten, obwohl die britischen Kameraleute in der Sowjetunion praktisch alles filmen konnten, was sie wollten. Das ganze Gezeter lief darauf hinaus, daß die BBC Rußland viel zu schön gezeigt habe.

Die Herrschaften waren wirklich schrecklich verärgert, daß vereinzelte, eindeutig tendenziöse Beiträge (darunter ein Interview mit allen möglichen Renegaten, „Dissidenten“ und Kreml-Astrologen) den allgemein günstigen Eindruck nicht aufheben konnten, den die „Russische Woche“ hinterlassen hatte. Ihnen paßt die gute Entwicklung der sowjetisch-britischen Zusammenarbeit nicht in den Kram. Selbst der TV-Vorspann — ein Teddybär auf rotem Hintergrund —, der jede Sendung einleitete, schien ihnen ein Grauel! Und dann noch die sowjetischen Filme, sowjetisches Ballett und sowjetische Oper. Wie soll man da nicht „SOS“ schreien.

Glücklicherweise gelang es den Hetzern nicht, den Millionen britischer Zuschauer ihre Meinung aufzuzwingen, die sich innerhalb nur einer Woche am Bildschirm so viel positive Informationen über die Sowjetunion holen konnten, wie sie BBC Jahre hindurch nicht ausgestrahlt hatte.

L. ANDREJEW

ROTKÄPPCHEN UND DER SOWJETWOLF

In den Politsalons des Westens ist es Mode geworden, Voraussagen über die Zukunft der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen zu machen. Sie werden alle über den gleichen Leisten geschlagen, wobei Jugoslawien, wie Leonid Breschnew das bildhaft ausdrückte, als armes, schützloses Rotkäppchen dargestellt wird, das der böse Wolf, die aggressive Sowjetunion, zerfleischen und verschlucken will.

Wer ist denn da zutiefst besorgt um Jugoslawien?

Es sind jene, die die Ustascha und anderes faschistisches Emigrantengesindel pöppeln und deren antijugoslawischen Machenschaften nicht bemerken wollen. Denken wir nur an den bewaffneten Überfall einer Gruppe kroatischer Terroristen auf die ständige UNO-Vertretung der SRFJ in New York. Die jugoslawische Wechenschrift **Kommunist** kommentierte das Wohlwollen des amerikanischen Gerichts gegenüber den Verbrechern mit der Bemerkung, der Hintergrund der Provokation sei viel ernsthafter, als man das in den USA wahrhaben möchte: Dahinter steckten recht einflußreiche politische Kreise.

Es sind auch jene, die den Lärm um die Menschenrechte in Jugoslawien erhoben. Das ging so weit, daß offizielle Persönlichkeiten einiger westlicher Länder Kollaborateure in Schutz nahmen, die von einem jugoslawischen Gericht wegen Zusammenarbeit mit den Okkupanten und wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sind, Leute, denen

der Prozeß gemacht wurde, weil sie Propaganda gegen die sozialistischen Errungenschaften des jugoslawischen Volkes verbreiteten, und politische Verbrecher, die organisiert handelten, um die verfassungsmäßige Ordnung der SFPJ zu beseitigen.

Es sind weiter jene, denen schon mehrmals Einmischung in die jugoslawischen Angelegenheiten nachgewiesen werden konnte. So nämlich bezeichnete Josip Broz Tito die Rede des ehemaligen US-Botschafters in Belgrad Silberman, der sich herausgenommen hatte, die Innen- und Außenpolitik des Landes zu kritisieren.

Die Liste dieser Leute macht ausreichend deutlich, zu welchem Zweck hier die Geschichte vom Rotkäppchen und dem bösen Wolf immer wieder aufgewärmt wird.

Allein der Augenblick, die sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen zu unterminieren, wurde nun wirklich nicht günstig gewählt. Diese Beziehungen sind nicht nur stabil, sondern, wie es die Belgrader **Nedeljne Novine** schrieb, durch die herzlichen Gefühle zwischen den Völkern beider Länder erwärmt. Die Weissager haben offenbar die Zeichen der Zeit nicht erkannt, die auf gute Aussichten in der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit hinweisen.

Oder ist es vielleicht gerade das, was manchen Leuten im Westen auf die Nerven geht?

I. TROFIMOWA

anderes Versprechen der jetzigen Regierung, nämlich die Verteidigungsausgaben jährlich real, d. h. ohne Berücksichtigung der Inflation, um 3% anzuheben. Brown erklärte, das Pentagon werde 1978 annähernd 117 Md. Dollar erhalten. Das wären etwa 8% mehr als die Rekordsumme, die dem Verteidigungsministerium im am 1. Oktober abgelaufenen Finanzjahr bewilligt wurde. Laut New York Times rechnet der Verteidigungsminister 1979 mit 130,5 Md., d. h. mit einem weiteren Aufstocken des Verteidigungshaushalts um 11%.

Wenn Mr. Brown das den ABC-Hörern auch weismachen wollte: Militärausgaben lassen sich wohl kaum durch ihre jährliche Erhöhung kürzen.

W. BOIKOW

WO DU HINGEHST...

Die bundesdeutsche Opposition, die in der Innenpolitik überhaupt nicht vorankommt, will ihr Glück nun im Internationalen machen. Wie in Bonn bekannt wurde, hat die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages ein „Weißbuch“ vorbereitet, das nicht nur den Bundesdeutschen, sondern auch der Weltöffentlichkeit zugänglich gemacht werden soll. Seine Seitenzahl — 175 — steht schon fest.

Thema des Buches ist die Einhaltung der Schlußakte von Helsinki und die „Lage der Menschen in Deutschland und der Personen deutscher Abstammung in Osteuropa“. Über den Inhalt dürfte sich die Welt kaum wundern, denn schon lange beschäftigt sich die CDU/CSU mit der primitivsten Verleumdung der sozialistischen Länder Osteuropas und auch mit allen möglichen Provokationen, vor allen Dingen gegen die DDR. Was nun den Anspruch auf die Sorge um die „Personen deutscher Abstammung“ anlangt, so ruff er ziemlich böse geschichtliche Assoziationen hervor.

Bemerkenswert ist weniger der Inhalt des „Weißbuches“ wie die wahrhaft lächerliche Lage, in die sich die christlich-demokratischen Politiker da selbst bringen. Denn diese selbe CDU/CSU-Fraktion, die sich nun zum Bewahrer der Helsinki-Übereinkünfte aufwirft, hatte seinerzeit — 1975 — offiziell und feierlich im Bundestag dafür gestimmt, die Bundesrepublik solle die Schlußakte nicht unterzeichnen!

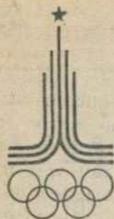
Das ist etwa die gleiche Situation, wie wenn Berufsverbrecher zur Verteidigung des Strafgesetzbuches antreten oder sich ausgemachte Säuer für die Prohibition stark machen. Aber die CDU/CSU-Führer spüren nicht das Groteske der Situation. Sie sind so sehr von sich überzeugt, daß sie sogar eine Sonderdelegation nach Belgrad auf den Weg brachten, die den Teilnehmern des dortigen Treffens ihr Werk überreichen soll. Offenbar können sie nicht ruhig schlafen bei dem Gedanken an die zweifelhaften Lorbeeren des US-Kongreßausschusses, der sich selbst zum Kontrolleur über die Einhaltung der Helsinki-Beschlüsse in anderen Ländern eingesetzt hat. Und so denken sich wohl die Christlichen Demokraten: Wo du hingehst, da will auch ich hingehen.

L. BESYMENSKI

RECHENKÜNSTE

In einem Interview für die American Broadcasting Company wurde US-Verteidigungsminister Brown gefragt, ob der Präsident sein Wahlversprechen einhalten werde, die Verteidigungsausgaben um 5—7 Md. Dollar zu kürzen. „Dieses Versprechen ist praktisch erfüllt“, war die Antwort. Beweise? Da die abtretende Regierung Ford dem Kongreß für 1978 123 Md. Dollar für Verteidigungszwecke abverlangte, der jetzige Herr des Weißen Hauses aber „nur“ auf 117 Md. aus ist, kann der Minister die Richtigkeit seiner Worte durch einfaches Subtrahieren verdeutlichen.

Allerdings gibt es auch noch ein



Auf Olympiakurs

Bis zu den Olympischen Spielen in Moskau sind es noch etwa drei Jahre. Der Vorsitzende des Organisationskomitees der Olympiade 80, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der UdSSR, Ignati NOWIKOW, berichtet unserem Korrespondenten Wladimir Rosen, was bereits zur Vorbereitung auf dieses weltweite Fest des Sportes geschehen und was noch zu tun ist.



Presse, Rundfunk und Fernsehen der Sowjetunion widmen der bevorstehenden Olympiade 80 ständig große Aufmerksamkeit. Die sowjetische Öffentlichkeit zeigt bereits heute großes Interesse an diesem Treffen von Sportlern aus aller Welt und tut alles, um einen vollen Erfolg zu gewährleisten. Was meinen Sie dazu?

Das ist nur natürlich. In keinem Land ist die Sportbegeisterung so groß wie bei uns.

Das Sowjetvolk, die KPdSU und die Sowjetregierung sehen in der Olympiade einen wichtigen Faktor, der zur internationalen Entspannung, zu Freundschaft und Verständigung zwischen den Völkern beiträgt. Auch in der KSZE-Schlußakte wird die Bedeutung und Notwendigkeit unterstrichen, internationale Sportbegegnungen zu fördern.

Die Sowjetunion unterhält vielfältige Sportverbindungen mit über 100 Ländern in allen fünf Kontinen-

ten. Wir haben zahlreiche langfristige Abkommen und Protokolle über Zusammenarbeit im Sport unterzeichnet. Der Sportverkehr steht nicht nur unter Schirmherrschaft des Sportkomitees der UdSSR, mit ihm befassen sich auch Gewerkschafts- und Jugendorganisationen. Tagtäglich nehmen sowjetische Sportler an ausländischen Begegnungen teil, finden internationale Wettkämpfe in der UdSSR statt. Zweifelsohne werden auch die bevorstehenden Spiele in Moskau zur Weiterentwicklung der Sportverbindungen und zur Festigung der Freundschaft zwischen der Jugend der ganzen Welt beitragen.

Kürzlich fand in Prag die 79. Tagung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) statt, auf der Ihr Bericht über die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in Moskau diskutiert wurde. Wie wurde er aufgenommen?

Im allgemeinen wurden die in unserem Bericht enthaltenen Vorschläge gebilligt. Es sei daran erinnert, daß die Olympiade 16 Tage laufen wird — vom 19. Juli bis zum 3. August. Die Wettkämpfe werden nicht nur in Moskau, sondern auch in Tallinn (Segeln), Leningrad, Kiew und Minsk (Vorrunden des olympischen Fußballturniers) stattfinden.

Das Wettkampfprogramm wurde erweitert: um zwei weitere Gewichtsklassen in Judo und eine neue Gewichtsklasse für die Gewichtheber. Es wird wieder Geherwettbewerbe über 50 km geben. Je 203 Gold-, Silber- und Bronzemedailles sind ausgesetzt — mehr als auf jeder vorhergehenden Olympiade.

Unser konkreter Ablaufplan wurde gebilligt. Jetzt arbeiten wir detaillierte Programme für einzelne Disziplinen aus. Die Programme sollen allen internationalen Sportverbänden und den nationalen olympi-

schen Komitees ein Jahr vor Beginn der Spiele zugehen.

Wie viele Sportler, Gäste, Journalisten und Touristen werden erwartet?

Etwa 12 000 Sportler und Betreuer aus über 120 Ländern, 3500 Schiedsrichter, 3000 Delegierte der internationalen Sportkongresse, die während der Olympiade in Moskau stattfinden werden, an die 850 Ehrengäste und 7400 Vertreter der Massenmedien, einschließlich des technischen Personals. Wir erwarten insgesamt ca. 300 000 ausländische Touristen und etwa ebensoviel einheimische Gäste.

Wir werden uns bemühen, die ausländischen Olympiadeteilnehmer, die Gäste, Journalisten und Touristen allseitig mit der Sowjetunion, ihren Völkern und ihrer Kultur bekannt zu machen. Damit werden sich Intourist, die Gewerkschaften und das Sputnik-Jugendreisebüro befassen. Intourist hat etwa 20, die Gewerkschaften 37 Ausflugsrouten in alle Landesteile geplant, u. a. nach Bratsk und Buchara. Die Routen für die Autotouristen werden etwa 12 000 km lang sein. Die Autofahrer werden unterwegs alles Notwendige vorfinden: Tankstellen, Kfz-Werkstätten, Campingplätze, Restaurants u. a.

Große Bedeutung messen wir auch dem Kulturprogramm bei. Der Begründer der Olympischen Bewegung der Neuzeit, Pierre de Coubertin, hat sie definiert als ein Zusammenspiel von Sport, Kunst und Wissenschaft. Unser Kulturprogramm ist auf 16 Monate angesetzt — von der Eröffnung der VII. Spartakiade im Juli 1979 bis zum Oktober 1980. Es beginnt mit einem Kunstfestival der Völker der UdSSR. Während der Olympiade werden Veranstaltungen nicht nur in Moskau, Tallinn, Leningrad, Kiew und Minsk, sondern auch in einigen anderen Städten durchgeführt. Neben Theateraufführungen und Konzerten sind Volksfeste, Bälle und Karnevals in Parks, auf Plätzen und Straßen vorgesehen.

Sie sagten, Olympiadeteilnehmer würden aus etwa 120 Ländern erwartet. Bei den letzten Spielen in Montreal traten Mannschaften von 92 Ländern an. Wie kommen Sie auf diese merklich größere Zahl?

Dem IOC treten immer mehr nationale olympische Komitees bei. Jetzt gehören ihm 135 Staaten an, und so ist diese Zahl durchaus real;

wir streben an, daß die Moskauer Olympiade so repräsentativ wie möglich wird. In Montreal nahmen Sportler aus vielen Entwicklungsländern, vor allem aus Afrika, nicht teil. Ich hoffe, daß sich das in Moskau nicht wiederholen wird, und das mit gutem Recht. Anfang April d. J. fand in der Hauptstadt der Republik Elfenbeinküste, in Abidjan, eine Tagung der IOC-Exekutive zusammen mit den Leitern nationaler olympischer Komitees statt. An ihr nahmen Vertreter aus etwa 90 Ländern teil, u.a. viele afrikanische Delegationen, und in einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die bevorstehende Moskauer Olympiade voll unterstützt. In ebenso freundschaftlicher Atmosphäre fand auch die Prager Tagung des IOC statt.

Ein Beispiel dafür, wie unsere afrikanischen Freunde zur Sowjetunion und ihrer Sportbewegung stehen, ist eine Erklärung des Präsidenten des Führungsausschusses für afrikanischen Sport, des Vorsitzenden des Nationalen Olympischen Komitees von Nigeria, Abraham Ordia. Er sagte, alle Völker Afrikas würden die Olympiade 80 als ihr Anliegen betrachten, da sie von einem Land abgehalten wird, das vor 60 Jahren den Weltfrieden und die Brüderlichkeit zwischen den Völkern als sein Ideal verkündet hat, und diese Ideale entsprechen voll und ganz den Zielen und Aufgaben der olympischen Bewegung.

Unser Organisationskomitee tut alles, um eine gleichberechtigte Teilnahme aller Staaten — der großen wie der kleinen, der Industriestaaten wie der Entwicklungsländer —

an der Olympiade 80 zu gewährleisten. Wir sind z. B. bereit, bei uns Sportler aus jungen Staaten auszubilden oder unsere Experten zur Trainerausbildung zu entsenden.

Welche Bedingungen werden für die Arbeit der Journalisten geschaffen?

Wir beabsichtigen, 3100 Korrespondenten der Presse, 800 TV- und Rundfunkberichtersteller, 400 Bildreporter, 100 Kameraleute und 3000 technische Mitarbeiter von Fernsehen und Rundfunk zu akkreditieren. Das Organisationskomitee ging hierbei von der Maximalquote aus, die Ende 1976 vom IOC-Pressesausschuß bestätigt wurde.

Wir haben Länderquoten für die Pressevertreter aufgestellt und werden uns bemühen, den akkreditierten Journalisten die erforderlichen Arbeitsbedingungen sowie eine umfassende und operative Information zu gewährleisten. Einige Worte zum Hauptpressezentrum. Das fünfstöckige Gebäude entsteht am Moskauer Subowski-Boulevard. Es erhält moderne Nachrichtenmittel: Telefone, Fernschreiber, Telekopierer, Fototelegraphen und -labors. Wir beabsichtigen dort bis zu 3200 Pressekabinen, Informationsräume usw. einzurichten. In jeder olympischen Wettkampfstätte wird es eine große bequeme Presseloge geben, die mit einer gut ausgestatteten kleineren Pressezentrale verbunden ist. Ferner wird ein Pressezentrum in Tallinn gebaut.

Für Journalisten werden Autobusse zwischen dem Hauptpressezentrum, den Wettkampfstätten und den Hotels kursieren.

Um die Nachrichtenverbindungen

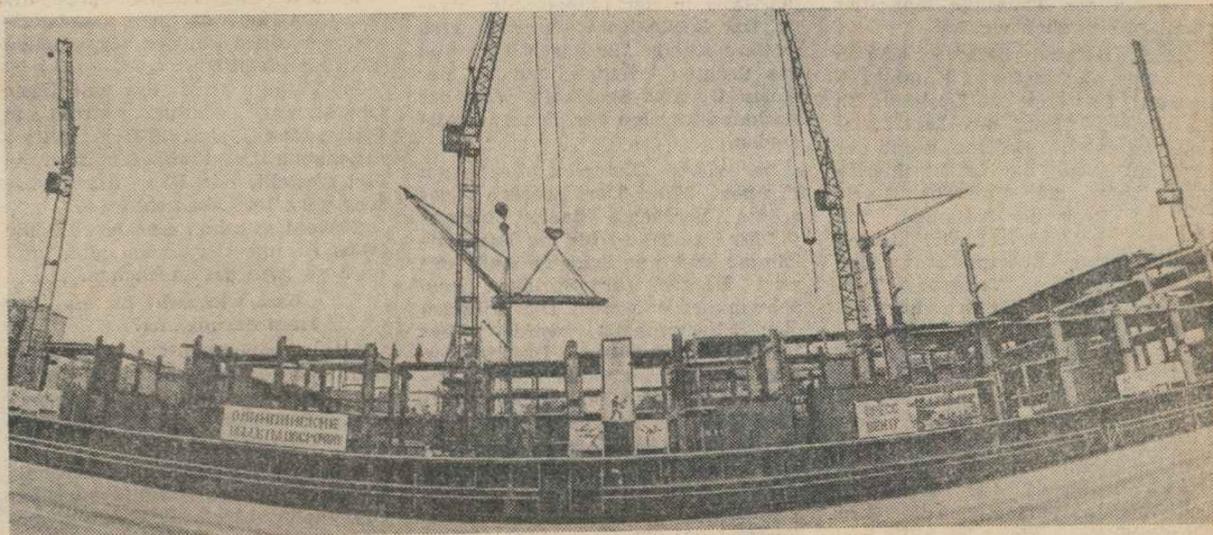
von der Olympiade mit aller Welt zu gewährleisten, entsteht in Moskau eine internationale Telefonzentrale mit 1500 Leitungen, wird die internationale Fernschreibstation erweitert. In Ostankino wird bei dem dortigen Fernsehzentrum ein neuer Trakt errichtet, der mit modernster Technik ausgerüstet wird. Dieser Fernseh- und Rundfunkkomplexzentrum wird es ermöglichen, die Olympiade über 18 Farbfernsehsenderkanäle und 100 Rundfunkfrequenzen zu übertragen. Über neue Systeme kosmischer Nachrichtenvermittlung werden die Fernsehsendungen auf allen fünf Kontinenten empfangen werden können.

Etwa eine Milliarde Fernsehzuschauer verfolgten die Münchner Olympiade, bis zu 1,5 Milliarden die Olympischen Spiele in Montreal. Wir meinen, daß mindestens zwei Milliarden die Moskauer Olympiade werden sehen können. Wir haben bereits Kontrakte für die TV-Übertragungsrechte mit der amerikanischen Gesellschaft NBC, der japanischen ANB und dem australischen 7. Kanal unterzeichnet. Jetzt verhandeln wir mit Gesellschaften anderer Länder.

Das ganze Informationssystem wird auf einem speziellen automatischen Steuersystem mit neuester Rechentechnik basieren. Dieses System wird die beste Lösung für die Unterbringung der Delegationen und die Verteilung der Eintrittskarten finden, die Wettkampfergebnisse

Hier entsteht das Hauptpressezentrum

Foto A. Motschalina



auswerten sowie bei der Aufstellung der Start- und Ergebnislisten, bei verschiedenen finanziellen Aufgaben usw. helfen.

Sagen Sie bitte etwas zum Bau des Olympischen Dorfes und der Sportanlagen!

Vor allem möchte ich betonen, daß alle olympischen Objekte im Generalplan für die Entwicklung Moskaus als Bauten für langfristige Nutzung vorgesehen sind. In Moskau gibt es im Gegensatz zu Montreal oder München schon viele Sportstätten, die für das olympische Programm erforderlich sind; sie müssen nur modernisiert oder umgebaut werden.

Das im Bau befindliche Olympische Dorf nimmt über 100 ha um den Mitschurinski-Prospekt ein. Es weist 18 fünfzehnstöckige Wohnhäuser inkl. Verwaltungsgebäude auf, ein geräumiges Einkaufszentrum, ein Restaurant mit 4000 Plätzen, Cafés, Bars und ein Warenhaus, ein Kulturzentrum mit einer Theater- und Konzerthalle (1200 Plätze) und einem Tanzsaal. Daneben ist ein Komplex von Sportstätten im Entstehen, die für das Training in vielen Sportarten geeignet sind.

Im Olympischen Dorf wird es Zwei- und Dreizimmerwohnungen geben. Um den Olympiakämpfern die Möglichkeit zur Akklimatisierung zu geben, wird das Dorf 21 Tage vor Beginn der Olympiade eröffnet werden. So werden die Sportler trainieren können, um rechtzeitig fit zu sein. Nach den Spielen wird aus dem Olympischen Dorf ein weiteres modernes Wohnviertel, in das Tausende Moskauer Familien einziehen werden.

Die Sportstätten befinden sich in den sechs olympischen Komplexen Moskaus. Der erste ist Lushniki. In der Großen Arena des Zentralstadions werden die Eröffnung und der Abschluß sowie die Leichtathletikwettkämpfe, die Fußballspiele und der „Preis der Nationen“ im Reitsport stattfinden. In der kleinen Arena und im Sportpalast werden die Wettkämpfe in Volleyball, Turnen und Judo, in der Schwimmhalle Wasserballkämpfe durchgeführt.

Alle diese Anlagen werden umgebaut, und auf dem Gelände des Tenniszentrums in Lushniki entsteht ein neuer Mehrzwecksaal. Dort werden sich Wettkampf- und Trainingsräume für 12 Sportarten und Großtribünen für 3000—4000 Zuschauer befinden. Auf dem Hauptfeld dieser Halle kann Volley-

ball, Basketball, Federball, Tennis und Feldhandball gespielt werden.

Der zweite Komplex ist in Krylatskoje. Die dort vor vier Jahren fertiggestellte erstklassige Ruderstrecke hat Sportlern wie Zuschauern gefallen. Sie ist für Wettkämpfe im Rudern, im Kajak- und Kanufahren, für 10-km-Ringruderstafetten bestimmt. Die am Ziel gelegene überdachte Tribüne mit 3400 Plätzen gibt einen guten Überblick über fast die ganze Strecke. Zu Beginn der Olympiade werden dort provisorische Zuschauertribünen, ein Sport- und ein Wirtschafts-trakt, Reparaturwerkstätten und neue Hellingen hinzukommen.

In Krylatskoje werden auch die Radrennen stattfinden. Die Radsportler werden eine 7 m breite und 13,5 km lange Ringstraße mit Tribünen für 4000 Zuschauer erhalten. Für die Streckenfahrer aber wird dort eine große überdachte Radrennbahn gebaut. Die Strecke ist 333,33 m lang, d. h. sie entspricht den Anforderungen des Internationalen Amateurradfahrverbandes. Die dortigen Tribünen haben 6000 Plätze.

In Krylatskoje werden Felder für das Bogenschießen mit 92 Zielscheiben für die Schützen eingerichtet.

Der dritte Sportkomplex befindet sich beim Lenigradski-Prospekt. Im Dynamo-Stadion und im Stadion der Jungen Pioniere werden die Vorausscheidungen im Fußball und im Feldhockey fallen. Ferner liegen dort die Sportanlagen des Zentralen Sportklubs der Sowjetarmee (ZSKA) und die neue Dynamo-Halle in der Lawotschkin-Straße. Der ZSKA-Komplex wird eine weitere Anlage für das Ringen und das Fechten erhalten, und in der neuen Dynamo-Sporthalle wird das Basketballturnier der Frauen stattfinden.

Der vierte Komplex liegt am Prospekt Mira. Dort werden das größte überdachte Stadion Europas (45 000 Zuschauer) für die Boxwettkämpfe und eine Schwimmhalle mit zwei Becken für Springen und Schwimmen entstehen. Die Tribünen der Schwimmhalle werden über 10 000 Plätze haben. Das Stadion und die Schwimmhalle bilden zusammen einen modernen Sportkomplex. Nach der Olympiade wird man im überdachten Stadion das ganze Jahr über Fußball und Eishockey spielen, Leichtathletik treiben, Schlittschuh laufen und in anderen Sportarten trainieren, es zu Film-

vorführungen benutzen, dort Massenveranstaltungen und Feiern durchführen können.

Zum erstenmal in der olympischen Geschichte werden die Reitsportler einen eigenen Komplex für alle Arten ihres Sports erhalten (den fünften Komplex) — im Waldpark von Bitza.

Schließlich der sechste Komplex — in Sokolniki und Ismailowo. Im umgebauten Sportpalast von Sokolniki wird das Handballturnier steigen, und in einer neuen Halle in Ismailowo treffen sich die Gewichtheber.

Der Generalplan für die Entwicklung Moskaus sieht ferner einen verstärkten Bau von Hotels, Motels und Campingplätzen vor. Einstweilen reichen sie nicht — die Hotels haben insgesamt etwas über 50 000 Betten. In den nächsten drei Jahren werden etwa 28 000 Plätze hinzukommen: durch den Hotelgroßkomplex in Ismailowo mit 10 000 Betten, die Hotels auf der Wolchonka-SIL (4000 Betten), in Troparjowo (2000 Betten) sowie das Hotel bei der Volkswirtschaftlichen Leistungsschau, das in Zusammenarbeit mit der französischen Firma S.E.F.R.I. (3500 Betten) entsteht, u. a.

Die Touristen werden ferner in 173 komfortablen Wohnheimen untergebracht. Bei Moskau wird ein Campingplatz gebaut, Parkplätze sind geplant. In den beiden Wohntrakten und in Bungalows des internationalen Jugendlagers „Sputnik“, am malerischen Ufer der Kljasma, werden 800, in einer Zeltstadt 1700 Touristen untergebracht.

Zum Beginn der Olympiade werden neue Restaurants, Cafés und Kantinen für 70 000 Menschen eröffnet, vor allem bei den olympischen Wettkampfstätten.

In Tallinn wird das wichtigste Objekt, das Segelsportzentrum in Pirta, zum 1. Juli 1979 in Betrieb genommen. Der Flußhafen ist schon fertiggestellt, der Bau des Seehafens wird 1978 abgeschlossen.

Obwohl es schon eine recht solide Basis für die Olympiade gibt, muß noch so manches geschehen.

Und wie sieht es mit der Finanzierung aus?

Alle olympischen Objekte werden nach den Spielen eine nützliche Funktion erfüllen. Die entsprechenden Gelder sind im Fünfjahrplan vorgesehen.

Außer den Bauobjekten wird die Vorbereitung und Durchführung der Olympiade natürlich gleichfalls große Ausgaben erfordern. Zu ihrer

teilweisen Deckung wurde wie bei den letzten Olympiaden ein Wirtschaftsprogramm erarbeitet, das beachtliche Einnahmen bringen wird — nicht nur aus dem Eintrittskartenverkauf. Ich habe bereits Kontrakte mit ausländischen TV-Gesellschaften erwähnt. Wir schließen ferner Lizenzverträge mit einigen großen Firmen auf Lieferung von Olympiadeartikeln.

Die Produktion vieler verschiedener Waren und Souvenirs mit dem Emblem der XXII. Olympiade ist angelaufen. Olympische Briefmarken sowie Olympiamünzen — in Platin, Gold, Silber und in Kupfer-Nickel-Legierungen sind bereits im Umlauf.

Zum Schluß bitte etwas zum Ablauf der Bauarbeiten.

Insgesamt wird der Plan erfüllt, bei einigen Objekten auch überboten. Zur Koordinierung aller Bauarbeiten wurde beim Moskauer Stadtexekutivkomitee die Hauptverwaltung „Glawmosolympiada“ gebildet. Sie soll die rechtzeitige Inbetriebnahme nicht nur der Sportstätten, sondern auch der Hotels, Wohnheime, Transportmittel und Handelsbetriebe sicherstellen.

Die Arbeiten in Tallinn gehen nicht schlecht voran. Bereits 1976 begann man dort mit den olympischen Bauarbeiten.

Viele Bauarbeiterkollektive wollen die Pläne überbieten, um die Objekte vorfristig, zur VII. Spartakiade der Völker der UdSSR im Sommer 1979, ihrer Bestimmung zu übergeben. Sie wird sich zu einer Art Generalprobe der Olympiade gestalten. An ihr werden Sportler aus allen unseren Unionsrepubliken und dem Ausland teilnehmen.

Die Gewerkschaften und der Komsomol beteiligen sich aktiv an der Vorbereitung der Spiele. Betriebskollektive und einzelne Bürger wenden sich an das Organisationskomitee und bieten an, unentgeltlich auf den olympischen Bauobjekten zu arbeiten.

Je näher die Olympiade 80 rückt, desto größer ist die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit, des ganzen Landes. Und das ist die beste Gewähr dafür, daß die Olympiavorbereitung rechtzeitig abgeschlossen wird.

Die Olympiade 80 wird eine neue Seite in der Geschichte der olympischen Bewegung aufschlagen und dazu beitragen, daß Verständnis und Freundschaft zwischen der Jugend der Welt zunehmen werden. Sie ist ein Beitrag zum Frieden. ■

NAHER OSTEN

DIE EINZIG MÖGLICHE LÖSUNG

Dmitri WOLSKI

„Öl, Geld, Krieg und Frieden bilden im Nahen Osten ein kompliziertes Puzzlespiel, und die USA mögen den Schlüssel zu seiner Lösung in der Hand haben“, schrieb Ende Oktober die *New York Times*. Richtiger wäre es zu sagen, daß man in Washington fieberhaft nach einem Schlüssel zur Behebung der Nahostkrise sucht, die sowohl den US-Monopolen als auch den Zionisten passen und zugleich für die konservativen arabischen Regimes akzeptabel

Israel die ausgiebige militärische Hilfe auch weiter erhalten werde.

Viel mehr im Recht ist *Al-Baath* (Damaskus), wenn sie schreibt, daß „die schönen Reden Washingtons für die Araber reserviert“ seien, während Israel greifbare Unterstützung bekomme. Dabei seien die Amerikaner in Wirklichkeit nicht an Israel, sondern an der arabischen Welt interessiert, weil sie von deren Öl abhängen und einen großen Teil ihres Exports dort absetzen. Tatsächlich

haben die Abschlüsse zwischen den USA und den arabischen Ländern jetzt 30 Md. Dollar im Jahr erreicht. Außerdem fließen der Wirtschaft der USA auch weiter Erdöldollars zu. Unter diesen Umständen kann eine Verschlechterung der Beziehungen zu ihnen für sehr viele Amerikaner folgeschwer sein. Selbst wenn sich die arabischen Länder zu keiner Ölsperre entschließen sollten, könnten sie, wie westliche Experten warnen, „die Gewinnung einschränken, die Preise noch mehr erhöhen und einen Teil



Ein UNO-Posten auf der Entflechtungslinie der israelischen und der arabischen Truppen

Foto TASS

seiner würde. Auf dieser Suche gehen die Wogen der politischen Leidenschaften höher als je zuvor.

Das „israelische Lobby“ ist mit einem Male viel energischer geworden, es wirft dem Weißen Haus ein „Renegatentum“ vor und droht Präsident Carter, er könne für 1980 auf keine Wiederwahl rechnen und werde schon jetzt bei allem, was er unternimmt, im Kongreß auf Widerstand stoßen, wenn er es unterließe, Israel rückhaltlos zu unterstützen. In die Kampagne hat sich sogar Haim Landau, der Vertreter Israels bei der UNO, eingeschaltet. Er hat Washington in der Presse unverblümt den Vorwurf gemacht, es habe für Tel Aviv fast nichts als „schöne Reden“ übrig. Allerdings enthalten die besagten Reden nachdrückliche Versicherungen, daß

ihrer in die Milliarden gehenden kurzfristigen Dollarguthaben abheben, um denen empfindlich zu schaden, die Israel in seiner starren Haltung unterstützen“.

Dies vor Augen, hält man in Washington schon lange darauf Kurs, die Interessen der zionistischen Kreise, der israelischen Spitzenschicht einerseits und der Konservativen in der arabischen Welt, die den größten Teil des Öls in der Hand haben, andererseits unter einen Hut zu bringen. Deshalb haben hohe Washingtoner Politiker der von ihren Tel-Aviver Kollegen vorgebrachten Idee ein geneigtes Ohr geschenkt, die Grenzen zwischen Israel und den arabischen Ländern zu öffnen und im Nahen Osten eine Art gemeinsamen Markt zu bilden. Auf diesem würde Israel mit seinem verhältnismäßig

mäßig hohen Entwicklungsniveau und seinen technischen Potenzen die tonangebende Rolle beanspruchen, aber auch die arabische Bourgeoisie hätte ziemlich viel davon, vor allem eine Garantie gegen ernsthaft soziale Wandlungen.

Die Nahostregelung als Abmachung zwischen den Expansionisten Israels und den arabischen Rechten (die unter Ägide ihres gemeinsamen Schutzpatrons, Washingtons, getroffen werden soll) hatte sowohl in Kissingers Diplomatie der „kleinen Schritte“ als auch in den ersten Maßnahmen der jetzigen US-Regierung ihren Ausdruck gefunden. In beiden Fällen waren die Interessen der breiten arabischen Massen, in erster Linie des palästinensischen Volkes, die Scheidemünze. Das neue Kabinett Israels hat aber einen so hohen Preis verlangt, daß ihn selbst die konservativen arabischen Kreise nicht akzeptieren konnten, ohne Protestaktionen zu riskieren und die eigenen Positionen zu schwächen.

Mehr noch, schon Tel Avivs Weigerung, seine Truppen vom westlichen Jordanufer und von einem großen Teil der Golanhöhen zurückzunehmen, der Bau von Wehrdörfern in diesen Gebieten, das Hintertreiben der Gründung eines arabischen palästinensischen Staates und einer Teilnahme der PLO an der Genfer Konferenz und schließlich das Aufschaukeln der bewaffneten Einnischung im Süden Libanons — das alles führt in der arabischen Öffentlichkeit schon jetzt zu einem merklichen Stimmungswechsel. Washington wird mit Nachrichten darüber aus verschiedenen Quellen — angefangen von saudiarabischen Prinzen bis zu westlichen Korrespondenten — förmlich überschüttet. Am 21. September schrieb der Pariser *Figaro*: „Die Gefahr für die arabischen Regierungen, die sich ganz auf die amerikanische Vermittlung verlassen haben, ist so groß und das Risiko des Entstehens einer inneren Gefahr für sie oder aber der Nötigung zu einer anderen Politik so stark, daß man sich in Washington dazu entschlossen hat, vor Jahresende noch einen Schritt zum Frieden zu tun.“

Konnte aber ein Schritt in der Art der früheren ein Resultat haben? Hat es Sinn, mit einer Einigung auf Kosten der Palästinenser und der anderen arabischen Völker zu rechnen? Und wenn man schließlich eine allumfassende Regelung vorhat, läßt sich das mit den Versuchen vereinbaren, die UdSSR

abzudrängen? Mir scheint, auch in Washington könnte man das alles nur verneinen. Es zeigt sich immer deutlicher, daß nicht allein die „kleinen Schritte“, sondern überhaupt die Versuche der imperialistischen Kreise, nach eigenem Gutdünken über den Nahen Osten zu verfügen, in eine Sackgasse geführt haben. Solche Versuche mit Schritten zum Frieden zu erklären, fällt immer schwerer.

Mehr noch, eine derartige Politik droht mit neuen Gefahren. Für die israelischen Expansionisten, die vom amerikanischen Militär- und Industriekomplex hochgepöppelt sind (sie bekamen in den letzten Jahren 12,7 Md. Dollar), die die modernsten Waffen aus den USA haben und auch weiter welche bekommen, wächst die Verlockung, den Arabern ihre Bedingungen aufzuzwingen. Daher die Drohungen mit einem „Präventivkrieg“ gegen die arabischen Staaten. So einen Krieg will Tel Aviv, wie die US-Wochenschrift *Armed Forces Journal* unter Berufung auf den israelischen Generalstabschef Gur schreibt, „möglichst intensiv führen, um die arabischen Armeen aufzureiben, ehe der Westen eingreifen kann“.

Wie man sieht, fangen die Tel-Aviver Generale schon an, auch ihre Schutzpatrone in Übersee zu erpressen. Offenbar äußert die erwähnte Wochenschrift nicht nur ihre eigene Meinung, wenn sie betont, daß die Politik Tel Avivs „die Sicherheit der USA ernsthaft gefährden und für sie sogar zu einer Konfrontation mit der UdSSR führen kann“. Übereine „Gefährdung für die Sicherheit der USA und der mit ihnen verbündeten westeuropäischen Staaten sowie Japans“ schrieb auch der bekannte US-Diplomat Charles Yost im *Christian Science Monitor*.

Später formulierte das Blatt die Schlußfolgerung, zu der man im Weißen Haus neigt, folgendermaßen: Dort glaube man „mit vollem Recht, eine endgültige Regelung sei auch dazu notwendig, einen neuen Krieg zu verhüten, der zu einer Konfrontation der USA und der UdSSR führen könnte; ebenfalls dazu, Maßnahmen der Araber im Hinblick auf das Erdöl zu vereiteln, die das ganze Wirtschaftssystem des Westens in ein Chaos stürzen könnten“.

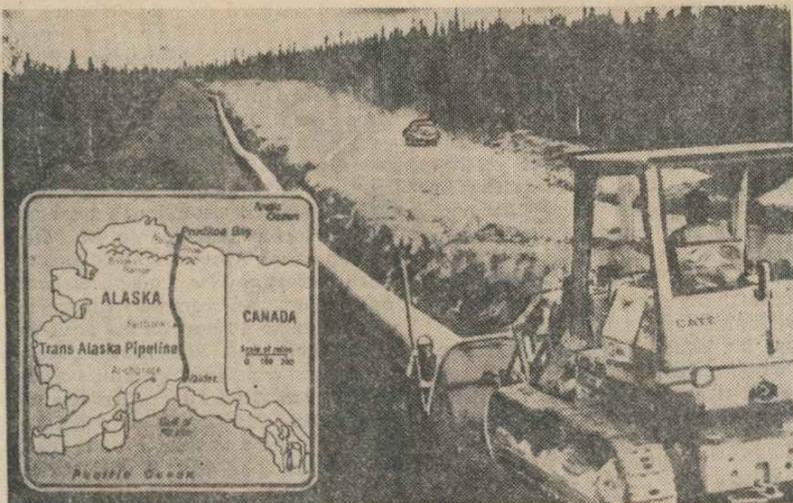
In einer derartigen Situation ist die sowjetisch-amerikanische Nahost-Erklärung abgefaßt worden, die am 2. Oktober erschienen ist. Sie enthält bekanntlich die Grundlagen

für eine umfassende Regelung und sieht vor, daß die Truppen Israels aus den 1967 besetzten Gebieten zurückgenommen, die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes garantiert und normale, friedliche Beziehungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn hergestellt werden sollen.

Es wird behauptet, die US-Regierung habe in Gestalt der gemeinsamen Erklärung der UdSSR Zugeständnisse gemacht. Wenn das wirklich Zugeständnisse sind, so in erster Linie an die Interessen der USA selbst, denn es liegt ja im ureigenen Interesse der USA, daß im Nahen Osten eine neue Explosion verhütet wird. Eine wirkliche Entspannung kann aber nur durch eine Regelung herbeigeführt werden, die auf Recht und Gerechtigkeit beruht, in Zusammenarbeit mit der UdSSR, die schon immer dafür eingetreten ist. Das ist der Schlüssel zu einem festen Frieden im Nahen Osten.

Allerdings gibt es in den USA einflußreiche Kräfte, die sich einer Benutzung dieses Schlüssels widersetzen, die Wiederaufnahme der Genfer Konferenz verhindern und ein sowjetisch-amerikanisches Zusammenwirken vereiteln möchten. Im israelischen Lobby sieht man heute Gegner der internationalen Entspannung wie Senator Jackson und den AFL/CIO-Vorsitzenden Meany. Der gemeinsame Druck von seiten des Lobbys und der bekannten Habichte verfehlt manchmal seine Wirkung nicht. So versucht man, die Hoffnung auf separate Maßnahmen im Zusammenhang damit wiederzu-erwecken, daß Präsident Sadat nach Israel eingeladen worden ist. Washington hat abgelehnt, Israels jüngste Überfälle auf den Süden Libanons zu verurteilen. In der UNO-Vollversammlung gehörten die USA zu den wenigen Ländern, die sich der Stimme enthielten, als über die Resolution abgestimmt wurde, in der der Bau israelischer Wehrdörfer in den besetzten arabischen Gebieten verurteilt wird. Indes haben aber sogar Alliierte der USA dafür gestimmt. Noch nie war Tel Aviv so hoffnungslos isoliert.

In dieser Situation ist eine gerechte Regelung der einzig gangbare Weg nicht allein für die USA, sondern auch für Israel. Das beweisen unumstößlich die Erfahrungen aus den letzten Jahren und eine objektive Beurteilung der heutigen Sachlage.



DER GOLDREGEN FINDET NICHT STATT

Viktor GRIBATSCHOW

Heute müßte Jack London seine Alaskastorys anders schreiben, etwa so wie seinen Roman „Lockruf des Goldes“, dessen Hauptfigur der Draufgänger und Geschäftsmann Elam Harnish ist.

Das von Jack London besungene „weiße Schweißen“ war weg, als dort zu Beginn der 70er Jahre schwere Lastautos mit den ersten Rohren für die künftige Trans-Alaska-Pipeline ankamen. Wie man den Amerikanern damals versicherte, wären die 48 „unteren“ Staaten auf das Erdöl von Alaska, dem 49., „oberen“ Staat, angewiesen.

In jenen Jahren trugen die patriotischen Amerikaner dicke Wolljacken und lernten den knappen Strom sparen. Sie stellten ihre Privatwagen in die Garagen ab und begaben sich zu dritt und zu viert in einem Pkw zur Arbeit, denn auch das Benzin war im Lande Mangelware.

Die Amerikaner und ihre Wagen warteten auf das Alaska-Erdöl. Nur Geduld, sagte man ihnen, Ende der 70er Jahre werde der „obere“ Staat etwa ein Drittel der importierten Ölmengen liefern.

Auf Alaska sparten die Großlaster nicht mit dem kostbaren Brennstoff, und Wolljacken schützten die bei der Verlegung der Ölleitung 1975 beschäftigten 21 600 Arbeiter nicht

vor Kälte. Diese Neulinge hielten sich ran.

Mächtige Trecker schleppten Pakete von 12-m-Rohren her, ein jedes mit einem Durchmesser von über 1 m und 15 t schwer. Bohrungen für das Gestänge wurden niedergebracht, das die oberirdischen Leitungsabschnitte halten sollte, andere Abschnitte verliefen im Frostboden.

Und doch kein Erdöl

Im Juli 1976 wurden in den Schweißnähten, die die einzelnen Rohre miteinander verbanden, unzählige Risse entdeckt. Die Ausbeutung der Ölfelder von Alaska, die auf 10 Md. Barrel (1 Barrel — 159 Liter) geschätzt werden, mußte auf unbestimmte lange Zeit aufgeschoben werden. Eine Überprüfung der Pipeline deckte 3995 Fehler auf, und jeder davon hätte der Umwelt nicht wiedergutzumachenden Schaden zufügen können. Die Alyeska Pipeline Service Co., die die Ölleitung baut, beeilte sich, die Öffentlichkeit zu beschwichtigen: Das Erdöl werde termingerecht kommen.

Aber schon überraschte die U. S. News & World Report ihre Leser mit dem Titel „Alaska-Pipeline: Noch nicht in Betrieb, aber schon reparaturbedürftig“.

Kürzlich versicherte der Präsident der Gesellschaft, Edward Patton,

den Journalisten: „Alles ist repariert worden.“

Die Journalisten ließen jedoch nicht locker:

„Was kommt, wenn die Pipeline platzt?“

Darauf Patton: „Wir werden sie natürlich abdecken. Der durchschnittliche Verlust, sagen wir, infolge einer auseinandergehenden Naht, beliefe sich auf 15 000 Barrel. Die maximale Eruption nach der Abdeckung wäre 50 000 Barrel.“

Die Journalisten wußten wohl, was sie fragten. Kaum einen Monat später kam es an der Ölleitung zu einer Explosion, die die Pumpen in einem Werk südlich von Fairbanks vernichtete und von einem Riß mit verursacht wurde. Zwar war er an einem Rohrkniefestgestellt und der entsprechende Abschnitt abgedeckt worden, aber während das Rohrstück ausgewechselt wurde, brach der Brand aus.

Als der Bau abgeschlossen war und das langerwartete Öl in diesem Sommer endlich durch die Pipeline floß, erhob sich die Frage: Wohin damit?

Anfang nächsten Jahres, da durch die Pipeline 1,2 Mio Barrel täglich gepumpt werden sollen, wird nämlich nicht einmal die Hälfte davon an der Westküste Absatz finden. Die meisten Raffinerien an der US-Pazifikküste können das schwere Rohöl von Alaska nicht verarbeiten. Nach dem Mittleren Westen aber, wo es wirklich benötigt wird, führt keine Ölleitung. Ein Teil des Erdöls wird dorthin doch befördert werden: auf dem Panama-Kanal und dann zu den Ölraffinerien an der Atlantikküste.

Und nun erfahren die US-Bürger, die ihre Wohnungen gehorsam kühl hielten, um die Brennstoffe zu sparen, daß das Alaska-Erdöl „überflüssig“ sei und in Japan Absatz finden könne. In diesem Winter wird sich Amerika davon überzeugen müssen, daß James Schlesinger, Minister für Energiewirtschaft, mit seinem Wort „Die Krise beginnt erst“ recht hatte.

Dabei sagten namhafte Experten schon vor langer Zeit, daß die Westküste für das Alaska-Öl nicht aufnahmefähig ist.

Verlustgeschäft

Als in den USA 1968 über den Bau der Erdölleitung diskutiert wurde, legte man den Kostenpunkt mit 900 Mio Dollar fest. Dann kam, was alljährlich auch mit Rüstungs-

aufträgen geschieht: Den ursprünglich festgelegten Preis der Entwürfe wagt man aus Angst vor den erzürnten Steuerzahlern kaum noch zu erwähnen.

1972 schätzte man die Baukosten auf 3,2 Md. Dollar, später steigerten sie sich ins Unermeßliche: 1974 waren es 5 Md., 1975 bereits 6,3 Md. Die endgültigen Berechnungen stellten fest: Die 799 Meilen Erdölleitung kosteten 7,7 Md. Dollar.

Allerdings ist es das erste Bauvorhaben solchen Ausmaßes auf Alaska. Vielleicht erklärt sich eine derartige Kostensteigerung daraus? Aber vor kurzem erfuhren die Amerikaner etwas, was sie die Alaska-Zahlen mit anderen Augen sehen läßt: 1,5 Md. von der bereitgestellten Summe wurden im Grunde zum Fenster hinausgeworfen, denn wegen mangelhafter Kontrolle und „ungenügender Beachtung des Kostenanschlags“ wurden beim Bau viel mehr Arbeitskräfte beschäftigt als erforderlich sowie Riesenmengen von Ausrüstungen gestohlen und verloren.

In einem 600 Seiten starken Bericht, den der Berater der Alyeska, Terry Lenzner, aufgestellt hatte, hieß es: „Die mangelnde Inventarkontrolle führte zu einer chaotischen Situation, in der die Bauunternehmer verzweifelt neue Ausrüstungen hinzukaufen, ohne zu ahnen, daß sie Gleiches auf ihren eigenen Lagern hatten.“

Merkwürdigerweise denken an diese hinausgeworfenen Dollars auch die von der Presse mit Nachdruck als Glückspilze bezeichneten Alaskaer. Ihnen wurde ein „Goldregen“ versprochen: Das Erdöl werde in Form märchenhafter Profite zurückkehren und einem jeden unerhörten Wohlstand bringen. Die ersten Tropfen dieses Regens — 962 Mio Dollar aus dem Lizenzverkauf — verausgabte Alaska im Nu, so daß 1975 kein Cent mehr davon übrigblieb. Im nachhinein stellte man fest: Das Geld ging für Scheinmaßnahmen im Bildungswesen, für die Hilfe an die rasch wachsenden Städte sowie für Unternehmeranleihen drauf.

Wirtschaftsexperten ironisierten, die Alaskaer wüßten mit Dollars nicht umzugehen, und versprachen dem „oberen“ Staat diesmal eine Milliarde im Jahr. Der „Goldregen“ sollte sich über Alaska Mitte der 80er Jahre ergießen. Aber Wirtschaftsprognosen unterscheiden sich manchmal wenig von Wetterberichten.

Über die Entwicklungsaussichten Alaskas sagte sein Gouverneur Jay Hammond zu Journalisten:

„Wir hoffen auf eine Wende zum Besseren, aber bei nüchterner Betrachtung der Lage ist sowohl mit Licht als auch mit Schatten zu rechnen. Schon jetzt“ (man schrieb das Jahr 1976) „erleben wir sowohl positives als auch ungesundes Wachstum: Neben der wirtschaftlichen Entwicklung sind Übervölkerung, Preiserhöhung und zunehmende Kriminalität zu verzeichnen. Ich hoffe, daß wir das Problem der Beschäftigungslosigkeit, die traditionsgemäß auf Alaska höher als sonst im Lande ist, lösen und den Lebensstandard in den ländlichen Gegenden des Staates heben, denn diesen gegenüber sind die Appalachen ein Schlaraffenland.“

Nicht neu in der Branche

Das so laut angekündigte Wohlergehen weist wie die Pipeline selbst mehrere Risse auf. Nur daß diese Risse sich nicht beseitigen lassen. Die Hoffnungen auf eine starke Verminderung der Arbeitslosenzahl haben sich nicht erfüllt: Gegenwärtig ist jeder vierte Arbeitsfähige beschäftigungslos. Die großen Summen bleiben nicht auf Alaska, sondern wandern in die „unteren“ 48 Staaten ab. Der Vizepräsident der Nationalbank von Alaska Bob Richards sagt: „Der Pipeline-Arbeiter hat die Wirtschaft des Staates nicht in erwarteter Weise beeinflusst. Über 40% der ausgezahlten Gelder verschwanden sofort von Alaska.“

Das ist noch nicht alles, denn die Preise klettern nun in die Höhe. Im Jahre 1971 war ein Haus in Valdez für 40 000 Dollar zu haben, fünf Jahre später aber für 80 000; 1976 kostete ein Brot in dieser Stadt 1,13 Dollar, in den „unteren“ Staaten dagegen nur die Hälfte davon. In Anchorage steigen die Lebenshaltungskosten um 20% jährlich.

Jay Hammond wurde weiterhin gefragt:

„Meinen Sie, daß es Alaska nicht beschieden ist, das Ölkönigreich Amerikas zu werden?“

„Meines Erachtens erkennt man auf Alaska allmählich, daß wir nicht Gefahr laufen, im Luxus zu ersticken. Ein langer Weg steht uns noch bevor, ehe wir die Einwohner des Staates mindestens auf den wirtschaftlichen Durchschnitt des 20. Jh. bringen.“

Nach Angaben der Alyeska Pipeline Service Co. stiegen die Kosten

der Ölleitung wegen der überhöhten Forderungen der Umweltschützer. Jeder Dollar über die geplanten Baukosten hinaus wird von den Einnahmen des Staates abgezogen werden. Heute, da sich herausgestellt hat, daß das Öl über den Panama-Kanal befördert werden muß, weisen man auch, daß die Transportkosten ebenfalls zunehmen und folglich die Einnahmen des Staates entsprechend vermindern werden. Amtspersonen behaupteten, die Ölleitung werde Alaska 250 Mio Dollar jährlich kosten. Wie man sieht, eine triste Bilanz: die versprochene, aber ausgebliebene Prosperität plus diese schmerzliche reale Viertelmilliarde.

Nehmen wir einmal an, die Einwohner von Alaska seien damit einverstanden, daß ihr Staat der „Ölbehälter“ des Landes zu sein hat, um dieses aus der Energiekrise herauszuführen. Nehmen wir weiter an, sie seien in so einem Grade patriotisch, daß sie sich über ihre eigenen Interessen hinwegsetzen, um den frierenden Mitbürgern zu helfen. Was gewinnen dabei die Amerikaner der „unteren“ 48 Staaten?

Nun, sie bekommen das Alaska-Öl nach den Weltpreisen. Es gibt also viel amerikanisches Öl, was jedoch die Einzelhandelspreise für Benzin und sonstige Brennstoffe nicht sinken läßt.

„Nein, für den Verbraucher wird der Preis des Alaska-Öls nicht günstiger sein“, sagte mir ein Manager der Firma Martin C. Dwyer, die an der kürzlichen internationalen Ausstellung „Neftegas' 77“ in Moskau teilnahm. „Eher schon steigen.“

Lange Zeit hindurch war Alaska das romantische Land der Goldgräber. Jene von Jack London besungenen Zeiten sind vorbei. Heute weiß man: Der 49. Staat ist auch noch an Erdgas reich. Im September vereinbarten Präsident Carter und der kanadische Ministerpräsident Trudeau die Verlegung einer Pipeline über das kanadische Territorium. Nie mehr wird das weiße Schweigen über Alaska sein. Die Argumente der Alteingesessenen und der Anhänger des Umweltschutzes verklingen wie die Stimme des Predigers in der Wüste. Die US-Ölmonopole haben ihre Maschinerie in Bewegung gesetzt. Auf Alaska sind sie zwar Neulinge, aber keineswegs in punkto Profite. Der Präsident einer Firma, die zahlreiche Sonden im 49. Staat gebohrt hat, sagte fachmännisch: „Bisher weiß man noch nicht, was aus Alaska alles herauszuhohlen ist.“

WIE EINE STADT ZUR STADT WIRD

German USTINOW

Diese Notizen gelten nicht einer bestimmten Stadt, sondern der Urbanisierung einer ganzen Republik mit fast 5 Millionen Einwohnern. Vor dem Krieg, es ist also nicht allzu lange her, waren nur drei je 100 berufstätigen Slowaken in der Industrie beschäftigt. Die anderen lebten von der Landwirtschaft. In 30 Jahren Sozialismus hat aber diese ausgesprochene Bauernregion, der „agrarisches Hinterhof Europas“, einen Riesenschritt vorwärts getan, und heute ist die Slowakei eine durchaus „städtische“ Republik, ja eine Republik mit erstaunlichen Städten.

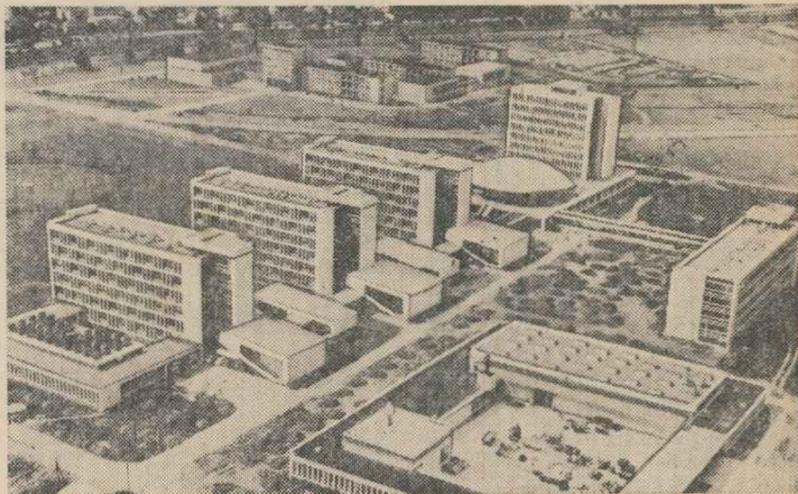
Die UNESCO hat Nitra (bei Bratislava) ein mustergültiges Agrarzentrum genannt. Viele Städtebauer aus verschiedenen Ländern kommen nach Nitra, um von seinen Erfahrungen zu profitieren. Der schwedische Minister für Bauwesen sagte nach seinem Besuch in Nitra Journalisten, dort habe man die Verwendung von Standardbauteilen im Wohnungsbau vollkommen gemeistert. Der Entwurf der Landwirtschaftlichen Hochschule von Nitra wird in den Lehrbüchern für angehende Architekten behandelt.

In beschleunigtem Tempo

Košice und Banská Bystrica, Prešov und Žilina, Trnava und Martin, Trenčín, Komárno, Zvolen, Piešťany und schließlich die slowakische Hauptstadt Bratislava selbst haben in den Jahren des sozialistischen Aufbaus eine unglaubliche Wandlung durchgemacht. Städte waren sie auch schon früher, aber provinziell still und unauffällig.

Das schon erwähnte Nitra zählte 1945 nur 20 000 Einwohner. Heute sind es 60 000. Waren in seinen Fabriken früher anderthalb Tausend Personen beschäftigt, so sind es heute 35 000. Neue moderne Betriebe sind entstanden: die Fabrik „Plastika“ für angewandte Chemie; eine

Fabrik für Textilmaschinen; die Fabrik „Bioveta“ (veterinäre Präparate); ein Komplex von Fabriken zur Verarbeitung von Agrarerzeugnissen des Gebiets. In Nitra befinden sich ein Institut für Viehhaltung, die Zentrale Landwirtschaftliche Bibliothek und das Institut für Archäologie der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. Die Stadt hat ihre Verbindungen zu den um-



Nitra. Landwirtschaftliche Ausbildungszentrale

liegenden Agrarwirtschaften keineswegs eingebüßt, im Gegenteil, sie ist heute die Zentrale für die Entwicklung der marktorientierten Großlandwirtschaft und darüber hinaus ein wichtiges Industrie- und Forschungszentrum.

Wie Viliam Šalgovič, Vorsitzender des Slowakischen Nationalrates, mir sagte, war der Gedanke an eine beschleunigte Entwicklung der früher rückständigen Slowakei in vielen Dokumenten der KPTsch aus der Vorkriegszeit enthalten und in dem

berühmten, von der Parteileitung unter Klement Gottwald erarbeiteten Regierungsprogramm vom Košice verankert. Gleich nach Gründung der KPTsch erklärten die tschechoslowakischen Kommunisten, daß sie den Leninschen Prinzipien der Nationalitätenpolitik treu blieben. Und als das Volk der Tschechoslowakei die Macht in seine Hand nahm, bestimmten diese Prinzipien die Strategie des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufbaus mit.

Schon im ersten Planjahr fünf entstanden in der Slowakei 120 neue Industriebetriebe. Der weitaus größere Investitionsanteil aus dem tschechoslowakischen Staatshaushalt galt dieser Republik. Dort entwickelte sich ein Maschinenbau von gesamtstaatlicher Bedeutung. Viele der damals gebauten Betriebe sind heute führend in ihren Zweigen. Das „Kalex“-Werk in Zlaté Moravce ist der größte Lieferant von Kühlschränken für die tschechoslowakischen Familien, die Werft in Ko-

márno baut die größten Fluß-Fahrtsgastschiffe Europas.

Die Anlegung der Breitspurbahn UdSSR-ČSSR entschied über den Bau des landesgrößten Ostslowakischen Hüttenkombinats in Košice. Als über die „Drushba“-Pipeline sowjetisches Erdöl nach Bratislava gekommen war, erlebte das berühmte „Slovnaft“-Werk, die Hochburg der tschechoslowakischen Chemie, eine neue Blüte.

Auf dem XV. Parteitag der KPTsch (1976) wurde hervorgehoben: „Voraussichtlich wird das Wachstumstempo des gesellschaftlichen Produktes in der Slowakischen Sozialisti-

schen Republik auch künftig höher als in der Tschechischen Sozialistischen Republik sein. Das wird den industriellen Charakter der Slowakei noch mehr festigen; in ihrer Industrie werden Strukturveränderungen eintreten, die zur Erhöhung der Effektivität unserer gesamten Ökonomie beitragen sollen.“

Auf dieser stabilen und dauerhaften Grundlage begann die heutige Entwicklung der slowakischen Städte. Wie rasch sie ist, verdeutlichen folgende Zahlen. Nimmt man das Wachstumstempo der tschechoslowakischen Städte in den letzten 25 Jahren mit 100% an, so betrug es in Košice 532, in Banská Bystrica 523, in Prešov 422, in Žilina 378, in Martin 385, in Zvolen 370 und in Nitra 363%. Begreiflicherweise legte das den Gedanken an einheitliche Prinzipien der Urbanisierung nahe.

An die Zukunft gedacht

Bratislava liegt, von den malerischen Kleinen Karpaten umgeben, an der Donau; es wird in der Tschechoslowakei eine von der Sonne verwehte Stadt genannt.

Ihre Geschichte reicht weit zurück. Im 5. und 6. Jahrhundert, als die Zeit der großen Völkerwanderung zu Ende ging, ließen sich hier die Slawen nieder. Auf dem Devin-Berg bauten sie eine starke Grenzfestung und später eine Burg.

An jene Zeiten erinnert noch vieles: die Burgruine, die Festung, die von Napoleon-Soldaten zerstört, aber 150 Jahre später, während des sozialistischen Aufbaus, wiederhergestellt wurde; ferner die altertümliche Michalská- und die nahe Irasková-Straße, wo in Haus Nr. 7 anno Domini 1465 die Academia Istropolitana, eine der ältesten Universitäten Europas, eröffnet wurde.

Die heutigen Bratislavaer ehren und hüten die Denkmäler aus alter Zeit, sind jedoch mit Recht auf den modernen Charakter der slowakischen Hauptstadt stolz.

Dušan Kedro, Chefarchitekt von Bratislava, beklagte sich einmal, seine Arbeitszeit gehe vorwiegend für Gespräche mit Journalisten drauf. In der Tat interessieren sich Pressevertreter lebhaft für die Schöpfungen der hauptstädtischen Architekten, lassen sich nichts Neues entgehen, sind über die Perspektiven im Bilde und versäumen natürlich keine architektonische „Premiere“.

Diese sind in Bratislava recht

häufig. Miloš Marko, Generaldirektor des Slowakischen Fernsehens, zeigte mir den beeindruckenden Komplex von Studios und sonstigen TV-Räumlichkeiten. Das Hauptgebäude dieses Fernsehentrums ist zugleich der höchste Bau in der ČSSR. Das im Bau befindliche Haus des Slowakischen Rundfunks wird eine umgekippte Pyramide darstellen, ebenso gekonnt sind die neue Hängebrücke über die Donau und die Neubauten der letzten Jahre: das Hotel Kiew, das Studenteninternat im Mlyn-Tal, das Krankenhaus in Kramary.

In Bratislava kommen immer weitere Neubauviertel hinzu: Krasňany, Rača, Trnavka, Ruževa dolina, Karlová Ves, Doubravka, Ružinov. Gebaut wird schnell und solide. Im vergangenen Planjahr fünf sollte

der Staatlichen Plankommission, führenden Forschungsstätten und nationalen Stadtkomitees fünf Jahre lang gearbeitet. 1976 wurde der Entwurf der Regierung der Slowakischen Sozialistischen Republik vorgelegt und von ihr gebilligt.

Das Problem sei, meint Jan Ferienc, stellvertretender Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der Slowakischen Sozialistischen Republik, daß sich die slowakische Industrie noch rascher entwickelte als der Städtebau. Der typische Betrieb der Zukunft werde nicht Hunderte Arbeiter wie heute, sondern ganze Tausende zählen. Deshalb müsse das Tempo der Urbanisierung beschleunigt werden.

Laut Entwurf wird die Slowakei in 13 Hauptzonen unterteilt: drei Gebietszonen mit dem Zentrum in



Bratislava 18 000 Neubauwohnungen bekommen. In Wirklichkeit waren es 24 000. Für das laufende Jahr fünf sind 28 000 neue Wohnungen geplant.

Heute zählt Bratislava rd. 350 000 Einwohner. Bis Ende des Jahrhunderts soll das Industriepotential der Stadt verdoppelt werden. Besonders rasch werden sich die Chemie, die Energiewirtschaft und der Maschinenbau entwickeln. Neue Betriebe erfordern neue Kräfte. Bis zum Jahr 2000 soll die slowakische Hauptstadt eine halbe Million Einwohner haben. Folglich müssen weitere 120 000 Wohnungen — ebensoviel, wie jetzt da sind — gebaut werden.

„Urbion“, ein Projektierungsinstitut für die Generalpläne slowakischer Städte und ganzer Regionen, entstand 1956. Seitdem wurden dort, wie mir Ivan Michalec, ein führender Mitarbeiter des slowakischen Ministeriums für Bauwesen und Technik, mitteilte, etwa 400 Struktur- und Bebauungspläne entwickelt. Eine große Errungenschaft des Instituts ist der komplexe Entwurf für die Urbanisierung der Slowakei. An ihm wurde gemeinsam mit den zentralen und örtlichen Parteiorganen,

Einkaufszentrum in einem Neubauviertel von Bratislava

Fotos CTK—TASS

Bratislava, Košice und Banská Bystrica; vier weitere, etwas kleinere, um Trenčín, Žilina, Nitra und Prešov, und schließlich noch 6 Regionen, die jetzt ebenfalls eine rasche Entwicklung durchmachen.

Der Entwurf der Urbanisierung der Slowakei sieht nicht die Anlegung von ineinander übergehenden Städtegebilden vor. Für die Verbindung zwischen den einzelnen Teilen einer Region, die durch Wälder, Anlagen, Seen und Flüsse voneinander getrennt sind, wird ein hochentwickelter Transport sorgen. Schon heute sind die Zufahrtsstraßen von Bratislava, Nitra und einigen anderen Städten breite Autobahnen mit mehrreihigem Verkehr.

Der Akzent liegt also nicht auf der Schaffung neuer, sondern auf dem Ausbau der bestehenden Städte.

Das Košice von morgen

Diese zweitwichtigste Stadt der Slowakei mit 180 000 Einwohnern wird bis zum Jahre 2000 auf 300 000

anwachsen. Vor dem Krieg war sie eine typische Provinzstadt: ein paar kleine Fabriken mit insgesamt 1400 Beschäftigten, der höchste Prozentsatz der Analphabeten in der Tschechoslowakei, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, so gut wie keine Ärzte. Nach Angaben des Stadtarchivs reisten aus Košice auf Arbeitsuche 5000—10 000 Personen jährlich ab.

Als Stadt besteht Košice seit 700 Jahren und hat inzwischen mehrmals eine wichtige Rolle in der Geschichte des Landes gespielt. Besonders bekannt wurde sie jedoch 1945. In der Leninstraße hängt am Haus Nr. 31, einem unscheinbaren zweigeschossigen Gebäude aus dem 18. Jahrhundert, die Gedächtnistafel: „In diesem Haus wurde am 5. April 1945 das Regierungsprogramm von Košice verkündet.“

Heute versteht man, wie weitblickend die Autoren des Dokuments waren. Wohl das beste Beispiel ist Košice selbst, das sich seit dem Krieg kontinuierlich und lebhaft entwickelt. Zu dem Hüttenkombinat, das mit den Erzen aus Kriwoj-Rog (UdSSR) arbeitet, sind mehrere andere Großbetriebe, Hoch- und Fachschulen, Forschungsinstitute und Laboratorien hinzugekommen.

Die Einwohner sind stolz auf ihre Neubauviertel. Seit dem Krieg wurden hier über 40 000 Wohnungen gebaut. Die Gäste bewundern die gepflegten, gutgeplanten, in Grün gebetteten Neubauviertel. Fast in jedem Hof gibt es Sport- und Kinderspielplätze sowie Grünanlagen. Unter Hinweis auf „die glückliche Verbindung der raschen industriellen Entwicklung mit den Bemühungen um den Umweltschutz“ hat die UNESCO Košice neben Nitra in die müstergültigen Städte der Welt eingereiht.

Košice liegt am rechten Ufer des Hornád. Laut Entwurf soll bis zum Jahr 2000 am linken Ufer die sogenannte Oststadt mit 120 000 Einwohnern entstehen. Bis dahin müssen 30 000—35 000 neue Wohnungen, ferner Kaufhallen, Schulen und Kindereinrichtungen gebaut werden, außerdem ein Komplex von Hochschulen, ein weiterer des medizinischen Instituts sowie Kultureinrichtungen nicht nur für den neuen Bezirk, sondern auch für die ganze Stadt. Fast das ganze üppige Grün des linken Ufers soll dabei verschont bleiben. Zwischen den beiden Stadtteilen werden ober- und unterirdische Schnellbahnen verlegt.

Um den besten Entwurf zur Bebauung und komplexen Entwicklung von Košice wurde ein gesamtstaatliches Preisausschreiben veranstaltet. Den ersten Platz belegte das Katheder für Urbanismus der Prager TH. Dieses Projekt ist für 25 Jahre berechnet.

Neues Leben eines alten Dorfes

Der höchst rationelle und wohl-durchdachte Entwurf für die Urbanisierung der Slowakei beinhaltet u. a. die Schaffung neuer Industrie- und Forschungszentren. Hier werden die schon bewährten Methoden auf neue Weise verankert.

Nehmen wir Stará Turá als Beispiel, ein altes, früher kaum irgendwie bekanntes Dorf. In der Vergangenheit verließen es viele seiner Bewohner, um vielleicht in fernen Ländern eine Verdienstmöglichkeit zu finden. Anfang der 60er Jahre, als sich der sozialistische Aufbau beschleunigte, beschlossen die Landesbehörden, dort eine Vereinigung zur Produktion medizinischer Geräte zu gründen. „Chirana“, wie der Betrieb genannt wurde, sollte viele Aufgaben lösen: wissenschaftliche Forschung, Entwicklung neuer Erzeugnisse, ihre Produktion, Herstellung und spätere Wartung.

Heute gehört „Chirana“ zu den weltgrößten Vereinigungen dieser Art. Die Produktion ist breitgefächert und umfaßt beinahe alles, von den Injektionsnadeln bis zu kompletten Ausrüstungen ganzer Krankenhäuser. Der Betrieb führt seine Erzeugnisse nach 55 Ländern aus.

Noch in den 50er Jahren bebauten die Bauern von Jaslovské Bohunice, einem winzigen Dorf bei Trnava, ihre Felder mit Weizen und Mais und züchteten Gänse, was der nahe Váh begünstigte. Damals oder nur etwas früher kam es im Leben des dortigen Bauern Josef Valovič zu einem denkwürdigen Ereignis: Sein Großvater vertraute dem Bjährigen Josef ein kleines Stück Feld und den Pflug.

Auf diesem Feld liegt nun das erste Atomkraftwerk der CSSR. Josef Valovič gehört zu seiner Leitung. Nachdem er die Fakultät für Nuklearphysik der Technischen Hochschule von Prag absolviert hatte, kehrte er auf „Opas Scholle“ zurück.

Neben diesem AKW wird in Jaslovské Bohunice gegenwärtig ein

neues, weitaus leistungsfähigeres errichtet. Der erste Reaktor soll 1973, der zweite 1982 fertiggestellt werden. Noch in diesem Planjahr fünf werden die Bauleute mit der Errichtung eines dritten AKW auf demselben Terrain beginnen. Gegen 1985 wird das Land also seinen ersten AKW-Komplex haben.

„Hätten wir anstatt des zweiten AKW ein übliches Wärmekraftwerk von gleicher Kapazität — 880 mW — gebaut“, sagte mir Martin Spirko, Direktor des entstehenden AKW, „so hätte es täglich 10 Züge Kohle verschlungen. Dabei sind unsere Brennstoffvorräte bekanntlich begrenzt. Ein Atomkraftwerk dagegen erfordert nur 26 t Kernbrennstoff im Jahr.“

Warum ausgerechnet in Jaslovské Bohunice? Weil es dort, wie mir Vlastimil Ehrenberger, Minister für Brennstoffindustrie und Energetik der CSSR, sagte, genügend Wasser gibt und in der Nähe rasch energieintensive Industriezweige entstehen. All das bestimmte denn auch die entscheidende Wende im Leben des kleinen slowakischen Dorfes, das sich in wenigen Jahren zu einer modernen Stadt entwickelt hat.

Mitten in Bratislava steht ein 10stöckiges Haus, vor dem Krieg das höchste der Stadt. Aus alter Gewohnheit nennen die Bratislaver es „Manderlak“, nach seinem ehemaligen Besitzer, dem Kaufmann Rudolf Manderla, der mit der „Weltmode“ Schritt halten wollte. Der Entwurf des beflissenen Architekten gefiel dem Millionär sehr, nur wollte der künftige „Wolkenkratzer“ partout die Grenze des von den Stadtbehörden zugebilligten Baugeländes sprengen. Manderla geizte nicht mit Schmiergeldern und erhielt die Erlaubnis, entgegen den städtebaulichen Regeln und dem gesunden Menschenverstand das Haus auch auf dem Bürgersteig aufzuführen. Bis heute gehen die Passanten auf einen engen Steinkorridor durch „Manderlak“ hindurch.

Die Zeit, da die slowakischen Städte nach den Präntionen der Geldsäcke gebaut wurden, sind längst vorbei. Das Heute der Republik ist ein ununterbrochenes, aber sorgfältig geplantes und den Bedürfnissen der Werktätigen genau angepaßtes Wachstum. Die heutigen Städte der Slowakei sind Resultat des originellen Denkens und der schöpferischen Arbeit der tschechoslowakischen Städtebauer.

TAMTAM UND TANZMASKE

Von unserem ständigen Berichterstatter
Boris ASSOJAN

Auf einer Reise durch Uganda übernachtete ich einmal in einem der Städtchen, deren Namen auf der Landkarte, wenn überhaupt, so in winziger Schrift zu finden sind. Das einzige Hotel ging auf die ebenfalls einzige Straße hinaus.

Morgens wachte ich früh auf. Plötzlich hörte ich Trommelwirbel, sah hinaus und erkannte, daß er von weit her kam, wenn er auch durch das ganze, noch schlafende Städtchen hallte.

„Die trommeln in der Kirche, damit rufen sie zum Gebet“, klärte mich der Gärtner auf.

Wirklich gingen kurz danach die Haustüren auf, und die Afrikaner schritten barfuß durch das taufeuchte Gras davon.

Ich trat auch hinaus. Ein Pfad führte auf einen grünen Hügel, wo zwischen Tulpen- und Korallenbäumen das Kreuz einer kleinen Kirche in der Morgensonne funkelte. Neben dieser standen unter einem Sonnendach drei große, mit ziegelroten Häuten bespannte Trommeln oder Junjus, wie man sie hier nennt. Früher riefen sie zu den Waffen oder zum großen Jagen. Die Missionare, die vor etwa 100 Jahren nach Uganda kamen, übernahmen diese landesüblichen Rufer, und jetzt fehlen sie in keiner Kirche.

Zehn Meilen im Umkreis

Noch jetzt wird in Afrika in Stadt und Land kein Fest ohne Trommeln gefeiert, ihr Klang begleitet den Afrikaner von der Wiege bis zum Grabe. Sie sind in Unmengen vorhanden, jede hat ihren Namen, ihre unverwechselbare Stimme und ihren Platz in der Gemeinde.

In alten Zeiten galt die Kriegstrommel als die wichtigste, sie gab den Alarm, wenn Feinde im Anzuge waren. Ihren Rhythmus kannte groß und klein. Sofort griffen die Männer zu Pfeil und Bogen, Wurfspieß und Schild und eilten zum Sammelplatz. Ein stehendes Heer gab es natürlich nicht, deshalb hing die Verteidigung eines Dorfes ganz von der Einigkeit und Wehrbereitschaft seiner Einwohner ab.

War kein Krieg, dann weckte die Trommel die Leute zur Arbeit. Sie rief die Bauern zum Sammeln, und diese gingen die Felder urbar machen, eine Brücke oder eine Straße bauen. In Buganda, wo alle von jeher freiwillig zur gemeinsamen Arbeit antreten, nennt man den typischen Klang der Arbeitstrommel Saagala Agalamide, was etwa „Faulpelze kann ich nicht brauchen“ bedeutet. Er galt als Befehl, und es fand sich kaum einer, der sich vor der Pflicht der Allgemeinheit gegenüber gedrückt hätte, weil er sonst zur Zielscheibe von Schmähungen und Spötteleien geworden wäre.

Ohne Trommeln kamen nicht einmal die Könige aus. Für diese wurden sie besonders sorgfältig angefertigt und so gestimmt, wie es ihrer hohen Berufung geziemte. Das Verfahren wurde geheimgehalten und von Kulthandlungen begleitet. Die Eingeweihten vererbten es an ihre Nachkommen. Es bestand eine Kaste von Hütern der königlichen Trommeln. Sie lebte bei Hofe und genoß dieselben Vorrechte wie die Musikanten, die die geheiligten Musikinstrumente berühren durften. Jedes Tamtam hatte unter den anderen seinen bestimmten Platz, manche waren mit bunten Muscheln und Glasperlen verziert. Manche durfte man nur mit den mit verschnörkelt bemalten Knochen verstorbener Häuptlinge schlagen. Wenn ein alter König starb, wurden alle seine Tamtams von oberst zu unterst gekehrt, damit seine Ruhe nicht stören.

Nach einer Legende soll ein Kabaka (König) namens Mulongo, der über Buganda regierte, an der Hütte eines Landmanns vorbeigekommen sein und eine wunderbare Musik gehört haben. Sie gefiel ihm so sehr, daß er befahl, die Musikanten mitsamt ihren Instrumenten sofort zu ihm zu bringen. Seitdem wurden die Entenga-Trommeln nur für Könige gerührt. Der mächtige Schall sei aber — so die Legende — durch die Schloßmauern gedrungen und im Umkreis von 10 Meilen zu hören gewesen.

In Uganda kennt man etwa 100 verschiedene Trommeln, von ganz kleinen bis zu anderthalb Meter hohen. Viele, besonders diejenigen, die zu den Traditionen der Königshäuser gehörten, haben ihre Bedeutung mit ihren Besitzern eingeübt, und man kann sie nur noch in Museen und Privatsammlungen bewundern. Andere ertönen noch jetzt wie vor Jahrhunderten.

Am liebsten haben die Leute natürlich die Tamtams, die die Tanzrhythmen angeben. Manchmal gesellen sich dem Trommler andere Musikanten zu. Das zweitwichtigste Instrument ist wohl die einfache, aber außerordentlich zierliche Leier, die schon seit Generationen in Uganda bekannt ist. Es folgt die Ennanga, eine Harfe. Der Harfenist war in den Gemeinden hochangesehen, er galt als höchste Autorität für Musik und war mit den Vorrechten eines Häuptlings ausgestattet. Nur er hatte Zutritt zu den Gemächern der Frauen des Königs, damit sie die Harfenklängen genießen konnten.

Heute gibt es an manchen Orten ganze Kapellen aus Trommeln, Leiern, Xylophonen, Harfen, Flöten, Trompeten und Klappern. Selten fehlt sie auf einer Hochzeit, besonders bei den Clänen, die sich streng an die alten Bräuche halten.

Das Leben in Liedern

Kaum erklingt Trommelschlag, da verstummt alles. Erst kommen mit größeren Pausen wuchtige Schläge, sie kündigen den Beginn der Vorstellung an. Bald werden sie schneller, rhythmischer, und alle werden wie von Zauberkraft angezogen, bilden einen Kreis und beginnen, sich im gewohnten Rhythmus zu wiegen. Der Kreis wird immer größer, der Trommelwirbel immer schneller, so daß die Hände des Trommlers nur so durch die Luft fliegen. Wenn sie eine unglaubliche Schnelligkeit erreicht haben, wird es still bis zum nächsten Tanz.

Beim Tanzen wird fast immer gesungen. Wovon singt man in Afrika? Von Siegen über Feinde, von Liebe und Volkshelden, von den geehrtesten Stammesmitgliedern. Die Urheber der Musik und der Texte blieben gewöhnlich unbekannt, das war so Sitte. Ein neues Lied war plötzlich da, keiner fragte danach, woher es gekommen war.

Die Texte, besonders die alten, sind so voller Gleichnisse und Wie-

derholungen, daß man sie ohne Erläuterung kaum verstehen kann. So geht es auch der hiesigen Jugend. Viele dieser Lieder werden nur aus Pietät noch gesungen, ohne daß man ihren Sinn versteht.

Die Ugander lieben den Chorgesang, sie haben viele Chöre, an denen groß und klein teilnimmt. Oft versammelt sich eine Familie (das sind manchmal einige Dutzend Personen) nachts um ein Feuer, be-

ben die Liebe und die Aussteuer der Braut zum Thema. Sie sind gewöhnlich kurz und einfach wie dieses:

Labibas Haus ist kahl und leer,
Darin ist Wind und sonst nichts
mehr.

Der Kolo geht auf
Freiersfüßen,

Er wird die Braut sich kaufen
müssen.

Der Arme weiß sich keinen Rat,
Sein Vater alles verschwendet
hat.

Kein Ereignis, das nicht mit einem Tanz begangen wird. Das ganze Leben ist von einer bunten Folklore und von rhythmischer Musik durchwoben. Schon seine ersten Schritte tut das Kind im Tanz. Die Bewegungen gehören wahrscheinlich schon zur Erbmasse, denn die Kleinen tanzen genauso gut wie die Erwachsenen. In den Dörfern gibt es keine Musikschulen, aber fast jeder spielt ein Instrument, und fast jeder komponiert auch. Selbst bei einer Totenfeier wird getanzt. Die Lieder dabei sind der Trauer angemessen (war der Entschlafene aber schon sehr alt, dann ist auch ein gewisser Humor zulässig). Man gedenkt des Entschlafenen und schwört, sich am Tod zu rächen.

Der Hochzeitstanz Nanga ist nach einem harfenähnlichen Instrument benannt. Die Männer ziehen es allen anderen vor. Mancher spielt es oft, wenn er allein ist und an seine Liebste denkt, oder wenn er auf dem Weg zu ihr von seiner Liebe singt. Zu einer Hochzeit wird der beste Musikanter, ein älterer, geachteter Mann, eingeladen, als einziger, denn den Hochzeitstanz darf nur eine Nanga begleiten.

Musik und Tanz sind nicht nur Zerstreuung, sie sind das wichtigste Bindeglied zum Jenseits, zu den Geistern der Ahnen, zu der zauberhaften Welt, die ihr Entstehen der Phantasie und den Traditionen der Afrikaner verdankt. Den Instrumenten, ihren Klängen, den Bewegungen beim Tanz, den Tanzmasken — allem wird magische Kraft zugeschrieben. In Uganda z. B. bringt man die Tamtams in Gedanken mit der königlichen Familie in Zusammenhang, die, wie ja ein jeder wisse, freien Umgang mit den Geistern gepflogen hätte. Bei manchen Völkern glaubt man noch jetzt, daß aus dem Flötenklang Geister sprächen. Der Tänzer weiß, daß man mit den Bewohnern des Jenseits nicht scherzen darf, und

deshalb verbirgt er sein Gesicht hinter einer Maske und bemalt sich den Körper.

Jeder Maskenträger hat seine eigenen komplizierten Tanzschritte und -bewegungen, die die Güte oder Bosheit der dargestellten Gestalt betonen. Eine Maske des Nyoro-Stammes wurde bei einem Tanz getragen, der den Kampf mit Kapumpuli, dem Gotte der Pest, darstellte. Eine andere beim Volk der Toro stellte einen Menschenfresser dar, der kleine Kinder jagt.

Die Tänzer beim Teso-Volk bemalen sich das Gesicht mit rotem Lehm, werfen sich eine Affenhaut über und tragen auf der Brust einen Schmuck aus Glasperlen, Muscheln und Lederstückchen. Am linken Arm haben sie ein Glasperlenarmband, am rechten Oberarm ist eine Peitsche aus einem Kuhschwanz festgebunden. Am rechten Fußgelenk läuten kleine Glöckchen, und schließlich trägt der Tänzer einen Tanzstab in der Rechten.

Jedes dieser Attribute hat einen Sinn, aber nur noch alte Leute können sagen, was für einen. Die Jugend behält sie bei, ohne sich viel Gedanken über den Sinn zu machen. Der Glaube der Tänzer an die Kräfte, die einer Maske inne wohnen, ist bei manchen aber noch so stark, daß sie sich mit dem dargestellten Geist identifizieren und vorübergehend in Trance verfallen. Darauf warten die älteren Stammesmitglieder und fangen an, die Bewegungen des Tänzers, in den der Geist der Maske gefahren sei, jeder auf seine Weise zu erläutern.

Traditionen wiedererstanden

Manchmal hört man, der Kolonialismus habe die Völker Afrikas kulturell sehr gefördert. Gewöhnlich führt man zum Beweis die von den Europäern in Afrika eingerichteten Kunstgewerbemuseen an oder das Studium der Folklore durch Missionare oder aber die Schulen, in denen die Afrikaner die Anfangsgründe der Schulweisheit erlernten.

Solche Leute bedauern, daß sich die Europäer vergeblich diese Mühe gemacht hätten. So schrieben Thomas und Scott 1935 in einer Monographie mit dem Titel „Uganda“: „Die Ugander haben so gut wie keine Begabung für die bildenden Künste... Die Musik ist eine gehorsame Dienerin der Eingeborenen. Nur im Tanz können die meisten ihr Empfinden für die Umwelt ausdrücken.“



Tanzende Einwohner der Provinz Westnil

Foto des Verfassers

spricht die Tagesereignisse und stimmt dann ein Lied an, die Männer beginnen zu tanzen, während die Frauen Musikinstrumente spielen. Keine Seltenheit sind in Dörfern Liederfeste, zu denen die Einwohner der Nachbardörfer eingeladen werden. Da gibt es nur wenig Zuschauer, alle singen und tanzen, und am Schluß bekommen die besten Sänger und Tänzer Preise.

Einer der beliebtesten Volkstänze von Acholi, der Larakaraka, beginnt nach Sonnenuntergang und dauert bis Mitternacht. Dazu kommen die jungen Männer und Mädchen der umliegenden Dörfer nur mit einem Lendenschurz bekleidet und mit Straußenfedern im Haar. In der Linken tragen sie einen Flaschenkürbis, in der Rechten alte Fahrradspeichen, die sie zur Musik an die Flaschenkürbisse schlagen.

Ein großes Tamtam in der Mitte gibt das Zeichen zum Anfangen. Die meisten Lieder zu diesem Tanz ha-

Damit, daß die Kolonialisten einem Häuflein privilegierter Afrikaner Bildungsmöglichkeiten boten, machten sie aus ihnen eine die fremde Kultur nachäffende Elite, die für die Kunst des eigenen Volkes nichts als Verachtung übrig hat. Deshalb konnten die Europäer behaupten, daß Afrikaner, wenn sie mit der „höheren“ Zivilisation in Berührung kämen, ihren Traditionen den Rücken kehren. Die Engländerin Margaret Trowell, Verfasserin mehrerer Bücher über Ostafrika, gibt folgendes Beispiel. Einmal brachte sie archäologische Funde nach Kampala ins Makerere-College, um ihre Herkunft bestimmen zu lassen. Der junge Afrikaner, an den sie sich wandte, habe stolz gesagt: „Madam, mir ist nichts darüber bekannt, und ich bin doch ein gebildeter Mann, nicht wahr?“ Aus diesen Worten schließt Mrs. Trowell: „Der Afrikaner ist verstört. Die westliche Zivilisation dringt in seine Welt ein und wirft ihn aus dem Gleichgewicht. Er hat seine alte Lebensweise abgelegt, die neue aber noch nicht ganz in sich aufgenommen. Er schämt sich beinahe, seine Zugehörigkeit zur alten Welt einzugestehen, und in der neuen hat er sich noch nicht zurechtgefunden.“

Der Kolonialismus möchte der Welt weismachen, daß die „primitive“ Kunst der Afrikaner der Weltkultur nichts zu bieten habe und bestenfalls eine Attraktion für Touristen sei.

Die wenigen Jahre selbständiger Entwicklung haben das widerlegt. Der heutige Afrikaner ist stolz auf seine Vergangenheit und beteiligt sich möglichst daran, vergessene Traditionen zu neuem Leben zu erwecken. „Die Jahrzehnte des Kolonialismus sind an unserer Kultur nicht spurlos vorübergegangen“, sagte mir Edward Galabuzi-Mukasa, Leiter der Forschungsabteilung beim Kulturministerium Ugandas. „Wir Leute in mittleren Jahren wissen aus eigener Erfahrung, wie schnell sich die Bindung an das Vergangene verliert und wie unwiderbringlich dieser Verlust für die Jugend ist. Unsere unmittelbare Aufgabe ist es, die traditionelle Kultur dem ganzen Volk zurückzugeben.“

Er selbst musiziert und komponiert neben seiner wissenschaftlichen Tätigkeit. Gemeinsam mit anderen Enthusiasten erforscht er die Musiktraditionen. Er sagt: „Sehr viel hängt von Heim und Schule ab. Wenn ein Kind von klein auf die Volkskunst lieben und achten lernt,

dann bleibt ihm das fürs ganze Leben. Wir gründen in Stadt und Land Klubs, machen alte Meister ausfindig, sammeln Verehrer von Musik, Gesang und Tanz um sie. Wir sind uns darüber klar, daß eine Nation ohne ihre Kultur nicht existieren kann, und sind überzeugt, daß unser Wirken zum Zusammenschluß der Ugander beiträgt.“

Das Interesse an der traditionellen Musik ist so groß, daß dort schon zu Anfang der 60er Jahre aus Angehörigen der bedeutendsten Völkerschaften des Landes — es sind mindestens 30 — eine professionelle Musik- und Tanztruppe gebildet wurde. Sie nennt sich „Der Puls Afrikas“ und wurde im Handumdrehen berühmt. Die Musiker waren in vielen Ländern, z. B. in der UdSSR, den USA und Kanada. Anfang dieses Jahres traten sie mit Erfolg beim 2. Internationalen Festival der afrikanischen und der Negerkunst und -kultur in Lagos auf.

Alljährlich werden in Uganda zahlreiche Musikwettbewerbe und -festspiele veranstaltet. Das Kultur- und das Volksbildungsministerium suchen das Volk für die traditionelle Kunst zu gewinnen, und diese Versuche finden eine begeisterte Aufnahme. Anfang August fanden im Nationaltheater wieder Kinderfestspiele für Musik und Tanz statt. Karten zur Eröffnung waren nur schwer zu bekommen.

Die traditionelle Kunst spielt für den Fremdenverkehr eine große Rolle, der für viele Staaten Afrikas eine der wichtigsten Devisenquellen ist. Die Intellektuellen Afrikas sind etwas besorgt darüber. Ebenso wie in der Bildhauerkunst und Malerei tauchen auch in der Musik Geschäftsleute auf, die die auf den Kassenerfolg abgestellten Darbietungen ihrer Ensembles mit Rhythmen der Folklore zu verbrämen suchen. Solche Ensembles schießen wie Pilze nach dem Regen aus dem Boden, gehen allerdings ebenso schnell wieder ein. „Für Uganda ist das noch neu“, sagt Galabuzi-Mukasa, „aber wir sind sicher, daß Gitarre und Transistorradio die Enanga und das Tamtam nicht zu verdrängen imstande sein werden.“

Das Tamtam, die Tanzmaske und der traditionelle Tanz haben aufgehört, nichts als Exotik zu sein. Sie bilden die Grundlage der afrikanischen Kultur, die von der Weltkultur nicht zu trennen ist.

Kampala

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie unterstützen die nationalen Befreiungsbewegungen, die Entwicklung der nationalen Kulturen, die Selbstbestimmung der Völker und verurteilen zugleich den Nationalismus. Ich meine, daß dies ein gewisser Widerspruch ist. Führt doch eine Zunahme des nationalen Selbstbewußtseins zu nationalem Stolz, zu nationaler Isolierung. Und daher rührt auch der Nationalismus her. ..

Amrat GUPTA
Islamabad, Pakistan



Es diskutiert
der stellvertretende
NZ-Chefredakteur
German
KASCHOJAN

Wir unterstützen die nationale Befreiungsbewegung, einen wichtigen Faktor des antiimperialistischen Kampfes und des sozialen Fortschritts, und treten gegen Nationalismus, gegen rassistische oder nationalistische Propaganda auf.

Unsere Haltung wurde auch in Artikel 28 der neuen sowjetischen Verfassung fixiert, wo als Hauptrichtung der sowjetischen Außenpolitik die Unterstützung des Kampfes der Völker um nationale Befreiung genannt ist, und in Artikel 36, in dem es heißt, daß „Bürger der UdSSR verschiedener Rassen und Nationalitäten die gleichen Rechte haben“ und „jede wie auch immer geartete direkte oder indirekte Beschränkung der Rechte, jede Festlegung direkter oder indirekter Bevorzugung von Bürgern aus rassistischen und nationalen Gründen wie auch jegliche Propagierung rassistischer oder nationaler Ausschließlichkeit, der Feindschaft oder der Mißachtung nach dem Gesetz bestraft werden“.

Mit Ihren ersten beiden Feststellungen haben Sie also recht. Doch Ihre dritte Behauptung, die Zunahme des nationalen Selbstbewußtseins führe zum Nationalismus, ist falsch.

Unter der Sowjetmacht haben alle Völker unseres multinationalen Landes einen großen Weg der nationalen Entwicklung und der Erlangung der nationalen Werte zurückgelegt. Nehmen wir einmal die nationale Kultur Baschkiriens. Vor der Oktoberrevolution waren 80 Prozent seiner Bevölkerung Analphabeten. Heute hat Baschkirien wie die gan-

ze Sowjetunion ein entwickeltes Bildungswesen: In der Republik gibt es 4035 allgemeinbildende Schulen, 67 Fachschulen und 9 Hochschulen, 1907 Bibliotheken, 3166 Klubs und 7 Museen. Derartige grundlegende Wandlungen haben sich im Leben aller sowjetischen Völker vollzogen.

Doch die Entwicklung der nationalen Interessen, der nationalen Beziehungen und des nationalen Bewußtseins hat bei uns nicht zum Nationalismus geführt. Und das ist natürlich kein Zufall. Die Ausbeuterklassen spielen eine entscheidende Rolle dabei, das Nationale ins Nationalistische zu pervertieren und den Nationalismus zu schüren. In der sozialistischen Gesellschaft gibt es keine Klassen, die Haß zwischen den Völkern anheizen und dadurch das Klassenbewußtsein der Werktätigen verdrängen.

Die bürgerlichen Ideologen tun alles, um die Erfahrungen bei der Lösung der nationalen Frage in der UdSSR zu verschweigen. Sie betrachten die Nation als Erscheinung, die weder mit der wirtschaftlichen noch mit der sozialen Struktur der Gesellschaft verbunden ist, sehen im nationalen Antagonismus eine feste Eigenschaft des Menschen und ziehen hieraus den Schluß, daß der Nationalismus existieren muß. Auch Ihre Behauptung bewegt sich in dieser Richtung.

Sie leben in einem Land, in dem sich Kräfte, die für die nationale Befreiung, gegen den Kolonialismus kämpfen, den Nationalismus zunutze machten. Sie wurden also nicht nur mit der Isolierung der eigenen Volksgemeinschaft und mit einer feindseligen Einstellung gegenüber anderen Völkern konfrontiert, was

ja das Wesen des Nationalismus ist, sondern auch mit jenen verhältnismäßig progressiven, demokratischen Elementen, die es im konkret historischen Kontext dieser gesellschaftlichen Erscheinung gibt.

Auch wir sehen diese Elemente im konkret historischen Kontext des Nationalismus und unterstützen sie. Doch unsere Gesamteinstellung zum Nationalismus ändert sich hierdurch nicht — ebenso wie sein Wesen unverändert bleibt.

Es darf auch nicht vergessen werden, daß der Imperialismus auf den Nationalismus setzt, um mit seiner Hilfe die Front der antimperialistischen Kräfte aufzubrechen, die Werktätigen in verschiedenen Staaten voneinander zu isolieren, einen Keil zwischen die Länder der sozialistischen Gemeinschaft zu treiben und die sozialistischen Länder von den jungen Nationalstaaten fernzuhalten.

Natürlich kämpfen wir bei der Verteidigung der Interessen der Werktätigen aller Länder gegen den Nationalismus, indem wir ihm den proletarischen Internationalismus entgegensetzen. Die Geschichte zeigt, daß gerade der proletarische Internationalismus den Völkern gegen die Versuche des Imperialismus zu unterdrücken und den jungen Staaten das neokolonialistische Joch aufzuzwingen. Denken wir an die Blockade Kubas, die Aggression des Imperialismus im Nahen Osten und den Vietnamkrieg — das dürfte doch deutlich genug zeigen, wofür und wogegen wir in der Frage des Nationalismus und des proletarischen Internationalismus Stellung beziehen.

Die Bemühungen der Sowjetunion zur Aktivierung des Kulturaustausches mit anderen Staaten sind fruchtbar. In Frankreich wurden schon viele sowjetische Filme gezeigt. Wenn man einmal daran denkt, daß das Publikum mit Horrorfilmen, Sexstreifen, Sadismus und Hetze gegen die sozialistischen Länder vollgepfropft wird, dann versteht man, wie wichtig es für uns ist, sowjetische Filme zu sehen!

E. COLLINS
Paris

Die Entscheidung der BRD-Regierung, den Hitlerfaschisten Kappler unter ihre Fittiche zu nehmen, hat mich zutiefst empört. Gerade Kappler und seinesgleichen waren verantwortlich für das unermeßliche menschliche Leid im zweiten Weltkrieg. Meine jüngeren Geschwister Alexander und Maria wurden, als Belorußland besetzt war, zusammen mit Mutter von den Nazis in ein KZ geworfen, wo sie umkamen. Mein Großvater starb an der Front, den Heldentod. Und nur mein Vater, Träger von zwei Ruhmesorden, der mit der kämpfenden Truppe bis nach Berlin kam, kehrte nach Hause zurück. In unserem Lande gibt es Hunderttausende solcher Familien!

Nikolai MASUR
Wolkowo, Gebiet Kiew, Ukr. SSR

Einige Worte zu den sogenannten Dissidenten, die nach England, einem vermeintlichen Traumland, kommen. Viele von ihnen haben sich bereits davon überzeugen müssen, daß, sobald sie ihre propagandistischen, antisowjetischen „Werte“ zur Genüge von sich gegeben haben, sie in Vergessenheit geraten und dann schon näher mit der Realität Bekanntschaft machen dürfen. Die „Dissidenten“ erwarten die Krise, Arbeitslosigkeit und Inflation, eine Welt, wo Kinder wiederum an Rachitis erkranken und man, wenn man mit 40 arbeitslos wird, die Hoffnung verliert, wieder in Lohn und Brot zu kommen, weil man als „zu alt“ gilt. Wenn jemand krank wird, muß er endlos auf ein Krankenhausbett warten. Und dann beginnen diese „Glücksritter“ zu verstehen, welches Glück — in der Sowjetunion zu leben — sie verloren haben!

G. SAWYER
Willenhall, Großbritannien



Woher kommen die Weißen in Südafrika?

W. PETUCHOW
Orjol, RSFSR

Die Portugiesen waren die ersten Europäer, die ihren Fuß auf südafrikanischen Boden setzten. Damals lebten dort Buschmänner, Hottentotten und viele negroide Bantustämme. 1488 entdeckte der portugiesische Seefahrer Bartolomé Díaz die Südspitze Afrikas. Doch die Kolonisierung Südafrikas durch Europäer begann später. Die erste europäische Siedlung wurde dort von einem Vertreter der holländischen Ostindischen Kompanie, Jan van Riebeeck, im Jahre 1652 gegründet. In der Tafelbaai gründeten Holländer ein Wehrdorf, das sich später zu einer der

größten Hafenstädte Afrikas entwickelte — Kapstadt.

Ende des 17., Anfang des 18. Jh. kamen die ersten Hugenotten aus Frankreich, später Einwanderer aus Deutschland und England, und in den 80er Jahren des 19. Jh. war das gesamte Territorium der heutigen RSA nach langen blutigen Kämpfen zwischen den europäischen Kolonialherren und der Urbevölkerung von den Europäern in Besitz genommen. Sie vernichteten die Einheimischen, vertrieben die Überlebenden aus den angestammten Gebieten und versklavten sie.

Gegenwärtig hat die RSA 26,1 Millionen Einwohner (Schätzung von 1976). Davon sind 18,7 Millionen Schwarze, 4,3 Millionen Weiße und 2,5 Millionen Farbige.

PS

Freiheit, die ich meine...



Die „Pressefreiheit“ ist das Thema einer Briefmarkenserie, die bald in der RSA erscheinen wird. In diesem Zusammenhang fragt man sich: Wann beschloß die Post, diese Serie herauszubringen — vor der Schließung der Zeitung *World*, die versuchte, die Ansichten der schwarzen RSA-Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen, vor der Verhaftung ihres Chefredakteurs oder danach?

Imagepflege

FBI-Direktor Clarence Kelley entthob einen Mitarbeiter seines Amtes, weil jener in wilder Ehe lebte. Kelley erklärte, die Moral seines Untergebenen entspräche nicht den „hohen Anforderungen“ des FBI. Zugleich scheinen die publik gewordenen Verbindungen des FBI zur Mafia, zu Rauschgiftschleibern und anderem Abschaum hier kein Widerspruch zu sein.

Schulsadismus

Das Mitglied des Londoner Stadtrates, Robert Mitchell, erklärte, daß, wie ihm bekannt wurde, die Rohrstöcke, mit denen Schüler

gezüchtigt werden, über einen Sexshop geliefert werden. Ein Ausschuß soll jetzt klären, wie dieser unseriöse Kontrakt geschlossen worden ist. Die Prügelstrafe in den Schulen steht nicht zur Diskussion.

Alles hat seine Grenzen



Der amerikanische Bankier Christopher Janus setzte vor vier Jahren 150 000 Dollar für denjenigen, der mitteilt, wo sich die Gebeine des „homo Pekingsiensis“ befinden. Seine Knochen verschwanden spurlos zu Beginn des zweiten Weltkrieges, nachdem sie in die Obhut der US-Militäradministration in der Umgebung Pekings gelangt waren. Ihr Alter wird auf etwa 500 000 Jahre geschätzt. Janus recherchierte selbst in vielen Ländern. Doch kürzlich gab er die Suche auf: Es gibt zu viele, die zu wissen behaupten, wo die Gebeine liegen. Einige Übereifrige schickten ihm sogar eine Kiste mit Hühnerknochen.

Ganoven unter sich

Der Hamburger Polizei gelang es, eine Bande von Rauschgifthändlern auf

frischer Tat zu ertappen — drei europäische Aufkäufer und drei Schmuggler, die 120 kg Haschisch aus Asien herbeigeschafft hatten. Doch groß war das Erstaunen der Bullen, als sie das Geld sahen, das die Schmuggler für ihre Ware erhalten hatten: Statt harter DM hatte man ihnen Reichsmarkscheine anno 1910 in die Hand gedrückt, die nur noch Sammlerwert haben.

Ratten auf sinkendem Schiff

Viele europäische Einwohner Rhodesiens, die Angst vor den bevorstehenden Veränderungen haben, verkaufen jetzt ihren Besitz und packen die Koffer. So manche Interessenten finden sich, um eine Farm oder ein Grundstück spottbillig zu kaufen. Wer sind sie? Fanatiker, die Rhodesien „weiß erhalten wollen“, Mitglieder der berüchtigten rechtsradikalen John-Birch-Gesellschaft und der amerikanischen Nazi-partei sowie anderer reaktionärer Organisationen. Ob sie sich lange ihres Besitzes erfreuen werden?

Einmal und nie wieder



Um einem Prozeß wegen Autodiebstahls zu entgehen, ließ sich der Engländer

John Campbell für die französische Fremdenlegation anwerben. Doch, da ihm die rauen Sitten dort mißfielen, setzte er sich bei erster Gelegenheit über die Alpen ab. Ein Gericht in seiner Heimatstadt Liverpool berücksichtigte, was Campbell hatte durchmachen müssen, und setzte die Haftstrafe zur Bewährung aus. Bald sollte Campbell wieder unter die Landser gehen — diesmal für 5000 Dollar monatlich. Doch er lehnte ab, weil ihm das alles zum Halse heraushänge.

Starker Tobak

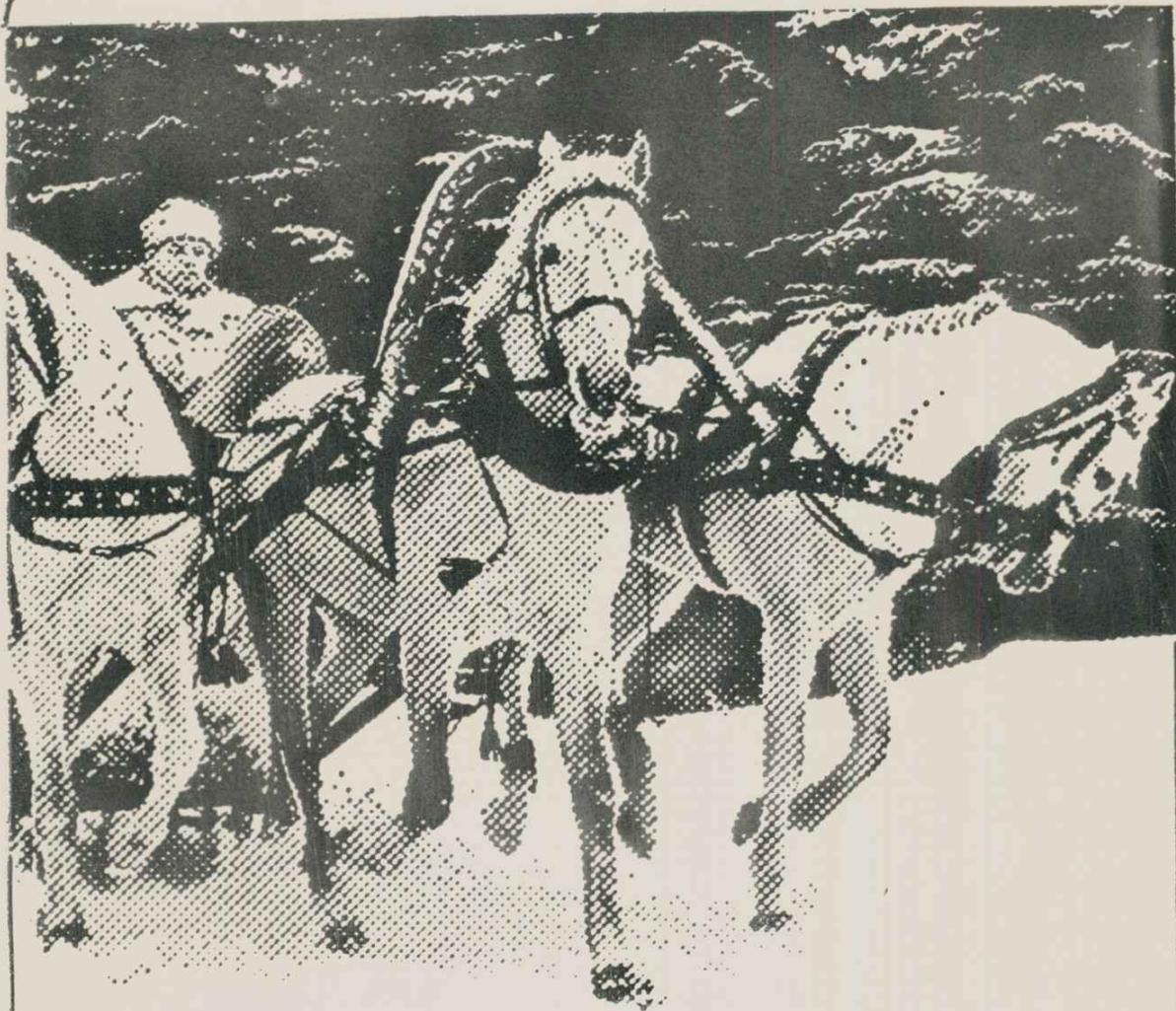


In den USA werden die kuriosesten Wettkämpfe veranstaltet. Tobaccoville, Staat Nordkarolina, führte kürzlich einen Wettkampf im ... Kautabakspucken durch. Der Sieger erhielt einen Spucknapf.

Humorlos

Auf Empfehlung der Söulter Behörden beschlossen drei Fernsehstudios in Südkorea, keine Komödien mehr zu senden. Offenbar sind die südkoreanischen Machthaber humorlos. Oder meinen sie vielleicht, daß die Farcen auf der politischen Bühne des Landes schon genug sind?

Zeichnungen
V. Trintschenko



MIT AEROFLOT NACH MOSKAU

zu den alljährlichen Kunstfestspielen „Russischer Winter“ (25. Dezember—5. Januar)

Das Programm umfaßt Darbietungen vieler Theater und Konzertsäle. Es warten auf Sie die besten Musiker, Opernsänger, Ballettänzer, Schauspieler, Kabarettisten, Artisten und Volkstanzensembles.

Näheres bei den Niederlassungen oder Vertretungen von Aeroflot und Intourist.

MIT AEROFLOT IN DEN „RUSSISCHEN WINTER“!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines





Gerechtigkeit in Ländern, wo die Menschen noch dafür kämpfen müssen. Andere veranschaulichen den Aufbau in den Ländern des siegreichen Sozialismus. Auf noch anderen sind Genreszenen dargestellt. Aber alle Darstellungen zeugen von Humanismus und geben einem die Gewißheit, daß die Vernunft siegen wird und daß die Menschheit einer besseren Zukunft entgegengeht.

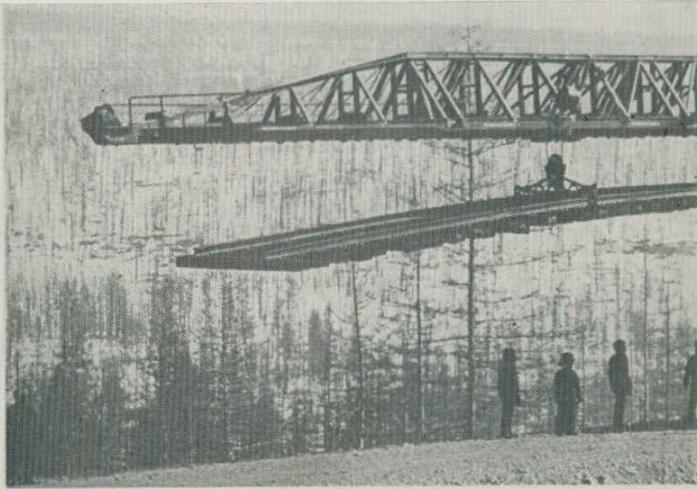
Die repräsentative internationale Jury hat Wladimir Mussaelian (UdSSR) für das bekannte Foto „Genosse Lucho ist wieder mit uns“ den ersten Preis zuerkannt.

Wir bringen unten einige der ausgestellten Arbeiten: „Ein Geheimnis“ von Maciej Billewicz (Polen); „Die BAM“ von Dmitri Baltermanz (UdSSR); „Drei Generationen“ von Anton Muns Gonzalez (Spanien); „Flötenspieler“ von Naib Uddin Ahmed (Bangladesh).

INTERPRESSFOTO 77

„Für Frieden und Verständnis zwischen den Völkern, für Humanismus und Fortschritt“ — das ist die Devise der 8. internationalen Ausstellung Interpressfoto 77, die auf der Volkswirtschaftlichen

Leistungsschau der UdSSR veranstaltet ist. Sie ist von mehr als 70 Ländern mit über 1200 Fotos beschiedt, die thematisch sehr verschieden sind. Die einen zeigen den Kampf für Glück und



NEUE

ZEIT

Индекс 70624

НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ

Совiet airlines

